

Erscheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2,30 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Einleger in der Post-Verwaltung: Preisliste für 1896 unter Nr. 7377.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeile 20 Pf. für Vereins- und Veranlagungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Lehrerpreis: Amt 1, Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

# Arbeiter

# Berliner Volksblatt.

## Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Dienstag, den 10. März 1896.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

### Der Bäckerarbeiterschutz.

Der große Anlauf zu einer sozialpolitischen Gesetzgebung, der mit dem kaiserl. Erlaß vom 4. Febr. 1890 gemacht wurde, kam bald ins Stocken. Die Regierung verzichtete schon nach wenigen Monaten auf die Durchführung der gemachten Versprechungen, Herr Verleysen hatte immer wichtigere Dinge zu thun als an den Ausbau der Arbeiterschutzes-Gesetzgebung zu denken, Fürst Hohenlohe erklärte, daß die Durchführung der Arbeiterschutzes-Gesetze noch nicht ins Auge gefaßt werden konnte, mit einem Wort, König Stumm hatte einen vollständigen Triumph über die Befürworter des Arbeiterschutzes errungen. Nur eins hatte er nicht erzielen können: die Arbeiten der Reichskommission für Arbeiterstatistik aus der Welt zu schaffen. Wenn wir auch die letzten sind, die in der Reichskommission für Arbeiterstatistik mehr als einen Nothbehelf sehen, wenn wir auch bedauern, daß das Deutsche Reich sich auf dem Gebiete der Erforschung der Arbeiterzustände von anderen Ländern überflügeln ließ, so muß doch anerkannt werden, daß durch die Reichskommission für Arbeiterstatistik eine Reihe schwerer Mißstände im Bäcker-, Mülerei-, Handels- und Gastwirthsgewerbe amtlich festgestellt wurden und daß diese amtliche Veleuchtung kolossaler Ausbeutung und tiefsten Elends die Nothwendigkeit eines Eingreifens der Gesetzgebung jedermann klar bewies. Freilich von dem Nachweis dieser Nothwendigkeit bis zur gesetzlichen Ordnung ist ein weiter Schritt, wenn es sich bloß um verelendete Arbeiter und nicht etwa um nothleidende Großgrundbesitzer handelt. Nichts zeigt dies deutlicher als die rasche Folge agrarischer Gesetzentwürfe gegenüber dem Schneckenang in der Erledigung der von der Reichskommission für Arbeiterstatistik zum Abschluß gebrachten Arbeiten.

Erst eine der von der Reichskommission für Arbeiterstatistik vorbereiteten Arbeiten ist erledigt. Am 3. Juni 1892 wurde die neu errichtete Kommission beauftragt, bei einer Enquete über die in Bäckereien und Konditoreien üblichen Arbeitszeiten und Lehrlingsverhältnisse mitzuwirken und sich sodann gutachtlich darüber zu äußern, ob die Verhältnisse in den genannten Gewerben die Anwendung des § 120a Abs. 3 der Gewerbe-Ordnung nothwendig und durchführbar erschienen ließen. Im Juli 1894 wurde von der Reichskommission der Schlussbericht über die Erhebung veröffentlicht und erst nach 1 1/2 Jahren wurde die Verordnung des Bundesrathes über die Verhältnisse in den Bäckereien und Konditoreien publizirt. Bedenkt man, daß schon im Spätsommer 1890 Nebel durch seine Schrift über die Lage der Arbeiter in den Bäckereien Aufsehen erregende Enthüllungen machte und damit die Frage des Schutzes der Bäcker-Arbeiter in's Rollen brachte, so muß der Schneckenang der deutschen Gesetzgebung auf diesem Gebiete in schärfster Weise getadelt werden.

Würde wenigstens die Verordnung, zu deren Erlaß es so langer Zeit bedurfte, mit den Mißständen in diesem wichtigsten Nahrungsmittelgewerbe gründlich aufräumen, so könnte man sich über die Verzögerungen mit dem Spruche trösten: „Gut Ding will Weile haben“. Wie wenig Anlaß dazu ist, zeigt leider die Verordnung des Bundesrathes, aus der wir in unserer letzten Nummer einen Auszug brachten und die wir nachfolgend in ihrem Wortlaute abdrucken:

Auf Grund des § 120a der Gewerbe-Ordnung hat der Bundesrath nachstehende Vorschriften über den Betrieb von Bäckereien und Konditoreien erlassen:

I. Der Betrieb von Bäckereien und solchen Konditoreien, in denen neben den Konditorwaren auch Bäckereiwaren hergestellt werden, unterliegt, sofern in diesen Bäckereien und Konditoreien zur Nachtzeit zwischen achteinhalb Uhr abends und fünfenehalb Uhr morgens Gehilfen oder Lehrlinge beschäftigt werden, folgenden Beschränkungen:

1. Die Arbeitsschicht jedes Gehilfen darf die Dauer von zwölf Stunden oder, falls die Arbeit durch eine Pause von mindestens einer Stunde unterbrochen wird, einschließlich dieser Pause die Dauer von dreizehn Stunden nicht überschreiten. Die Zahl der Arbeitsschichten darf für jeden Gehilfen wöchentlich nicht mehr als sieben betragen.

Außerhalb der zulässigen Arbeitsschichten dürfen die Gehilfen nur zu gelegentlichen Dienstleistungen und höchstens eine halbe Stunde lang bei der Herstellung des Vortrags (Hefestücks, Sauerteigs), im übrigen aber nicht bei der Herstellung von Waaren verwendet werden. Erstreckt sich die Arbeitsschicht tatsächlich über eine längere als die im Absatz 1 bezeichnete Dauer, so dürfen die Gehilfen während des an der zulässigen Dauer der Arbeitsschicht fehlenden Zeitraums auch mit anderen als gelegentlichen Dienstleistungen beschäftigt werden.

Zwischen je zwei Arbeitsschichten muß den Gehilfen eine ununterbrochene Ruhe von mindestens acht Stunden gewährt werden.

2. Auf die Beschäftigung von Lehrlingen finden die vorstehenden Bestimmungen mit der Maßgabe Anwendung, daß die zulässige Dauer der Arbeitsschicht im ersten Lehrjahre zwei Stunden, im zweiten Lehrjahre eine Stunde weniger beträgt als die für die Beschäftigung von Gehilfen zulässige Dauer der Arbeitsschicht, und daß die nach Ziffer 1 Abs. 3 zu gewählende ununterbrochene Ruhezeit sich um eben diese Zeiträume verlängert.

3. Ueber die unter den Ziffern 1 und 2 festgesetzte Dauer dürfen Gehilfen und Lehrlinge beschäftigt werden:

a) an denjenigen Tagen, an welchen zur Befriedigung eines bei Festen oder sonstigen besonderen Gelegenheiten hervortretenden Bedürfnisses die untere Verwaltungsbehörde Ueberarbeit für zulässig erklärt hat;

b) außerdem an jährlich zwanzig der Bestimmungen des Arbeitgebers überlassenen Tagen. Hierbei kommt jeder Tag in Anrechnung, an dem auch nur ein Gehilfe oder Lehrling über die unter den Ziffern 1 und 2 festgesetzte Dauer beschäftigt worden ist.

Auch an solchen Tagen, mit Ausnahme des Tages vor dem Weihnachts-, Oster- und Pfingstfest, muß zwischen den Arbeitsschichten den Gehilfen eine ununterbrochene Ruhe von mindestens acht Stunden, den Lehrlingen eine solche von mindestens zehn Stunden im ersten Lehrjahre, mindestens neun Stunden im zweiten Lehrjahre gewährt werden.

Die untere Verwaltungsbehörde darf die Ueberarbeit (a) für höchstens 20 Tage im Jahre gestatten.

4. Der Arbeitgeber hat dafür zu sorgen, daß an einer in die Augen fallenden Stelle der Betriebsstätte ausgehängt ist:

a) eine mit dem polizeilichen Stempel versehene Kalendertafel, auf der jeder Tag, an dem Ueberarbeit auf Grund der Bestimmung unter Ziffer 3 b stattgefunden hat, nach am Tage der Ueberarbeit mittelst Durchschlochung oder Durchstreichung mit Tinte kenntlich zu machen ist;

b) eine Tafel, welche in deutlicher Schrift den Wortlaut dieser Bestimmungen (I bis V) wiedergibt.

5. An Sonn- und Festtagen darf die Beschäftigung von Gehilfen und Lehrlingen auf Grund des § 105 o der Gewerbe-Ordnung und der in den §§ 105 o und 105 f a. a. O. vorgesehenen Ausnahmegestaltungen nur insoweit erfolgen, als dies mit den Bestimmungen unter den Ziffern 1 bis 3 vereinbar ist.

In Betrieben, in denen den Gehilfen und Lehrlingen für den Sonntag eine mindestens vierundzwanzigstündige, spätestens am Sonnabend Abend um zehn Uhr beginnende Ruhezeit gewährt wird, dürfen die an den zwei vorhergehenden Werktagen endigenden Schichten um je zwei Stunden über die unter den Ziffern 1 und 2 bestimmte Dauer hinaus verlängert werden. Jedoch muß auch dann zwischen je zwei Arbeitsschichten den Gehilfen eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens 8 Stunden, den Lehrlingen eine solche von mindestens zehn Stunden im ersten Lehrjahre, mindestens neun Stunden im zweiten Lehrjahre gewährt werden.

II. Als Gehilfen und Lehrlinge im Sinne der Bestimmungen unter I gelten solche Personen, welche unmittelbar bei der Herstellung von Waaren beschäftigt werden. Dabei gelten Personen unter sechzehn Jahren, welche die Ausbildung zum Gehilfen nicht erreicht haben, auch dann als Lehrlinge, wenn ein Lehrvertrag nicht abgeschlossen ist.

Die Bestimmungen über die Beschäftigung von Gehilfen finden auch auf gewerbliche Arbeiter Anwendung, welche in Bäckereien und Konditoreien lediglich mit der Bedienung von Hilfsvorrichtungen (Kraftmaschinen, Beleuchtungsanlagen und dergleichen) beschäftigt werden.

III. Die Bestimmungen unter I finden keine Anwendung auf Gehilfen und Lehrlinge, die zur Nachtzeit überhaupt nicht oder doch nur mit der Herstellung oder Herrichtung leicht verderblicher Waaren, die unmittelbar vor dem Genus hergestellt oder dergestaltet werden müssen (Eis, Crèmes und dergleichen), beschäftigt werden.

IV. Die Bestimmungen unter I finden ferner keine Anwendung:

1. auf Betriebe, in denen regelmäßig nicht mehr als dreimal wöchentlich gebakten wird;

2. auf Betriebe, in denen eine Beschäftigung von Gehilfen oder Lehrlingen zur Nachtzeit lediglich in einzelnen Fällen zur Befriedigung eines bei Festen oder sonstigen besonderen Ge-

Diese Karte mußte ein Eilbote an Doktor Langenberg befördern.

Langenberg war indeß nicht zu Hause, sondern nach dem nahen Bahnhof geeilt, wohin ihn folgendes Telegramm gerufen: „Ich komme mit dem Nachtzuge, hole mich ab. Clotilde.“

Clotilde kam. Das Wiedersehen war ein tiefbewegtes. Clotilde wollte freundlich sein, herzlich reden, sie vermochte es nicht, immer wieder umarmte sie ihren Eugen.

Endlich flüsterte sie: „Sage mir alles.“

„Willst Du mir auch versprechen, stark zu sein und nicht zu klagen?“

„Ich verspreche Dir, nie mehr zu klagen.“

Und Langenberg erzählte seiner Frau in schonendster Weise die ganze furchtbare Begebenheit vom Tode ihrer Eltern.

Clotilde blickte starr und stumm mit verglasten Augen ins Leere. Ihr Schmerz war so groß, daß sie nicht weinen konnte.

Plötzlich erhob sie sich, umarmte ihren Mann und schluchzte: „Verlaß mich nicht.“

„Niemals! Halte nur Du Dich aufrecht.“

„Ich will's, ich verspreche Dir, mich ebenfalls nützlich zu machen wie Du, um der Eltern Schuld zu sühnen.“

Langenberg hob seine Frau in die Arme und führte sie bald darauf in seine, nun auch ihre neue Wohnung ein. Als ihm Licht gebracht wurde, zeigte er ihr die Zimmer und erfuhr auch, daß eine Karte für ihn auf seinem Schreibtische liege. Als er dieselbe las, suchte er zusammen.

„Was hast Du?“ fragte Clotilde.

„Das liest — der bucklige Franzose meldet sich schon wieder, ich gehe nicht.“

„Aber er ist krank. Laß' uns unser Wiedersehen feiern durch ein gutes Werk. Vielleicht wird er gerettet, wenn er uns beide sieht.“

„Wie? Du willst mitgehen?“

„Nimm mich mit.“

(Fortsetzung folgt.)

75

### Clotilde.

(Nachdruck verboten.)

Die Ermahnungen des Majors: doch wenigstens so lange zu warten, bis ihr Mann selbst sie zu sich rief, waren unnöthig, alle Bitten der Majorin, doch noch zu bleiben, wo man sie gern habe und nicht Unruhe über das Haus zu bringen, blieben erfolglos und weckten nur Clotildens Thränenstrom.

Sie packte ihre, aus dem Hotel nachträglich herzugeholten Sachen und reiste noch am selben Abend ab. — Langenberg, der noch immer als Arzt stark beschäftigt war, unternahm auch medizinisch-physikalische Experimente, er wollte seinen zweifelnden Kollegen beweisen, der Cholera-krankte sei nicht ansteckend.

Das allmähliche Erlöschen der Epidemie wurde jetzt in den Zeitungen bekannt gemacht, und es kehrten Viele zu ihrem heimathlichen Herde zurück.

Unter den Angekommenen befand sich auch Palavi.

Was führte diesen klugen Mann in die noch immer gefährvolle Stadt?

Er wollte seinen Verwandten ihr Erbe vom Major Sherman bringen und ihnen erzählen, wie er dazu gelangte.

Von diesen Verwandten waren nur zwei am Bahnhof, um Palavi abzuholen, die andern fünf hatte die Seuche als Opfer hinweggerafft. Seines Bruders Frau, die Schwester Sherman's, empfing ihn.

Als Palavi hörte, daß auch in seinem Hause die Krankheit gewüthet hatte, beschloß er, nicht dahin zurückzukehren, sondern in einem nahen Hotel Familienrath zu halten und dann wieder abzureisen.

Auf dem Wege nach dem Hotel begegneten ihnen Träger, welche einen Sarg trugen.

„Das ist hoffentlich der letzte Cholera-krankte,“ hörte Palavi im Vorbeigehen die Träger sagen.

Palavi bekam nach diesen Worten einen so furchtbaren Schreck, daß er sofort über Leibweh und plötzliches Unwohlsein klagte.

Im Hotel angekommen, verlangte er ein Zimmer, kleidete sich aus, legte sich zu Bett und besaß, einen Arzt zu holen.

Palavi bildete sich allen Ernstes ein, er habe die Cholera.

Der Arzt kam und lachte, als Palavi ihm seine Befürchtungen vortrug.

Wiederholt klagte Palavi.

Der Arzt untersuchte ihn nochmals und sagte: „Solch einen kerngesunden Mann, wie Sie sind, giebt es selten in Ihren Jahren, stehen Sie auf, essen Sie, zerstreuen Sie sich, und alle Besorgniß wird schwinden.“ Der Arzt ging.

Palavi blieb im Bett. Die Verwandten boten alles auf, ihn auf andere Gedanken zu bringen; er mußte seine Erlebnisse erzählen.

Palavi that dies in aller Kürze, ließ sich dann seine Geldtasche geben, überreichte alles Geld darin, seinen Verwandten und sagte: „Hier nehmt alles, ich brauche nichts mehr, ich habe die Cholera, schickt nur nach einem zweiten Arzte.“

Mit Schrecken willfahrten seine Verwandten diesem Wunsch. Besonders seine Schwägerin, die Wittve des Apothekers Palavi, die Schwester Sherman's war in großer Aufregung.

Sie erzählte ihrem Schwager, als der herbeigerufene Hotelwirth den Auftrag zu besorgen versprach, daß der Doktor Langenberg hier sei und viele Erkrankte gerettet habe. Sie kannte alles, was mit diesem Namen und dem Ende ihres Bruders verknüpft war, wußte, daß Langenberg's Frau die Tochter Brambach's war. Sie rief einmal über das andere aus: „O Gott! das Verhängniß, welches über unserer Familie schwebt, naht auch jetzt!“

Bei dem Namen Langenberg schien sich Palavi zu ermannen, zu trösten, er ließ sich sein Notizbuch bringen, nahm eine Karte heraus und schrieb darauf: „Kommen Sie schnell zu mir, werden Sie nochmals mein Lebensretter, ich liege hier krank an der Cholera. — Hotel de Londres. Palavi.“

legenheiten hervortretenden Bedürfnisses mit Genehmigung der unteren Verwaltungsbehörde stattfinden.

Diese Genehmigung darf die untere Verwaltungsbehörde für höchstens zwanzig Nächte im Jahr erteilen.

V. Die vorstehenden Bestimmungen treten am 1. Juli 1896 in Kraft. Während der Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 1896 darf Ueberarbeit auf Grund der Bestimmung unter I Ziffer 3 a für höchstens zehn Tage und Nacharbeit auf Grund der Bestimmung unter IV Ziffer 2 für höchstens zehn Nächte gestattet werden, sowie Ueberarbeit auf Grund der Bestimmung unter I Ziffer 3 b an höchstens zehn Tagen stattfinden.

Berlin, den 4. März 1896.  
Der Stellvertreter des Reichskanzlers,  
v. Bötticher.

Vorstehende Bundesratsverordnung ist sicherlich gegenüber den gegenwärtigen Zuständen in den Bäckereien ein wesentlicher Fortschritt, dies ist aber kein Lob für den Gesetzgeber, sondern einer der schwersten Vorwürfe gegen unsere sozialen Zustände. Als Arbeiterschutz bietet die Verordnung das Minimum dessen, was überhaupt noch Arbeiterschutz genannt werden kann. Sie erreicht auch nicht das, was von der Reichskommission vorgeschlagen wurde. Während diese nicht nur die Bäckerarbeiter sondern auch die in Konditoreien beschäftigten Personen schützen lassen wollte, werden jetzt neben den Bäckern bloß die in Bäckereien mitbeschäftigten Konditoren des durch die Bundesratsverordnung geschaffenen Arbeiterschutzes theilhaftig. Während nach dem Entwurfe der Reichskommission bloß die oberen Verwaltungsbehörden Ueberarbeit gestatten sollten, ist jetzt diese wichtige Befugnis schon den unteren Verwaltungsbehörden eingeräumt. Auch die Beschäftigung der Arbeiter außer ihrer Arbeitszeit zur Herstellung von Vortein ist ein Rückschritt. Diesen und anderen Nachteilen gegenüber fallen die wenigen Verbesserungen der Vorlage nicht ins Gewicht.

Wenig ist es, was den Bäcker- Arbeitern nach jahrelangem Gurren und Bangen gewährt wurde, und auch das steht vorläufig bloß auf dem Papier, es zu wirksamen Nutzen für die Bäcker-Arbeiter zu machen, wird weit mehr Aufgabe der Gehilfen als der Behörden sein. Die Bäckerarbeiter müssen nun mit allem Eifer daran gehen, endlich zu einer innerlich gefestigten und den Meistern und Behörden gegenüber Respekt einflößenden Organisation zu gelangen, welche in jedem Bäckereibetriebe dafür sorgt, daß die Bestimmungen der bundesrätlichen Verordnung nicht wesenlose Worte bleiben, sondern wirklich die Zustände in den Bäckereibetrieben einigermaßen verbessern. Geschieht dies nicht, dann war alle Mühe, dies wenige durchzusetzen, vergeblich gewesen.

Auch über den Kreis der Bäcker-Arbeiter hinaus ist die bundesrätliche Verordnung von Bedeutung. Die Sozialpolitik der Regierung war eingetroffen; mit der Phase, daß wir an der Spitze der Sozialreform marschieren, wurden alle Forderungen nach Weiterführung der Arbeiterschutz-Gesetzgebung abgepeist. Nun aber hat der Bundesrat durch den Erlaß der Verordnung die Nothwendigkeit eines Ausbaues dieses so vernachlässigten Zweiges der Gesetzgebung selbst zugegeben. Zum ersten Male ist ein Maximalarbeitsstag für erwachsene Arbeiter im Deutschen Reich eingeführt. Spezialgesetze für die Arbeiter in den Mültereien, den Handels- und Gastwirthsbetrieben und in der Konfektion sind unabweisbar und von der Bahn der Spezialgesetze muß sich die Erkenntnis durchdringen, daß es eine der schwersten Vernachlässigungen der Kulturpflichten des Reiches wäre, wenn wir noch länger mit einer gründlichen Revision unserer hinter den berechtigten Anforderungen weit zurückbleibenden Arbeiterschutz-Gesetzgebung warten wollten.

## Die italienische Krise,

die von Anfang an eine Regierungskrise war, ist wesentlich durch die unglückliche Verbindung des Königs, zu einer Dynastiekrise gemacht worden. Statt dem deutlich und leidenschaftlich zum Ausdruck gebrachten Verlangen des Volks, nachzugeben, auf die blödsinnige Kolonialpolitik zu verzichten, den Opfern des Verbrechens Crispi die Kerkerthore zu öffnen und eine Politik der Versöhnung, der Reform und der Sparpolitik einzuleiten — hat der überberathene, noch im Bann Crispi's gefangene Monarch dem Ernst der Lage die Augen, dem Ruf seines Volkes die Ohren verschlossen und einen Versuch gemacht, statt im Innern — im Ausland, an den beiden übrigen Dreibundmächten eine Stütze zu gewinnen. Das beständig beiläufig unser schon früher ausgesprochenes Urtheil, daß der Dreibund an Italien nie eine Stütze hatte, sondern umgekehrt von der italienischen Monarchie als Stütze betrachtet wurde. Aber der Dreibund kann die Krone Umberto's nicht retten. Eine bewaffnete Intervention, im Fall einer revolutionären Erhebung, würde unter keinen Umständen von Frankreich geduldet werden und hätte unzweifelhaft einen europäischen Krieg zur Folge. Kann König Umberto nicht das Vertrauen seines Volkes gewinnen, so ist er ohne Gnade verloren. Wurzeln hat die Savoien-Dynastie in Italien nicht geschlagen, der Vater Umberto's, Victor Emmanuel, hatte eine gewisse Beliebtheit, weil er zusammen mit einem Garibaldi für die Einheit Italiens gekämpft und freiherrliche Einrichtungen hergestellt hatte. Der Sohn ist jedoch in schlechte Hände geraten. Er hat zu keiner Zeit das Herz des Volkes zu gewinnen verstanden. Kühn, eigenmächtig, mit engem Gesichtskreis ließ er sich zu einer kleinlichen, schrankenlosen Politik hinreißen und warf sich schließlich dem Denker Sylliens, dem Todtengäuber der italienischen Freiheit, Francesco Crispi, in die Arme. Er folgte ihm durch Ditt und Dinn. Er hat sich in den Sumpf des Panamino hineinschleifen lassen, er hat den Bürgerkrieg in Italien entzündet, er hat die Verfassung mit Füßen treten, den Parlamentarismus zu einer Farce herabwürdigen lassen.

Nun ist sein böser Rathgeber gestorbt, aber er steht noch unter seinem Einfluß. Er kann sich nicht entschließen zu thun, was allein ihn und die Dynastie — wenigstens für einige Zeit — retten könnte. Und inzwischen verinnt Tag um Tag; Schlummer und schlimmer lauten die Nachrichten aus Afrika, zorniger und drohender werden die Rufe des Volkes; auf die Arme, welche den afrikanischen Krieg verabscheut, ist kein Verlaß.

Und König Umberto wartet, zaudert, schaut angstvoll nach Berlin und Wien um Rettung. Dieses Ausschauen vermehrt nur die Gefahr, denn es zeigt dem italienischen Volk, daß sein König sich auf die Ausländer stützt, auf die Todeschi. —  
Abdankung zu Gunsten des Sohnes? Ist es noch Zeit?  
Crispi, der letzte Minister der savoynischen Könige nach Mazzini's prophetischen Wort, ist von der Nemesis ereilt.  
Reist er den König mit? Und die Monarchie? Die Springschuh steigt. Den Dreibund hat sie weggeschmeißt. Was wird noch nachfolgen?

Die neueren Nachrichten vom Kriegsschauplatz haben wenig Bedeutung, da sie nichts Neues enthalten und offenbar von der Tendenz diktiert sind, die Niederlage nicht so schlimm erscheinen zu lassen, als sie ist, und die siegreichen Abschnürer als grausamen Wilden hinzustellen. Dies ist um so verwerflicher, als Besiegte von Italienern nie so gut behandelt worden sind, wie die Befassung von Malakka, und als die Italiener selbst,

die als Räuber ins Land kamen, notorisch die schändlichsten Grausamkeiten verübt haben.

Nach einer Privatdepeche aus Massauah telegraphierte am 2. März Major Prestinari, der Kommandant vom Fort Adigrat, er sei entschlossen, das Fort zu halten bis zur letzten Möglichkeit und fügte hinzu: Wir haben Lebensmittel für einen Monat und ich hoffe, diese Frist noch verlängern zu können, indem ich alsbald die Nationen vermindere.

Nach einer Meldung der „Agenzia Stefani“ aus Amara kommen daselbst fortgesetzt Haufen Verwundeter und Verwundeter an. Die ausgezeichnete Haltung der Truppen der Generale Dohornida und Albertone in der Schlacht von Adua wird immer mehr bekräftigt. Kundschafter berichten, daß die Verluste der Schoaner sehr beträchtlich sind und daß General Arimondi sich verwundet in Adua befindet. Der Gesundheitszustand der Truppen ist gut. Die Verproviantirung geht ordnungsmäßig vor sich.

Ein offizieller Bericht konstatirt, daß die Verluste bei Schoan ganz enorm waren. Arimondi ist verwundet und gefangen. Ein Privattelegramm theilt mit, daß Major Hidalgo Kaffala getödtet habe.

Eine von der „Agenzia Stefani“ veröffentlichte Note kündigt an, der König habe um 7 Uhr abends den Auftrag zur Kabinettsbildung dem General Ricotti erteilt. Die „Agenzia Stefani“ fügt hinzu, Ricotti werde sich alsbald mit dem Marschese di Rudini ins Einvernehmen setzen, welchem er die Präsidentenschaft abtreten werde. Man nimmt an, daß das Kabinet morgen gebildet werden würde. Brin werde an der Bildung des Ministeriums theilnehmen.

Bei einer heute Nachmittag in der Wohnung Brin's abgehaltenen Konferenz einigte man sich auf folgende Ministerliste: Inneres: Rudini; Krieg: Ricotti; Auswärtiges: Brin; Finanzen: Perazzi; Landwirtschaft: Guicciardini; Justiz: Gianturco; Öffentliche Arbeiten: Sermoneta; Marine: Corfi.

Der „Börsen Zeitung“ wird telegraphirt:

Rom, 9. März. Saraccos Versuch, ein Kabinet zu bilden, mißlang, weil Sonnino und Rudini den Eintritt ablehnten. Rudini überwand seine frühere Abneigung gegen eine kriegerische Afrikapolitik, um mit General Ricotti ein Kabinet bilden zu können. Dessen Programm ist: Erzielung eines ehrenvollen Friedens mit Menelik, aber Fortsetzung der Rüstungen und Kampfbereitschaft, bis das Ansehen der italienischen Waffen hergestellt und die Ehre der Nation gesichert ist. Ricotti verzichtet auf seine bisherige militärische Hauptforderung, die Armeekorpszahl auf zehn herabzusetzen. Die Artillerie-Regimenter sollen ohne Verminderung der Geschützzahl (1152) auf zwölf bis zwölf Batterien herabgesetzt werden. Bei allen 24 Reiterregimenten wird die sechste Schwadron, bei allen Infanterie- und Jägerbataillonen auf dem Friedensfuß die vierte Kompanie abgeschafft. Die erzielte Ersparnis soll den verbleibenden Truppentheilen zu gute kommen, der Kriegshaushalt auf 232 Millionen Lire verbleiben. Der Meldung von einer angeblichen Erklärung des Königs, abzutreten, falls seine persönlichen Verbindlichkeiten gegenüber den Dreibund-Monarchen der neuen Kabinettspolitik hinderlich wären, wird widersprochen. Der Dreibund kam bei den Krisenbesprechungen nicht in Frage. Laut „Tribuna“ sagte der König nur bezüglich Afrika: „Einen Frieden mit dem Negus könnte jetzt Victor Emmanuel III. nicht Humbert I. unterzeichnen.“ Die wahrscheinlichste Ministerliste ist: Präsident und Inneres: Rudini, Außeres: Brin oder Visconti Venosta, Krieg: Ricotti oder Pelloux, Marine: Nachis, Finanzen: Colombo oder Carmine, Schatz: Perazzi, Justiz: Gianturco, Landwirtschaft: Davoncelli oder Guicciardini. Die Ansichten über Stärke und Dauer des Kabinetts sind äußerst widersprechend. Es wird die Radikalen durch eine Amnestie befähigen, aber ohne weitere Zugeständnisse an sie schwerlich lange dauern.

Wir lassen hier den Brief unseres römischen Korrespondenten folgen:

Rom, 7. März. (Sig. Ber.) Der Sturz Crispi's. Das Ministerium Crispi glaubte die Vernichtung des italienischen Heeres bei Adua überdauern zu können; aber die Volksbewegung hat es hinweggefegt. In Mailand zuerst, dann in Turin, in Venedig und selbst in Rom sanden nach der Nachricht von der Niederlage Massenemonstrationen statt, durch die der Rücktritt des Ministeriums verlangt wurde. In Rom waren während des 6. März, des Tages der Eröffnung des Parlaments, die Plätze und Hauptstraßen von einer Menschenmasse gefüllt, welche darüber nachdachte, daß die Entlassung des Ministeriums auch wirklich stattfinden. Crispi selbst mußte sich, um in das Parlamentsgebäude gelangen zu können, auf Umwegen und durch eine Hinterthüre dorthin begeben. Seine Parlamentsmajorität, die er sich durch das Eingreifen der Präfecten in die Wahlen geschaffen und durch die Befriedigung der persönlichen Anliegen der Abgeordneten gesichert hatte, hat ihm zu gar nichts nützen können. Wie die Italiener in der Schlacht bei Adua von ihrer Artillerie zum großen Theile keinen Gebrauch haben machen können, weil sie gar nicht Zeit hatten sie aufzufahren, so hat Crispi seine Majorität gar nicht einmal auf die Probe stellen können, weil er in das Parlament nur mit der Erklärung, daß er die Entlassung eingereicht habe, überhaupt Eingang finden konnte. So noch mehr! Die Opposition hatte Crispi durch den Kammerpräsidenten Rile wissen lassen, es genüge nicht, daß er erkläre, er habe die Entlassung eingereicht; er müsse zugleich mittheilen, daß der König die Entlassung angenommen habe; andernfalls könne man für nichts stehen. Diese Erklärung wurde denn auch abgegeben und vom Hause und den Tribünen mit Beifall begrüßt. Ebenso wenig wie die parlamentarische Majorität hat die seit zwei Jahren von ihm mit Staatsgeldern erkaufte hauptstädtische Presse Crispi retten können; vielmehr wurden am 5. März die namhaftesten der bestehenden Journale, die „Tribuna“, der „Popolo Romano“ und die „Capitale“ selbst zum Gegenstand sehr unliebsamer Volkskundgebungen gemacht, deren Spuren die Fenster der Redaktionsgebäude aufwies.

Bei dieser Gelegenheit ist es geeignet, auf die sonderbare und verkehrte Haltung hinzuweisen, welche der größte Theil der bürgerlichen Presse Deutschlands gegenüber dem Ministerium Crispi während dessen ganzer Amtsdauer eingenommen hat. Obwohl Crispi schon während seines vorigen Ministeriums die Finanzen Italiens an den Rand des Abgrundes gebracht hatte, und jetzt, nach einer der Wiederherstellung des Gleichgewichts im Staatshaushalte gewidmeten, durch die Namen Giolitti, di Rudini und Sonnino bezeichneten Pause wiederum mit vollen Segeln dem Staatsbankrott entgegenfuhr, ist der größere Theil der deutschen Presse nicht müde geworden, ihn als den „Retter Italiens“, als den „einzigsten Staatsmann“ des Landes hinzustellen.

Ob durch diese Haltung die Allianz mit Italien aufrecht erhalten, oder ob bloß der Kurs der in Deutschland verbreiteten italienischen Staatspapiere geschäftig werden sollte, oder ob endlich bloße Unwissenheit der Grund dieser Anpreisung Crispi's in Deutschland gewesen ist, kann dahin gestellt bleiben. Gewiß ist, daß diese Haltung der deutschen Presse in Italien, wo Crispi von allen unabhängigen Kreisen als ein Charlatan der gefährlichsten Art angesehen wird, einen sehr unglücklichen Eindruck gemacht hat. Es ist auch eine bekannte Thatsache, daß die römischen Berichterstatter der weißen großen Zeitungen Deutschlands sich während der letzten zwei Jahre in beständigem Kampf gegen die Vorurtheile ihrer heimischen Redaktionen befaßt haben.

Crispi ist während der italienischen Unabhängigkeitskämpfe nur eine Figur worden oder dritten Ranges gewesen. Er war viermal Minister; aber keine irgendwie wichtige gesetzgeberische oder administrative Maßregel rührt von ihm her. Dagegen hat er seine Stellung als Abgeordneter und als Minister in der ungeheuerlichsten Weise zu seiner persönlichen Bereicherung ausgenutzt. Jetzt endlich ist er für immer zu den Todten geworfen.

Die sozialistische Partei des italienischen Parlaments hat folgenden Antrag eingebracht:

„In Erwägung, daß die Verantwortlichkeit für die letzte Niederlage in Afrika ganz auf Seiten der Regierung ist, welche, indem sie die Verfassung verletzte und das Land über den wahren Charakter und die Bedeutung des Unternehmens täuschte, dem Eroberungszuge eine vom Parlament nicht gewünschte Ausdehnung gegeben und ihrer Politik das Blut und die höchsten Interessen der Nation geopfert hat; in Erwägung ferner, daß das afrikanische Unternehmen, welches höchstens den gewerbsmäßigen Kriegseuten, den Speculanten und den politischen Abenteurern Nutzen bringt, der Zivilisation Hohn spricht und mit der wirtschaftlichen Lage Italiens unvereinbar ist, beschließt die Kammer, die Truppen aus Afrika sofort zurückzurufen und, nach dem Artikel 47 der Verfassung, das Ministerium in den Anklagezustand zu versetzen. Ferri, Agnini, Badaloni, Casilli, Verenini, Andrea Costa, De Marinis, Prampolini, Saffi Savatari.“ (Der letztgenannte ist Republikaner.)

Einen ähnlich lautenden, nur weniger scharf abgefaßten Antrag haben auch 30 Abgeordnete der äußersten Linken — darunter Vendemini, Marcora, Imbriani, Mussi, de Cristoforis, Sodio, Diligenti, Barzilai, Engel — eingebracht.

Ferner brachte die sozialistische Partei des Parlaments folgende Anfrage ein:

„Die Unterzeichneten befragen den Minister des Innern über die Ereignisse auf der Tremiti-Insel, wo am 1. März der zu Zwangswohnsitz verurtheilte Argante Salucci getödtet und die gleichfalls zu Zwangswohnsitz verurtheilten Musetti, Manfretti, Lombriani, Binazzi, Dellungo, Canaletti, Sodi, Grassi und Pappini verwundet wurden.“

Unterzeichnet: Saffi, Agnini, Prampolini, Andrea Costa, Verenini, Ferri, Badaloni, Casilli, De Marinis.“

## Politische Uebersicht.

Berlin, 9. März.

Der Reichstag beschäftigte sich in der heute fortgesetzten Berathung der Gewerbenovelle ausschließlich mit dem Flaschenbierhandel und zwar eigentlich nur mit dem Antrage des bayerischen Centrums-Abgeordneten Schäbler, dem § 33 folgenden Zusatz zu geben: „Durch Landesgesetz kann angeordnet werden, daß der Kleinhandel mit Bier den vorstehenden Bestimmungen — nämlich der Konzessionirung — unterstellt wird.“ Herr Schäbler hatte den Antrag mit dem Interesse der Schankwirths, also der Konkurrenten der Flaschenbierhändler begründet. Den Antrag bekämpften heute von verschiedenen Standpunkten die Abgg. Köstke (wild), der Fortschrittler Lengmann und die Genossen Schmidt und Birk. Schmidt wies besonders darauf hin, daß bei der Konzessionirung politische Rücksichten maßgebend zu sein pflegen und daß namentlich Sozialdemokraten dabei regelmäßig Benachtheiligungen ausgeht sind; allein schon aus diesem Grunde könnten wir unmöglich einer weiteren Ausdehnung der Konzessionspflicht zustimmen. Birk erklärte es für zutreffend, daß die Gastwirths durch die Flaschenbierhändler eine Schwächung ihrer Einnahmen erfahren, aber daß müßten sie sich unter der heutigen Konkurrenz eben gefallen lassen; die Behauptung Schäblers, daß infolge von Trunksucht die Sittlichkeit in Bayern abgenommen habe, sei dagegen nicht zutreffend. Herr Schäbler wußte herzlich wenig zu erwidern; er nannte diejenigen, die nicht mit ihm das „schlechte Schankwirthsgewerbe“ vor einer Konkurrenz schützen wollen, Mandelsternmänner und setzte ohne jeden Beweis Flaschenbierhandel und Winkelschank gleich. Für den Antrag Gröber über das Verbot des Handels mit Drogen bei einer gesundheitsgefährdenden Art des Gewerbebetriebes hatten sich der Antragsteller und der Konservative v. Hollenauer auf eine andere Fassung geeinigt. Diesen veränderten Antrag erklärte der Präsident für angenommen; dafür hatten die Centrum und Deutschkonservative gestimmt, während die Reichspartei mit der Linken ging. Der Beschluß ist ein harter Schlag für die Drogengeschäfte. Die Gesamt- abstimmung über Artikel 4 war eine namentliche und ergab die Annahme mit 187 gegen 78 Stimmen.

Morgen Fortsetzung der Debatte. —

Das preussische Abgeordnetenhause setzte am Montag die Berathung des Kultusetats beim Kapitel „Elementarschulwesen“ fort. Es kamen meist nur lokale Beschwerden und Wünsche zur Sprache; eine prinzipielle Frage schmit nur Abg. Knörcke von der freisinnigen Volkspartei an, der verlangte, daß die Schulaufsicht nur von Fachleuten und nicht auch von Geistlichen ausgeübt wird, da die Schulaufsicht dem Staate und nicht der Kirche gebühre. Da im übrigen die Herren vom Centrum und der nationalliberalen Partei der Meinung waren, daß man den ewigen Kulturpaukeren noch nicht satt sei und infolgedessen sich wiederum ein wenig laßballen, und da auch die Polen die Gelegenheit für gekommen hielten, wieder eine kleine Polendebatte zu beginnen, so wurde die Berathung des Kapitels noch nicht beendet. Der Präsident setzte, veranlaßt in der Erwägung, daß bei Nacht die Fesseln die Nacht bekommen, die nächste Sitzung auf heute Abend an. Vielleicht wird den Herren, wenn sie sich täglich acht bis neun Stunden streiten dürfen, der edle Redekampf um wichtige Dinge bald selbst über. —

Die Flottenpläne, mit denen unsere Regierungs- und Weltpolitiker sich tragen, reifen einer greifbaren Gestalt entgegen. Nachdem die Peters und Konforten den Wind gewaltig vollgenommen hatten, gossen die Staatssekretäre v. Marschall und Hofmann Del auf die Wogen der Meeresherrschtsbegeisterung, so daß leicht befriedigte Steuerzahler-Seelen befriedigt aufschwammen: Dem Herrn der Fluthen sei Dank! Allzuarg wird unser Geldbeutel nicht angegriffen werden! Nun kommt aber, wie das bei umfassenden Heeres- oder Marine-Vergrößerungsplänen so der Brauch ist, den beruhigenden ministeriellen Erklärungen das dicke Ende nach in Gestalt einer offiziellen Programm-Entwicklung, die durch die Widerspiegelung gewisser ministerieller Ideen zeigt, daß der Verfasser nicht ohne Fühlung mit den Regierungsliefern gewesen ist. Die „Kölnische Zeitung“ hat zu dieser Veröffentlichung die Hand geboten. Sie lehrt sich gegen den „Flottenrummel“, wie ihn die Peters und Genossen kultivirt haben, weil sie meint, es sei hohe Zeit, daß der Bersaherheit, vielleicht auch Indiskretionen einfacher Erwägungen und Unterhaltungen ein Diegel vorgeschoben werde.“ Da wird dann dem Steuerzahler wohlwollend versichert, nicht auf 500 oder gar 1000 Millionen, nur auf 150 Millionen sei es abgesehen bei der Marinereform. Die aber würde sich ja am besten durch eine Anleihe ausbringen lassen. Weiter erfährt man dann die zwar nicht neue aber immer wieder für die Schiffsbau-Interessenten erfreuliche Nachricht, daß schon wieder eine ganze Anzahl großer Panzersfahrzeuge vorkatet sind. Ganz neue Pläne bestehen überhaupt für den Weiterbau unserer Flotte, bekanntlich wechseln die Ansichten über die zweckdienlichste Größe und Kon-

fraktion der Panzerflotten mindestens alle fünf Jahre von Grund auf. Kaum ist ein neuer „Typ“ eingeführt, da ist er auch schon veraltet. Jetzt soll der ostasiatische Krieg eine neue Revolution in den Ansichten bewirkt haben. Der Offiziosus kündigt deshalb in wohlwollendstem Tone an:

In unserer Marine hat die Ueberzeugung Platz gegriffen, daß dem Panzerschiff von 6. bis höchstens 12 000 Tonnen mit einer starken mittleren Artillerie in jeder Hinsicht die Zukunft gehört. Diese Auffassung stützt sich auf sorgfältige und verwickelte Untersuchungen. Sie fanden durch die Erfahrungen im japanisch-chinesischen Kriege in mancher Richtung ihre Bestätigung. Es kann sich nur darum handeln, an der Hand unserer Flottenliste rechtzeitig für Ersatzbauten zu sorgen, wobei zugleich der andere Zweck, Vereinfachung der Typen und Vereinheitlichung der Schlagschiffe und Kreuzerflotte, erreicht werden soll. Hierbei ist die Frage aufgeworfen worden, ob die Ersatzbauten durch jährliche Ratendewilligungen bewirkt werden sollen oder ob es sich nicht vielleicht empfiehlt, auf dem Wege einer Anleihe vorzugehen. Wenn man schnell bauen und zugleich eine unter sich möglichst gleiche Klasse von Typen schaffen will, so läme man auf dem Wege einer Anleihe am besten zum Ziel, und die deutschen Privat- und Staats-Werften würden auch die Arbeit eines gleichzeitigen Auslegens einer ganzen Klasse leisten können. Wir würden deshalb den letzteren Weg für den geeigneteren halten, schon deshalb, weil die Schlagschiffe aus den sechziger und siebziger Jahren ihre Bestimmung in nicht zu fernem Zukunft nicht mehr erfüllen können. Dies sind König Wilhelm (abgelassen 1868), Kaiser (abgelassen 1874), Deutschland (abgelassen 1874). Der Ersatzbau Preußen ist bekanntlich in Angriff genommen, an der Bewilligung des Ersatzbaues Friedrich der Große kann nicht mehr gezwweifelt werden. Da diese beide letzteren außer Betracht bleiben, so ergibt sich, daß, falls man sich zu einer Marineanleihe entschließt, diese sich für Schlagschiffe nicht über 90 Millionen belaufen würde. Infolge eines wohl ziemlich zureichenden Ueberschlags würden sich die Forderungen für Panzerkreuzer nicht über 60 Millionen erheben, die ganze Summe würde sich also auf 150 Millionen veranschlagen lassen, wobei die 1865/66 bewilligten und für 1866/67 geforderten Kreuzer natürlich außer Anschlag bleiben.

Nur 150 Millionen! Kleinigkeit! Der ist nicht werth, den Namen Deutscher zu tragen, der nicht mit Hurrah für die neuen Panzerschiff-Typen die Mittel bewilligt! Das wird uns demnach in allen möglichen Tonarten von patriotisch dressirten Reptilien bewiesen werden.

**Zum sächsischen Wahlrechts-Attentat.** In letzter Stunde haben die Attentäter, um die öffentliche Meinung zu täuschen, wie den Lesern bekannt ist, eine Scheinintention gemacht, indem sie den Jenus der zweiten Klasse herabsetzten. Damit will man aber bloß denen, die nicht alle werden, ein K für ein U vormachen. In Wirklichkeit bleibt alles wesentlich unverändert. Die „Sächsische Arbeiterzeitung“ schreibt darüber:

Man hat die Mindestverengung der 2. Wählerklasse von 50 auf 38 M. herabgesetzt. Man will so noch einen Theil der „Mittelstands“ Leute vor der Herabwürdigung in die unterste Klasse der Entrechteten bewahren. Thatsächlich ändert diese Verabsetzung der Steuergrenze fast nichts an der Gestaltung der Wählerklassen, denn es dürften so wohl nur gegen 2 pCt. der Wähler aus der 3. in die 2. Klasse erhoben werden; ob in der 3. Klasse 82 oder 80 oder 78 pCt. aller Wähler sich befinden, ist natürlich ganz gleichgültig. Der gemeine Klassencharakter des künftigen Gesetz wird dadurch nicht vermindert, nur die scheinheilige Jesuiterei, die in ihm steckt, ist noch vermehrt.

Uebrigens zeigt diese Veränderung in letzter Stunde, daß den Reaktionsparteien selbst angst vor den Folgen des Gesetzes geworden ist; sonst hätten sie diese „Verbesserung“ nicht noch vornehmen brauchen. Darum haben sie schleunigst noch einige tausend Mittelstandsleute, die erst mit zu den Tummeln und Herrschaftsunfähigen der 3. Klasse gehören sollten, für politisch reif und regierungsfähig erklärt.

Das alles ist zu abgeschmackt und dumm, als daß es nun noch weiterer Worte verlohnte. Das sächsische Volk wird zur rechten Zeit die rechte Antwort an die Rechtsbrecher ergehen lassen!

Und das hoffen auch wir. Nein — wir hoffen es nicht, wir wissen es.

Der Ernst der Lage fordert gebieterisch das Zusammenstehen und Zusammenwirken aller Genossen. Wer sich nicht auf die Höhe der Aufgabe emporschwingen kann, der sühre wenigstens nicht die Einheit der Partei! Angesichts der Thatfache, daß die Landesversammlung zusammentritt, lohnt es sich nicht, darum zu streiten, ob es nicht zweckmäßiger gewesen wäre, man hätte die Landesversammlung ein paar Tage früher zusammenrufen lassen. Noch gegenstandslos ist der Streit, ob alle sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten die Mandatsniederlegung für tathlich nützlich oder notwendig halten.

Alle Abgeordneten ohne Ausnahme haben erklärt, dem Beschluß der höchsten Parteibehörde in Sachsen: der Landesversammlung gemäß zu handeln.

Hiermit ist jeder berechnigte Streitgrund gefallen.

Daß die Frage der Mandatsniederlegung nicht von einem einzelnen Wahlkreis entschieden werden kann, sondern Sache des ganzen Landes ist — das werden inzwischen auch die eifrigsten Heißsporne eingesehen haben. Und ob die Entscheidung der Landesversammlung 14 Tage früher oder später erfolgt, ist in diesem Feldzug gegen die Wahlrechtsführer, der jahrelang dauern wird, vollkommen gleichgültig. Die 14 Tage sind für die Agitation ja nicht verloren.

Daß aber die Mandatsniederlegung als Protest-Aktion einen weit wichtigeren Eindruck machen muß, wenn sie von der Vertretung der Gesamtpartei, einschließlich der Landtags-Vertretung, als bloß von dieser ausgeführt wird, das — denken wir — kann keinem ruhig abwägenden Menschen zweifelhaft sein, zumal im Landtag das Attentat sich ganz ohne dramatische Schlusszene vollzieht.

Was zur Landesversammlung mache jeder Genosse sich schlüssig, was im Interesse der Partei zu thun ist!

Ist es vorthelhafter, auch mit dem verschlechterten Wahlgeseh sich an den Landtagswahlen zu betheiligen und in der Kammer, so lange es irgend geht, weiter zu kämpfen, wie das in einigen Landestheilen, wo auch viele der Genossen in die zweite Klasse gelangen würden, befürwortet wird? oder den Umföhrern die Mandate vor die Füße zu werfen, und den Kampf auf ein anderes Gebiet hinüber zu spielen, wie wir es befürwortet haben — das haben die sächsischen Genossen jetzt unter sich auszumachen.

Im Interesse der Sache warnen wir, in diese Diskussion, die durchaus ruhig geführt werden muß, nicht zur Sache gehörige Momente zu tragen. Es ist häßlich, um den mildesten Ausdruck zu gebrauchen, den Abgeordneten, die nicht ohne weiteres ihr Mandat niederlegen wollen, ein „Neben“ an den 12 Marx Diäten vorzuerwerfen. Das sind Fuchtelunföhrlichkeiten, der Partei unwürdig.

**Vom Moloch.** Der Fall der österreichischen Husaren ist noch in frischem Gedächtniß — eine Anzahl Soldaten, durch die viehische Rohheit eines Vorgesetzten zur Verzweiflung getrieben, tödteten diesen im Handgemeinen. Dreimal schon hieß es, es seien verschiedene der Meuterer kriegsrechtlich erschossen worden. Die Nachricht ward aber beide Male widerrufen. Jetzt lesen wir in der Wiener „Arbeiter-Zeitung“:

**Bemberg, 6. März.** (Das Urtheil gegen die Przemysler Husaren.) Nun endlich liegt das endgiltige Urtheil gegen die 31 Husaren vor, die ihren Peiniger Wachtmeister Dioszeghi in einem Anfall äußerster Wuth niederschlugen. Die bestialischen Quälereien und Mißhandlungen trieben die Soldaten zum äußersten. Die Folgen dieser Handlung waren sehr ernste. 31 Husaren wurden vom Kriegsgericht gestellt und 16 von ihnen bei geheimem Verfahren zu schweren Strafen verurtheilt. Einer, der Korporal Doros, wurde zum Tode, drei Husaren zu achtzehn Jahren, zwei zu sechzehn, einer zu fünfzehn und neun zu fünf bis zwölf-jähriger Festungshaft verurtheilt. Fünfzehn Husaren wurden freigesprochen, ihnen jedoch die nahezu ein Jahr währende Untersuchungshaft als Arreststrafe angerechnet. Der Kaiser hat in letzter Stunde den Korporal Doros zu zwanzigjähriger Festungshaft begnadigt.

Das ist entsetzlich! Und der österreichische Kaiser selbst hat es geföhlt, sonst hätte er das Todesurtheil vollstrecken lassen. Aber Begnadigung zu zwanzigjähriger Festungshaft! Und die übrigen zweihundert Jahre Festungshaft, das heißt die Galeerenstrafe zu Land! — An ihren Werken soll Ihr sie erkennen — die Hohepriester des Moloch! —

**Die französische Budgetkommission** hat das Einkommensteuer-Gesetz der Regierung mit großer Majorität abgelehnt und das Ministerium aufgefordert, eine neue Gesetzesvorlage einzubringen. Das Ministerium, dessen Präsident Bourgeois auf seiner Reise mit dem Präsidenten erfahren hat, daß seine radikale und energische Politik die Volksmassen für sich hat, wird wohl schwerlich den Herren der Majorität das Feld räumen. Einen neuen Entwurf einzubringen, hat es schon abgelehnt und erklärt, die Entscheidung der Kammer zu überlassen. Die Reise des Präsidenten Faure in Gesellschaft des Herrn Bourgeois war ein wahrer Triumphzug des demokratischen Republikanismus. Aller Pomp und offizielle Apparat war von Faure und Bourgeois beseitigt, jede Polizeibegleitung abgelehnt, dem Volk volle Freiheit gelassen worden. Und beide Männer verkehrten mit dem Volk so wie es sich gebührt — als Männer, die selber zum Volk gehören. Die „Petite Republique“ schreibt aus Marseille, wo der Empfang besonders enthusiastisch war: „Zum ersten Mal hat man bemerkt, daß wir in einer Republik sind“.

Die Herren Reaktionsäre haben Grund, mit der Reise des Präsidenten unzufrieden zu sein.

**Eine chinesische Insel** soll angeblich für Deutschland als Hafen erworben worden sein. Wäre das der Fall, so hätte man darin wohl so eine Art Belohnung zu erblicken, die sich die deutsche Regierung von der chinesischen für die gemeinsam mit Rußland und Frankreich bewirkte Rettung der Halbinsel Liaotung aus den Händen der Japanesen erwirkt hätte. Dieser Brosamen, der für Deutschland von dem reichbesehten russischen Tische in Ostasien abgefallen ist, soll die Insel Lappa in der Bucht von Hongkong, dicht bei der den Portugiesen geböhrigen Hafenstadt Macao sein. In einer der „Wost. Bzg.“ aus Macao zugegangenen Mittheilung heißt es darüber:

Lappa ist eine in der Bucht von Hongkong dem portugiesischen Hafen Macao vorgelagerte Insel, die durch die vereinigten Nord- und Westarme des Cantonflusses vom Festlande getrennt wird. Seit einer Reihe von Jahren ist der Hafen von Lappa von der chinesischen Regierung als Zollhafen den fremden Mächten geöffnet worden und besitzt eine chinesische Zoll- und Hafenbehörde. Gleichzeitig treffen auch aus Amoy Privatbriefe ein, denen zufolge die diesem Hafen gegenüberliegende Insel Quemoy als deutscher Hafen in Aussicht genommen wird. Die erforderlichen Vermessungen und Aufnahmen sind von deutschen Seeleuten bereits gemacht worden und die Besitzergreifung soll binnen kurzem erfolgen. . . . Aber entscheidende Schritte zur Besitzergreifung von Lappa oder Quemoy oder beider Inseln sind bisher noch nicht unternommen worden.

Die deutsche Regierung wird jedenfalls nicht umhin können, sich darüber klar auszusprechen, ob die Erwerbung wirklich vor sich gegangen ist.

**Chronik der Majestätsbeleidigungen.** Aus Elmhorn wird uns unterm 7. März geschrieben: Wegen Majestätsbeleidigung wurde in Elmhorn der Schuhmacher Groth, aus Böbeln gebürtig, verhaftet. Denunziert war derselbe durch seinen früheren Logiswarter, den Schuhmacher Hartung. Auf ein Schreiben, welches an die hiesige Behörde gesandt war und worin behauptet wurde, daß Hartung nebst Frau Ruppel betriebe, wurden auf Anordnung der Polizeibehörde mehrere früher bei H. in Logis gewesene Arbeiter, darunter Groth, polizeilich vernommen. Auch der der Ruppel beschuldigte H. wurde selbst vernommen und hat hierbei die Denunziation wegen Majestätsbeleidigung gemacht. Die Verhaftung erfolgte sofort. Es scheint hier nur ein Nachhalt vorzuliegen, da Groth, ein junger 24jähriger Mensch, am heutigen Tage wieder aus der Haft entlassen wurde. Dieser Fall zeigt wieder einmal, wie man Majestätsbeleidigungs-Prozesse zu machen sucht.

**Das Verfahren wider unseren Redakteur Braun** ist nun eingestellt worden. So nahe es läge, sich nun mit den perfiden Auslassungen einer Reihe gegnerischer Blätter gegen unseren Kollegen zu beschäftigen, so verzichteten wir darauf, und theilen bloß den unsern Kollegen heute zugestellten Beschluß mit. Er lautet:

In der Strafsache wider Braun (J. V D. 202. 96 — U. R. I. 92, 96) wird beschloffen: Den Angeschuldigten Redakteur Dr. Adolf Braun hier, bezüglich des demselben zur Last gelegten wissentlichen Meineides, Verbrechen wider §§ 154, 161 Strafgesetzbuch, außer Verfolgung zu setzen und die Kosten des Verfahrens gemäß § 409 Strafprozessordnung der Staatskasse aufzuerlegen.

Da die stattgehabte Voruntersuchung keinerlei ausreichende Unterlage für die Annahme ergeben hat, daß der Angeschuldigte wissentlich oder fahrlässigerweise eine solche Aussage mit einem Eide bekräftigt habe.

Berlin, den 4. März 1896.

Königliches Landgericht I, Strafkammer 5.  
geg. Schend. Rinne. Zehm.

**Deutsches Reich.**  
— Die konservative Fraktion des Herrenhauses hat, folgende Resolution beschloffen: Die konservative Fraktion des Herrenhauses bedauert das Scheitern Blöckers aus der konservativen Partei, tritt aber dem Beschloffe des Eisen-Ausschusses bei.

— Reichskommission für Arbeiterstatistik. Gutem Vernehmen nach ist der preussische Unterstaatssekretär Pohnmann als Vorsitzender der Kommission für Arbeiterstatistik in Aussicht genommen. Herr Pohnmann ist der Verfasser einer im Jahre 1877 erschienenen Zusammenfassung der Arbeiterstatistik-Befehle in den europäischen Staaten. In die Kommission wurde auch der Geheime Ober-Regierungsrath v. Woodke, der

sich durch Kommentare über unsere Arbeiterversicherungs-Gesetze einen Namen gemacht hat, delegirt.

— Dr. Bödiker ist von seinem Urlaube zurückgekehrt und hat die Leitung des Reichs-Versicherungsamts wieder übernommen. Demnach scheint das einflussreiche Eintreten der Presse für seine Erhaltung im Dienste der Arbeiterversicherung nicht vergeblich gewesen zu sein.

— Ein interessantes Telegramm! Die „Norddeutsche Volkstimme“ schreibt: Am 10. Februar 1896 unterzog der Herr Reichskommissar den Nordd. Lloyd-Dampfer „Havel“ in Norddeham einer Besichtigung. Nach der Martirung eines Bootsmanns an Bord 5 Anfertiger sich der Herr Reichskommissar gegenüber den anwesenden Heizern und Kohlenziehern, die Berichte, die von sogenannter authentischer Seite an den Reichstag gelangt wären, seien nun doch nicht wahrheitsgemäß gewesen, jeder habe sich davon überzeugt, daß Brot sowie auch Wasser in den Wöten wäre, außerdem sei alles in bester Ordnung am Schiff gefunden. Eine interessante Illustration zu den Schiffsbesichtigungen giebt nun die folgende Depesche:

„Havel“ 1. Offizier.

Nordenham.

Telegramm aus Bremen 1896 d. 9. 2. um 12 Uhr 48 Minuten.

„Werde morgen „Havel“ inspizieren, Bootsmannöver abhalten. Erfolge Bootskolle bereit halten.

Der Reichskommissar.

Jeder Kommentar hierzu ist überflüssig!

— Eine neue Partei. Unter der Regide des Chefredakteurs der „Hamburger Freien Presse“ konstituirte sich heute Abend eine „Hamburger Rechtspartei“. Dieselbe soll „demokratische“ Grundsätze verfolgen und will sich speziell mit Hamburger Angelegenheiten beschäftigen. Nach den Reden der in der konstituierenden Versammlung anwesenden Deutschen hofft man der Sozialdemokratie gewaltigen Abbruch zu thun. Gütte Thoren! —

Leipzig, 9. März. (Privattelegramm des „Vorwärts“.)

Das Reichsgericht verurtheilte den Ingenieur Schoren wegen des versuchten Verbrechens des Landesverraths (Verrath militärischer Geheimnisse an eine auswärtige Macht) zu sieben Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust mit Polizei-Aufsicht, den Ingenieur Pfeiffer wegen Beihilfe zu zwei Jahren Gefängniß, den Kaufmann Ringbauer wegen Beihilfe zu einem Jahre Gefängniß; die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen.

— Unsere Chauvinisten finden leider immer chauvinistische Vohheiten im Auslande nachahmenswerth. Für die guten Seiten ausländischer Zustände fehlt ihnen das Verständnis und der Blick. So schreiben die „Leipz. Neuezt. Nachr.“ im Hinblick auf den begeisterten Empfang des Flibustiers Dr. Jameson durch die Kolonial-Chauvinisten in London:

„In der Solidarität, die das Engländerthum dem Auslande gegenüber selbst dort bekundet, wo einer seiner Söhne geirrt oder gar gefehlet hat, in der Anerkennung seiner Motive liegt ebenso etwas Gesundes, wie selbst in der Annahme und in dem Hochmuth, mit dem der Dritte sich im Verkehr mit andern Nationen auszustatten pflegt.“

An Annahme und Hochmuth leiden unsere Musterpatrioten leider bereits mindestens ebenso viel wie die irgend eines andern Landes. Das Ansehen des deutschen Namens leidet darunter bereits zu genüge. Glücklicherweise treten aber die deutschen Arbeiter diesem Treiben mit gebührender Energie entgegen. Sie, nicht aber der schneidige Kolonialher und seine Bewunderer, sind die wahren Vertreter des Deutschthums.

**Belgien.**

— Eine Wahlrechtsverschlechterung wird auch in Belgien seitens der Regierung geplant. Durch Verschlagen der großen städtischen Wahlkreise und raffinierten Wahlkreisgometrie zu Schaden der Arbeiterbevölkerung und zu Gunsten der Regierungsanhänger hofft man einen Theil der sozialdemokratischen Deputirten aus der Kammer zu verdrängen. Dieser Versuch kann der Regierung und dem Könige recht theuer zu stehen kommen.

**Spanien.**

— Aus allen Theilen des Landes werden neue Kundgebungen gegen die Vereinigten Staaten gemeldet.

**China.**

— Chinesische Anleihe. Wie das Wolff'sche Bureau meldet, hat das deutsch-englische Syndikat, geleitet von der „Deutsch-Asiatischen Bank“ und der „Hongkong und Shanghai Banking Corporation“, die in letzter Zeit mehrfach erwähnte chinesische Anleihe abgeschlossen.

## Die Bewegung in der Konfektions-Industrie.

Vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts wurden gestern wieder eine Anzahl Arbeiterinnen und Zwischenmeister vernommen. Eine Stepperin auf Hosen bekommt für das Stück 15, 16, 17 1/2 Pf., wozu eine Arbeitszeit von 1 1/4 Stunden erforderlich ist, sodah diese Arbeiterin bei täglich 10 bis 11 stündiger Arbeitszeit einen durchschnittlichen Wochenverdienst von 9 M. hat, wovon 1,93 M. Unkosten abgehen. Eine Wittwe, die seit sechs Jahren als Handarbeiterin auf Hosen arbeitet, fertigt in etwa zwölfstündiger Arbeitszeit 8 Hosen à 12 1/2, 14, 15 und 16 Pf., wobei sie auf einen Wochenlohn von 4,80 M., einschließlich 60 Pf. Unkosten kommt. Aehnliche Angaben machen noch mehrere Arbeiterinnen, die alle bei dem Zwischenmeister Nabol beschäftigt sind. Bei dieser Gelegenheit wird festgestellt, daß Herr Nabol, obwohl er von den Konfektionsfirmen die vereinbarten 12 1/2 pCt. Zuschlag erhält, dennoch den Arbeiterinnen nur 1—2 1/2 Pf. pro Stück mehr zahlt, während er nach den angestellten Berechnungen 4 bis 6 Pf. zugulegen hätte. Den betreffenden Arbeiterinnen wurde der Rath ertheilt, die zu wenig gezahlten Löhne, auf die sie einen rechtlichen Anspruch haben, beim Gewerbegericht einzulagen. Ferner wurden noch einige Zwischenmeister vernommen, von denen einer, ein früherer Schlichter, erklärte, daß er nach außerhalb ziehen und dort für Berliner Firmen weiter arbeiten werde, um die getroffenen Vereinbarungen zu umgehen.

Herr Gustav Lefèvre, Inhaber der in Berlin, Spittelmarkt 12, bestehenden Damenmäntel-Fabrik, versichert uns wiederholt, daß er den Vereinbarungen sofort zugestimmt, sich also nicht ablehnend verhalten hat. Wir hatten unsers entgegengekehrte frühere Mittheilung schon berichtigt, wollen aber hiermit noch ausdrücklich erklären, daß wir an der Richtigkeit der Angabe des Herrn Gustav Lefèvre nicht zweifeln.

In Pforzheim haben die Verhandlungen zwischen den Unternehmern und der Lohnkommission jetzt zu einer definitiven Einigung auf folgender Grundlage geführt: 1. Einführung von Werkstätten, wo dies nicht sofort möglich ist, wird der Arbeiter vom Plaggeld entlastet. 2. Einführung eines einheitlichen Minimal-Lohns. 3. Lohnzahlung von 10—12 pCt. 4. Minimal-Wochenlohn für Wochenarbeiter.

Bei der Berliner Gewerkschafts-Kommission gingen für die Konfektionsarbeiter noch folgende Beiträge ein: Durch Frau Beckin 2. Plate 2. 2284 171.68. Lustige Brüder 1,90. Obere Dreherei von L. Schwarztopf (Stammfabrik) 9,25.

Fünf Nothe und ein Blauer 8. Aus bürgerlichen Kreisen 4. Rate 100. Spandau durch B. (Darunter „rothe Hochzeit“ 2,50) 26,50. Konditionen Berlins 10. Marine Sanssouci 1. Rate 70. Jüterklub Frohsinn 10. Handelshilfsarbeiter Berlins 100.

## Partei-Nachrichten.

Der Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie wird nicht, wie beabsichtigt war, in Linz, sondern in Prag abgehalten werden. Diese Stadt war schon früher in Aussicht genommen, da aber einige Schwierigkeiten zu überwinden waren, hatten unsere Genossen auch in Linz Vorkehrungen getroffen. Die Hindernisse in Prag sind nun geboben und so folgen unsere österreichischen Parteigenossen der Einladung nach Prag um so lieber, als sie Werth darauf legen, daß der Parteitag der internationalen Sozialdemokratie Österreichs auf dem klassischen Boden des bürgerlichen Nationalitätswortes stattfindet, in der Stadt, die vor kurzem noch vom Grafen Thun und seinem Ausnahmezustand beherrscht war.

Gegenüber den von der reaktionären Presse mit bekannter Boshaftigkeit verbreiteten Nachrichten von einer Sammlung in der Schweiz für ein „Ehrengeheim“ an Liebknecht sind wir zu der Erklärung ermächtigt, daß in Deutschland von einer solchen oder ähnlichen Parteisammlung nichts bekannt ist.

Ueber den Anfall der Solinger Angelegenheit vor der Reichstagsfraktion schreibt die „Freie Presse“: Der Beschluß des Solinger Provinzial-Parteitages auf Unwürdigkeitserklärung des Abg. Schumacher beschäftigte am 4. und 5. d. die Reichstagsfraktion. Die Fraktion verwarf in einer motivierten Tagesordnung die Unwürdigkeitserklärung, nachdem sie zuvor einen Antrag Bebel's, der dahin ging, die Angelegenheit dem nächsten Parteitag zu überweisen, gegen eine starke Minorität abgelehnt hatte. Da diese Angelegenheit so wie so nur auf einem allgemeinen Parteitag erledigt werden kann, wird sich der nächste Parteitag mit der Sache abernachmal zu beschäftigen haben.

Das ist nicht unrichtig, giebt aber doch kein richtiges Bild der Sache. Der Bebel'sche Antrag, die Angelegenheit einfach dem nächsten Parteitag zuzuweisen, genügt der großen Mehrheit der Fraktion nicht, und es wurde deshalb der von uns mitgetheilte Beschluß gefaßt.

Eine Agitations-tour wurde am vorvergangenen Sonntag von den Genossen aus Hemelingen in folgenden Bezirken unternommen: Bassum und Umgegend, Harpstedt, Sylle und Umgegend, Kirchweide und Umgegend, Drene und Niede. Es wurden folgende Broschüren verteilt: „Zweierlei Recht“, „Die Ziele der sozialdemokratischen Partei“, „Die Soldatenmißhandlungen vor dem deutschen Reichstag“ und „Zunker und Bauer“.

### Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Wegen Verbreitung eines Flugblattes an einem Sonntag wurden zwei Genossen vom Schöffengericht in Münden zu 30 bzw. 20 M. Geldstrafe verurtheilt. Das Urtheil wurde gefällt auf Grund der althannoverschen Sabbatordnung.

Der Redakteur des Chemnitzer „Beobachters“, Genosse Rosenow, wurde vom dortigen Landgericht zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt, weil er Staats-einrichtungen „verächtlich“ gemacht haben soll. Es handelte sich um einen Artikel, wenn nicht gar denselben Artikel, wegen dessen der Redakteur der Breslauer „Volkswacht“ freigesprochen worden ist, nämlich um eine Kritik des Verbots der Einfuhr von amerikanischem Schweinefleisch.

Genosse Riem in Burzen hatte ein Strafmandat von 15 M. erhalten, weil der Beginn einer öffentlichen Volksversammlung, die er bei der Polizeiverwaltung für nachmittags 3 Uhr angemeldet hatte, in den Insulaten und Plakaten auf 2 1/2 Uhr angefaßt war. Zweck solcher früheren Zeitangaben ist bekanntlich die Herbeiführung pünktlicherer Versammlungsbefehls. Das Gericht, dessen Entscheid unser Genosse anfechtet, verurtheilte ihn sogar noch höher, nämlich zu 30 M., also zur doppelten Geldstrafe. Was würde wohl der alte Tacitus, der in seiner „Germania“ die Summelei der alten Deutschen beim Versammlungsbefehl besonders rügt, zu diesem Urtheil sagen!

## Gewerkschaftliches.

Dem Einfluß der großen Bewegung, in der jetzt wieder die selbständig organisierten deutschen Buchdrucker stehen, können sich auch diejenigen Gehilfen nicht entziehen, die dem von den Prinzipalen inspirierten Gutenbergsbund angehören. So haben sich die Berliner Mitglieder dieses Vereins in einer von etwa 300 Personen besuchten Versammlung mit der am 4. März in der großen Berliner Buchdrucker-Versammlung zu Gunsten des Reinstundentags gefaßten Resolution vollständig einverstanden erklärt und dem Vorstand des Gutenbergsbundes ihre entschiedene Mißbilligung wegen der Fassung des Flugblattes ausgesprochen, worin dieser zu der Tarifbewegung in einer den Prinzipalinteressen entsprechenden abwiegenden Weise Stellung nahm. Die betreffende Resolution, worin dies ausgedrückt ist, wurde von der Versammlung der Gutenbergsvereinsmitglieder mit 270 Stimmen Mehrheit angenommen.

Der Streik der Tischler Berlins ist beendet. An der Bewegung haben theilgenommen über 10 500 Tischler in ca. 1000 Werkstätten. Ausständig sind noch 160 Tischler, welche zu unterstützen der Deutsche Holzarbeiter-Berband übernommen hat. Dieselben vertheilen sich auf die Mühlenbau-Werkstatt von Kapler, die Nähmaschinen-Fabrik von Fricker u. Kohnmann und die Kasten-Möbelfabrikerei von Eckert, Ruppinerstraße sowie auf mehrere kleinere Werkstätten.

Bemerkenswerth ist es — schreibt man uns — daß die beiden erstgenannten Firmen vom Großkapital beherrscht werden, ein Beweis, daß im Tischlergewerbe dort, wo das Kapital sich konzentriert, der Kampf der Arbeiter um bessere Lebensbedingungen besonders hart ist, da das Kapital auf die Arbeiter keine Rücksicht nimmt. Doch kann im Tischlergewerbe das Kapital jetzt kaum auf die Toner hand halten, da die Verhältnisse in diesem Gewerbe noch so liegen, daß der größte Theil der Produkte in kleinen Betriebswerkstätten hergestellt wird und die Inhaber derselben, die Tischlermeister, bereits zu merken anfangen, daß auch sie der Zerschlagung durch das Kapital entgegen gehen, weshalb der einsichtigeren Theil unter ihnen, der merkwürdigerweise diesmal in den Reihen der Junungsmeister sich befindet, den Tischlergesellen bei ihren Forderungen entgegengekommen ist. Der gut geleiteten Organisation der Holzarbeiter wird es deshalb wohl gelingen, die Rücksichtslosigkeit der Großunternehmer zu brechen.

Der günstige Verlauf der Bewegung ist im Interesse der Arbeiterschaft zu begrüßen und wird sicher dazu beitragen, daß die Holzarbeiter zuversichtlicher denn je sich um das Banner der Organisation zu schaaren.

### An die Zimmerer Berlins!

Es sind noch 53 Wangehöfische, die sich bis jetzt geweigert haben, die Forderungen der Zimmerer anzuerkennen.

In 336 Wangehöfische ist bis heute die neunständige Arbeitszeit eingeführt und wird dort auch streng inne gehalten.

28 Wangehöfische zahlen den Stundenlohn von 55 Pf. und lassen 9 Stunden arbeiten, doch ist anzunehmen, daß sie bald

versuchen werden, länger arbeiten zu lassen. In erster Linie ist es Aufgabe der auf diesen Plätzen beschäftigten Zimmerer, auf der Hut zu sein; wenn an sie die Aufforderung herantritt, länger zu arbeiten, ist sofort die Arbeit niederzuliegen.

52 Wangehöfische beschäftigen augenblicklich keine Leute und kommen somit nicht in Betracht.

Die arbeitenden Berufsgenossen werden hiermit noch einmal aufgefordert, sich in den Besitz von Arbeitskarten zu setzen, da und sonst jegliche Kontrolle fehlt und manche zu unrecht als Streikbrecher betrachtet werden könnten. Zur besseren Information für die Streikenden werden von heute ab wieder Arbeitsbescheinigungen herausgegeben und sind die darauf gemachten Angaben genau zu beachten.

Der Zimmermeister Fichel, Platz Danzigerstraße, hat gestern seine Zusage wieder zurückgezogen und ist somit auf die Liste der Wangehöfische zu setzen, wo nicht bewilligt worden ist.

Die Sammelkarte Nr. 49 für die streikenden Zimmerer ist verloren gegangen; dieselbe ist abzugeben im Streikbureau Neue Friedrichstraße 44.

### Die Lohnkommission der Berliner Zimmerleute.

Achtung, Klempner Berlins! Mittwoch, den 11. März, abends 8 Uhr, wird bei Cohn, Deuthstr. 21, eine Versammlung der Vertrauensmänner der Klempner abgehalten. Aus jeder Werkstatt muß ein Delegierter anwesend sein. Auf der Tagesordnung steht: Die bevorstehende Lohnbewegung. Die ausgegebenen Fragebogen müssen in der Versammlung ausgefüllt abgeliefert werden. Sonntag, den 15. März, vormittags 10 Uhr, ist im Ferialpalast eine Versammlung der Klempner, die die entscheidenden Beschlüsse in der Lohnbewegung zu fassen hat. Der Vertrauensmann der Klempner, F. Zimmermann, Pflückerstraße 55.

Achtung! Jedem organisierten Brauerei-Arbeiter zur Kenntniß, daß die Differenzen zwischen der Direktion und den ausgesperrten Brauerei-Arbeitern des Münchener Brauhauses, Berlin, Johannesstraße 18/19, noch nicht geregelt sind. Wir ersuchen, Vorstehendes zu beachten. Der Vorstand des Zentralverbandes der Brauer Deutschlands, Zweigverein Provinz Brandenburg.

An die Steinarbeiter Deutschlands. (Situationsbericht.) Wie bereits bekannt gemacht ist, hatten in den schlesischen Sandsteinbrüchen bei Bunzlau 450 Steinarbeiter die Arbeit wegen Nichtbewilligung des vorgelegten Tarifs niedergelegt. Nachdem sich die Berliner Kollegen mit den Streikenden solidarisch erklärt hatten, ist es gelungen, eine Einigung zu Gunsten der Streikenden herbeizuführen. Es wurde eine Verkürzung der Arbeitszeit und eine wesentliche Erhöhung des Akkordtarifs erreicht. Außerdem haben sich die Unternehmer verpflichtet, von jetzt ab das Schärpen der Werkzeuge selbst zu bezahlen, was eine der Hauptforderungen gewesen und speziell für die Steinbrecher von großer Bedeutung ist. Bisher wurden die Kosten des Schärfens den Arbeitern von ihrem Lohn abgezogen. Auch die Berliner Steinmehrer haben eine wesentliche Aufbesserung des Tarifs und eine Erhöhung des Minimallohnes von 60 auf 75 Pf. erreicht. Ein neuer Beweis dafür, daß die gewerkschaftliche Organisation doch etwas nützt und diejenigen unrecht haben, die immer, um sich zu drücken, die Ausrede gebrauchen: es nützt ja doch nichts. Erwähnt sei hier noch, daß sich in dem ganzen schlesischen Bruchdistrikt, der sich auf mehrere Dörfer erstreckt, nicht ein einziger Streikbrecher gefunden hat; in Benig-Rakowitz haben sogar die Lehrburschen mitgestreikt. Außerdem befinden sich in den Postaer Sandsteinbrüchen noch über 100 Steinbrecher und Steinmehrer im Ausstand. In Bärzburg streiken ebenfalls 17 Kollegen. Die Sache steht an beiden Orten sehr günstig. Unterstützung ist aber dringend notwendig. Vor Belästigung der Streikenden durch zureisende Kollegen wird gewarnt.

In Jwicau, wo sich ebenfalls 9 Mann im Ausstand befinden, hat sich die Sache ebenfalls zu Gunsten der Kollegen geregelt. Alle Sendungen für die Streikenden sind an untergezeichnete Adresse zu richten. Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten. Die Geschäftsleitung der Steinarbeiter Deutschlands, J. A.: Ph. Thomas, Rixdorf-Berlin, Bergstr. 162.

Zum Streik der Möbelpolierer wird uns mitgeteilt, daß die Firma Böckel, Königsbergerstraße, ebenfalls bewilligt hat. Die Streichung der genannten Firma aus dem heutigen Inserat konnte nicht mehr erfolgen, da mit dem Druck des Blattes schon begonnen war.

In Brandenburg sind die Schuhmacher der Filzschuhfabrik von A. Fuchs in den Streik getreten.

In Kottbus haben gestern die dem Ringe angehörigen Textilfabrikanten ihre Fabriken geschlossen. Die Ausständig sind also fest geblieben. Den Unternehmern wird wohl nun begrifflich geworden sein, daß sie den Vogen überspannten.

Am Sonntag beschlossen die Ausständig in einer von circa 5000 Personen besuchten Versammlung, wo Adolf Hoffmann referierte, daß bei der Regierung Schritte gethan werden sollen, damit das Amt des Kottbusser Gewerbe-Inspektors einem andern als dem jetzigen Inhaber übertragen wird. Daß Herr Ermlich, der jetzige Gewerbe-Inspektor, sich bei dem Streik den höheren sozialpolitischen Aufgaben eines Gewerbe-Inspektors nicht gewachsen gezeigt hat, wird außer den Leuten der Bismarck-Stuben kaum jemand bestreiten.

Betreffs der in Nr. 56 des „Vorwärts“ veröffentlichten Mittheilung über die bekannte Stadtverordneten-Versammlung bittet uns der Kottbusser Stadtverordneter-Vorsteher Herr Karl Lehmann-Nies um Aufnahme der Erklärung, daß die Stelle: „Die im Kollegium sitzenden Fabrikanten und deren Gefinnungsgenossen machten durch lärmende Unruhe den Vertretern der 3. Wählerklasse das Weiterreden unmöglich“ — unwarhaft ist.

Bei der Berliner Gewerkschafts-Kommission (A. Millarg, Berlin S., Annenstraße 16, Gewerkschaftsbureau) gingen für die Textilarbeiter in Kottbus an Unterstützungen ein: Matzschlöcher 1 30.—, Eine Metallwaarenfabrik 4,35.—, Posamentenfabrik Reiss u. Burmeister 5.—, Porzellanmaler 20.—, H. B. 10.—, Nothe Priesenbrüder Köpenick 15.—, Eslein, Dankefische 1.—, Stadtfabrik Heuer 10.—, Wabing'sche Buchbinderei 10.—, Buchbinder Berlins 50.—, Hutmacher Berlins 200.—, Gefangenen Nord (Mitglied des Arbeiter-Sängerbundes) 15.—, Goldbach'sche Stadtfabrik 10.—, Vergolder von Tzke 3,50.—, Delaure, Färber in Köpenick 50.—, Gastwirthsgehilfen Berlins 20.—, Reichenbach i. S. d. Martin 100.—, Glasarbeiter Köpenick 10.—, Seger des „Vorwärts“ 50.—, Verband der Metallarbeiter Berlins 500.—, Gutarbeiter Braunschweigs 15.—, Morgenroth, Gefangenen Köpenick 30.—, Rentnerverband der Buchdrucker 1000.—, Stöckarbeiter 4,75.—, Stammtisch d. Aug. Barthele, Rixdorf 5,50.—, Reibeisen, X-Strahlen 50.—, Zentralverein der Bildhauer 300.—, Holzarbeiter (Tischler) Berlins 500.—.

Wir bitten die Arbeiterschaft um weitere schnelle und thatkräftige Unterstützung der Kottbusser Arbeiter.

In Lübben haben die Drechsler der Firma Morgenroth unter Führung des Zwischenmeisters Linke die Arbeit niedergelegt, da ihre Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit von 11 Stunden auf 10 Stunden und auf Erhöhung der Akkordpreise abgelehnt wurde. Anfragen sind zu richten an W. Wagner, Lübben N.-L., Ludauerkauffe, bei Knoschke. Die Lohnkommission.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacoby, Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: A. Giese in Berlin. Druck und Verlag von W. G. Lohmann in Berlin. Hierzu 2 Beilagen.

Die Tapezierer von Hannover-Linden sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Gefordert wird: neunständige Arbeitszeit, 21 M. Minimallohn, 20 resp. 30 pCt. Zuschlag auf Akkordpreise, 83 1/2 pCt. für Ueberstunden, 100 pCt. für Nachtarbeit, Abschaffung der Kellerwerkstätten und prozentualer Zuschlag bei Ueberstunden für Akkordarbeiter, Briefe und Anfragen sind zu richten an die Lohnkommission der Tapezierer von Hannover-Linden. J. A.: S. Slight.

Die Steindrucker der Firma Hesse in Fürth sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie machen folgende Forderungen geltend: 1. Die Lohnverhältnisse sind derart zu bessern, daß diese Verbesserung einer ca. 30 prozentigen Lohnerböhung gleichkommt. 2. Unter 18 M. ist überhaupt kein Steindrucker zu beschäftigen.

Die Schneider und Schneiderinnen Prags kündigen dem Ausstand an, falls ihnen eine Lohnerböhung nicht bewilligt wird.

Aus Mülhausen i. E. wird dem „Volk“ berichtet: In der Mülhauser Arbeiterbevölkerung gährt es gewaltig, und ist ein Streik in Sicht, wie man ihn hier noch nie gesehen hat. Es sind in erster Linie die Textilarbeiter des ganzen Landes, welche einen Ausstand planen, sobald ihre Forderungen nicht bewilligt werden. Diese sind: Zehnständiger Arbeitstag bei gleich hoher Löhnhöhe wie jetzt beim Elftendertag und Abschaffung der Akkordarbeit. — Die Fabrik „Alten-Gesellschaft für Textil-Industrie vorm. Dollfus, Brong u. Cie.“ hat (wie der „Vorwärts“ schon berichtete) am 1. d. M. den Zehnendertag freiwillig eingeführt. Ob die anderen Establissemens folgen, ist noch fraglich; etwas anderes wird ihnen aber wohl kaum übrig bleiben. Die Arbeiter dürften jetzt einen Streik ziemlich lange aushalten können, da eine gutfundirte Streikliste vorhanden ist.

## Kunst und Wissenschaft.

Ins Deutsche Theater war am Sonnabend ein Schauspiel eingezogen, das in gar komischem Kontrast stand zu den Werken, um die in diesem zu Ende gehenden Winter so heiß gekämpft worden ist. „Die junge Frau Arnet“, Lustspiel in vier Akten von Hugo Lubliner hieß die letzte Premiere. Die Parole war Ruhe, Ruhe um jeden Preis; es schien, als ob auf die schäumenden Wogen so mancher neuer Gedanken, deren Wortreiter an dieser bedeutendsten Kunststätte Berlins in den letzten Monaten zum Kampf erschienen waren, sanftes, verschönerndes Del gegossen werden sollte. Nichts von Fragen, die die Gegenwart bewegen, die jeden Menschen zwingen, für oder gegen Stellung zu nehmen. In der leichtesten Gesellschaft bewegte sich die Handlung des Lustspiels, sie war getragen vom leichten, einschläfernden Dialog; und wenn das sonst so lärmfällige Premierenpublikum sich verhältnismäßig anständig verhielt, so trug offenbar die einschläfernde Wirkung der fünf eintönigen Akte redlich zu diesem einen günstigen Erfolge bei. Ein Lebemann verheiratet sich, nachdem er alle Genüsse, die auf der Welt für Geld zu haben sind, bis zur Ueberfättigung ausgekostet hat, mit der lebenslustigen Tochter eines Thiergartenkrösus. Der abgelebte Gatte will sich von den Junggesellenstrapazen ausruhen; sie will das, was man in ihren Kreisen die Welt nennt, kennen lernen. Aus diesem Grunde ein bißchen Schmolten und eine sanfte Zutrigue, das dann schließlich mit einer geschneigten Verführung endet. — Während Herr Reicher den müden Ehemann mit ausgesuchter Nonchalance und Langweiligkeit gab, suchte Frau Sorma als junge Gattin durch ein entzückendes Spiel aus dem Stück zu machen was nur möglich war. Auch Herr Ritter spielte einen jungen Künstler, dessen Aufgabe es ist, verheirateten Frauen den Hof zu machen, mit leidlichem Temperament.

## Gerichts-Beitrag.

Die Stelle des Landgerichts-Direktors Brausewetter ist dem Landgerichts-Rath Kähler vom Landgericht I verliehen worden. Derselbe ist vom 1. April d. J. ab zum Landgerichts-Direktor bei dem Landgericht I ernannt worden.

Die Frage, ob die Heimarbeiter als Gewerbegehilfen oder selbständige Gewerbetreibende anzusehen sind und zur Zuständigkeit der Gewerbegerichte gehören oder nicht, beschäftigt jetzt häufig die Zivilkammern. Die 23. Zivilkammer hat dahin entschieden, daß diejenigen Hausgewerbetreibenden in der Konfektionsbranche, deren Thätigkeit sich darauf beschränkt, die ihnen von dem Konfektionär gelieferten Stoffe und Zuthaten in ihrer Wohnung für dessen Zwecke zu verarbeiten, Gewerbegehilfen sind. Die Uebergabe der fertig gestellten Mäntel gehört zu den Leistungen des Hausgewerbetreibenden, aus dem Arbeitsverhältnisse“ und Streiktage über solche Leistungen gehören nach § 4 des Reichsgesetzes, betr. die Gewerbegerichte vor die letzteren. Es mache dabei keinen Unterschied, daß für den Arbeitgeber weder dauernd noch ausschließlich gearbeitet worden sei. Selbst wenn der betr. Arbeiter in der ac. Zeit, die 3 Monate umfaßt, auch noch für andere Geschäfte gearbeitet habe, so sei ihm gegenüber der Arbeitgeber für den Umfang der ihm aufgetragenen Arbeiten ein bestimmter Gewerbetreibender im Sinne des Gesetzes. Gerade in der Konfektionsbranche gebe es eine große Anzahl Hausgewerbetreibender, die für mehrere Geschäfte zugleich arbeiten müssen, um in der Zeit, wo die Arbeit in einem derselben ruht, eine andere Beschäftigung zu haben. — In einem anderen, in den „Bl. f. Rechtspr.“ mitgetheilten Falle hat die fünfte Zivilkammer entschieden, daß derjenige eine über das Maß eines Heimarbeiters hinausgehende Thätigkeit eines selbständigen Handwerkers entwidelt, der nicht lediglich die ihm gelieferten rohen Stoffe bzw. Halbfabrikate bearbeitet, d. h. die zugeschnittenen Stoffe zusammennäht und flepht, sondern zum Theil auch die Stoffe in derselben Weise, wie er sie als selbständiger Schneidermeister von anderen Kunden geliefert erhält, selbständig zuschneidet und weiter bearbeitet.

Die an dem Bildhauer Bruno Steiger in Potsdam am 12. Januar d. J. begangene Bluthat hat vor dem Potsdamer Schwurgericht ihre Ahndung gefunden. Die beiden Angeklagten, Bauunternehmer Karl Grabowski und Töpfermeister Ed. Hoffmann wurden zu 4 Jahren Gefängniß resp. zu 6 Jahren Zuchthaus verurtheilt.

Wieder Einer! Der Pfarrer Fröh von Mömbritz, früher in Alzenau, wurde wegen Unterschlagung von Kirchen-Geldern in 17 Fällen, wegen Betruges und Diebstahls von der Strafkammer zu Aschaffenburg zu fünf Jahren Gefängniß verurtheilt.

## Depeschen und letzte Nachrichten.

Stuttgart, 9. März. (W. L. B.) Das Donauthal bei Gerbach ist überschwemmt. Die Donau fließt dort vormittags um 50 Zentimeter und steigt mündlich um 5 Zentimeter. Die Aler bringt große Wassermassen.

Offenburg, 9. März. (W. L. B.) Der Ringdamm ist durchbrochen. Ein über 100 Meter breiter Strom überschwemmt die Rheinebene. Auf einer Ausdehnung von 600 Metern ist der Bahndamm unbesfahrbar. Mehrere Ortschaften sind bedroht, auch im Bruchthale ist eine große Anzahl von Ortschaften und Fabriken gefährdet.

Paris, 9. März. (W. L. B.) Die Verhandlung vor dem Zuchtpolizeigericht in der Angelegenheit Lebauty begann heute mit der Vernehmung der Brüder Ulrich und Joseph de Civry. Als erste Zeugin wurde Fräulein Marly vernommen. General Sermet erklärte, er habe von Civry wirkliche Denunziationen gegen Lebauty erhalten.



lungen sozialdemokratischer Redakteure gelebt haben, ist es unter der heutigen Gerichtspross kinderleicht, eine Person, die die Wahrheit gesagt hat, zur Verurteilung zu bringen, wenn bei Verurteilung der Wahrheit in der Form gefehlt wurde oder ein nebensächlicher Punkt in der Darstellung sich nach Ansicht des Gerichts nicht als erwieslich wahr bekräftigen läßt. Und überdies gehen einige Monate ins Land, bis die Angelegenheit Rahnemann, die selbst nach bürgerlicher Anschauung dringender der Aufklärung und Rechtfertigung bedarf, vor Gericht verhandelt wird.

Der Magistrat hat jetzt die Stützen für den Neubau einer dritten städtischen Volkshochschule anstatt nebst Depotgebäude der Straßenreinigung, Geräthschuppen und Mietwohnhaus auf dem Grundstücke Dennewitzstraße 24a ausgearbeitet. Der Kostenschlag schließt mit einer Summe von 691 000 M. ab; die erste Bauart soll mit 200 000 M. in den Etat eingestellt werden.

Zur Ueberfüllung der Berliner Gemeindeschulen haben wir, in Ergänzung unserer das Jahr 1898 behandelnden Mitteilung über diesen oft erörterten Mißstand (in Nr. 262 vom vorigen Jahre), aus dem nun vorliegenden Bericht der städtischen Schuldeputation über 1894/95 die Frequenz der einzelnen Klassenstufen für 1894 nachzutragen. Darnach war Ende 1894 (in Klammern: für 1893) die Durchschnittsfrequenz allgemein 52,8 (53,3) Kinder pro Klasse, doch im einzelnen in den Klassen I 40,7 (40,8), II 47,1 (47,0), III 51,9 (52,6), IV 55,8 (56,2), V 58,8 (59,8), VI 59,5 (60,4). Diesmal haben erfreulicher Weise besonders die am meisten überfüllten untersten Klassen von dem allgemeinen Rückgang profitiert. Im Vergleich zu dem, was gefordert werden muß, ist die Besserung freilich auch jetzt noch äußerst gering, — abgesehen davon, daß im Einzelfalle die Besetzung der Klassen V und VI selbstverständlich immer noch an die 70 heranreicht. Der Abstand zwischen den Gemeindeschulen und den mittleren und höheren städtischen Lehranstalten hat sich, da auch hier theilweise ein Frequenzrückgang eingetreten ist, nur sehr wenig zu Gunsten der Gemeindeschulen geändert. Ende 1894 (bzw. 1893) kamen durchschnittlich auf jede Klasse: auf den Gymnasien 30,5 (31,6), Realgymnasien 33,0 (33,0), Ober-Real Schulen 33,7 (36,0), Realschulen 36,3 (36,0), höheren Mädchenschulen 43,7 (43,0), auf allen diesen Schulen zusammen 36,5 (36,6). Daß auch die Gemeindeschul-Frequenz einmal bis auf diese Zahlen herabgeht, ist vorerst nicht zu erwarten; denn die in den letzten Jahren eingetretene geringe Besserung wird ja, wie wir früher gezeigt haben, viel weniger dem guten Willen der städtischen Behörden als dem Rückgang der Geburtenziffer verdankt. Neuerdings beschäftigt man sich auch in den „freisinnig-volksparteilichen“ Kreisen Berlins lebhaft mit der Frage der Derabminderung der Gemeindeschul-Frequenz. Daß übrigens die Wohlhabenden, „freisinnige“ und nicht-„freisinnige“, nicht bloß um die Ueberfüllung willen ihre Kinder von der Volksschule fernhalten, ist bekannt.

Vegetarierheim und Gewissensfreiheit. Das Vegetarierheim in Schlichtensee, in welchem auf Kosten eines Herrn Sourius mehrere Kinder nach vegetarischen Grundsätzen erzogen werden, sollte, wie verschiedene Blätter vor einigen Monaten meldeten, durch Schenkung des Herrn S. in den Besitz der Gemeinde Zehlendorf übergegangen sein. Wir erfahren, daß die Verhandlungen, welche darüber schwebten, sich wieder zerfallen haben; der Grund, welcher zu dem Abbrechen der Verhandlungen geführt hat, ist für unsere Zustände außerordentlich kennzeichnend.

Herr S. stellte als Bedingung der Uebernahme der Stiftung durch die Gemeinde eine Reihe von Forderungen auf, unter welchen gemäß seinen Anschauungen über naturgemäße Lebensweise die vegetarische Kost der Zöglinge eine Hauptrolle spielte. Man kann zweifelhaft sein, ob eine Gemeinde sich auf derartige Experimente am Leibe von Kindern, welche sich nicht schämen können, einzulassen darf, so lange die hervorragenden Sachverständigen einen abweichenden Standpunkt einnehmen; wir sind gewiß, daß viele ruhig denkende Mütter, die nicht einmal Gegner des Vegetarismus sind, einer Gemeinde solches Recht befechten. Wie dem auch sein mag, die Gemeinde Zehlendorf ging auf diese Bedingung ein, stellte aber die Forderung, daß nur evangelisch getaufte Kinder in die Anstalt aufgenommen würden, die nach Erreichen des 14. Lebensjahres konfirmiert werden müßten. Herr S., welcher in religiösen Dingen ein verständig denkender Mann zu sein scheint, hatte ursprünglich beabsichtigt, Kindern ohne jede Rücksicht auf die Konfession ihrer Eltern Aufnahme zu gewähren und den Eltern die Bestimmung über die Art der religiösen Erziehung zu überlassen. In Rücksicht darauf, daß in Preußen Religionsunterricht unter Willigung der Gerichte auch Dissidentenkinder aufgenommen wird, und daß in der Anstalt wegen ihrer geringen Ausdehnung nur ein Religionsunterricht erteilt werden könne, ließ sich Herr S. zu der Konfession herbei, daß nur Kinder evangelischer Eltern Aufnahme finden sollten; aber keineswegs er dulden, daß den Kindern Taufe und Konfirmation gegen den Willen der Eltern in der Anstalt aufgetragen würde. Zehlendorf dagegen wollte ungetaufte Kinder nur aufnehmen, wenn die Taufe bei der Aufnahme vollzogen würde und die Konfirmation später erfolgte; an dieser Unbilligkeit der Gemeinde scheiterten daher die Verhandlungen. Sie gab an, sie könnte es nicht zugeben, daß in einer Zehlendorfer Anstalt erzogene Kinder später Bürger zweiter Klasse würden, was bei den Ungetauften, also den Dissidenten der Fall sei!!!

Fast klingt das Ganze wie eine Geschichte aus längst verflorener Zeit, wie eine Mär aus dem Mittelalter. Denn man aber an die Maßnahmen, welche die Behörden im Lande der Denker zu größerem Ruhme der preussisch-deutschen Freiheit gegen die Dissidenten erst in letzter Zeit wieder getroffen haben, so wird sie recht glaubhaft; darnach sind ja die Ungläubigen wirklich Bürger zweiter Klasse, welche in jeder Beziehung zurückgesetzt werden müssen. Erst mit dem Siege des Sozialismus wird die Freiheit des Denkens, welche jetzt nur auf dem Papiere gewährleistet ist, auch in Wirklichkeit zu einer Thatsache werden.

Anwalt und Richter. Ein Gerichts-Berichterstatter schreibt: Der Berliner Anwaltsverein hat zum 12. d. M. eine außerordentliche Versammlung einberufen. „Zur Besprechung des Verhaltens eines Richters einem Berliner Anwalt gegenüber und der Stellung der Justizverwaltung und Strafverfolgungs-Behörden hierzu“. Es handelt sich um Vorwissen, welche in Anwaltskreisen großes Aufsehen erregt haben.

Nochmals die Lügenartifel der „Post.“ Zu dem in der Sonntagsnummer gedruckten Bericht über die Gerichtsverhandlung gegen unsern Parteigenossen Hoffmann, in der ein Versammlungsbericht der „Post“ eine so sonderbare Rolle spielte, theilte uns der als Zeuge vernommene Journalist Herr Wawernoc mit, daß er über die Versammlung am 19. Dezember vor. Jz. nicht einzig der „Post“, sondern als Herausgeber einer Korrespondenz einer ganzen Reihe hiesiger Blätter einen Bericht zugefandt habe. Auch betont Herr Wawernoc, er habe als Zeuge im allgemeinen erklärt, daß eine Reihe Blätter Versammlungsberichte in Rücksicht auf Raum und Tendenz „fälschte“; er wisse nicht mehr genau, wie die Redaktion der „Post“ mit dem in Frage gekommenen Bericht in Einzelnen verfahren sei. Auf diese nebensächliche Richtigkeit kommt es in der Sache an sich nun ja garnicht an, abgesehen davon, daß die Zeugenaussage in dieser Form insoweit nun theil unrichtig ist, als aus tendenziösen Gründen doch nur Aenderungen und keine Kürzungen vorgenommen werden können, es sei denn, die Kürzung des Berichts gäbe, was ja gewiß denkbar ist, zugleich einen entstellten Inhalt wieder. Im übrigen bestätigt die „Post“ in ihrer Ausgabe vom Montag Abend durch einen Schimpfartikel

gewöhnlichste Kaliber, daß die wohlverdiente Ohrfeige, die ihr an Gerichtsstelle appliziert worden ist, gefessen hat. Wir brauchen wohl kaum zu erklären, daß es uns um Herrn Wawernoc, der durch die Zeugenaussage geschäftlich in eine nicht besonders angenehme Situation gerathen ist, leid thut. Aber dafür möge er sich bei dem Stummischen Heßblatte bedanken.

Wenn die Unterhosen brav und artig sind. Eine recht eigenartige Belohnung für gute Führung am Musterungstage hat in diesem Jahre der Landrath des Kreises Beetzow-Storkow, v. Gerdtorf, durch eine Verfügung an die Amtsvorsteher des Kreises den Gesteckungs-pflichtigen in Aussicht gestellt. Die betreffende Verfügung lautet: „Aus Anlaß des bevorstehenden Militär-Erfassungsfestes werden vornehmlich von Gesteckungspflichtigen auch diesmal bei den Herren Amtsvorstehern des Kreises Gesuche um Ertheilung von Langerlaubnissen für den betreffenden Gesteckungstag angebracht werden. Ich behalte mir für diesen Fall ausdrücklich vor, über dergleichen Anträge selber zu befinden, und bemerke hierbei, daß ich ihnen grundsätzlich nur dann Folge geben werde, wenn die Gesteckungspflichtigen an dem Musterungstage sich tadellos geführt haben. Die betreffenden Herren Amtsvorsteher wollen eintretendenfalls dies den Antragstellern gefälligst in geeigneter Weise eröffnen und ihnen gleichzeitig anheimgeben, ihren Antrag am Musterungstage bei mir zu wiederholen.“ — Diese Verfügung ist geradezu klassisch zur Kennzeichnung des Polizeistaates.

Ein Hilfsarbeiter aus dem statistischen Amte schreibt uns: Das statistische Amt hat mit den Arbeiten, welche aus der Volkszählung vom Dezember vorigen Jahres erwachsen sind, durchschnittlich Personen betraut, deren soziale Stellung durchaus diesen Nebenverdienst entbehren könnte, während zahlreiche stellunglose Kaufleute sich vergeblich darum beworben haben. Verdient diese Praxis schon Mißbilligung, so fordert geradezu Protest heraus die Art und Weise, wie von manchen aus diesen Arbeiten Gewinn geschlagen wird. J. B. zählt das statistische Amt für die Ausfüllung der Karten, welche der Berufs-zählung dienen, 0,80 M. pro Hundert, einen immerhin annehmbaren Preis, da man bei einiger Uebung in 1 1/2 Stunden 100 St. fertigstellen kann. Vielfach aber nun werden von den Leuten, welchen das Arbeitsmaterial übergeben ist, Hilfskräfte herangezogen, welche nach den Haushaltslisten die Zählarten auszufüllen haben. Je nach dem Grade der Unverschämtheit des betreffenden „Arbeitsgebers“ erhalten diese dann, wie es dem Schreiber dieses erging, für das Hundert 30—40 Pf., verdienen also in der Stunde 20—25 Pf. bei angestrengtester Arbeit. Es wäre wirklich wünschenswert, daß das Amt den Ausbeutungsgelüsten seiner Vertrauenspersonen einmal einen Riegel vorschöbe.

Infolge des Sturmes ist am Sonnabend Nachmittag auf dem Gelände der Ausstellung das Maschinenhaus der Firma Wolf-Gudau eingestürzt. Der Unfall hätte unbedingt zu einer schweren Katastrophe führen müssen, wenn nicht des Sonnabends wegen schon um 4 1/2 Uhr Feierabend gemacht worden wäre. So befanden sich nur noch drei Arbeiter in dem Gebäude, und auch diese kamen dadurch, daß sie in einen Hohlraum fielen, mit dem Leben davon. Das Maschinenhaus war zum Theil „massiv“ gebaut; es liegt am Ufer des Harnpenteiches in der Nähe der Ausstellung Alt-Berlin; seine gewaltigen Maschinen waren im wesentlichen bestimmt, das Theater Alt-Berlin mit elektrischem Licht zu versorgen. Das Gebäude war nahezu fertiggestellt. — Aus will scheinen, daß die Bauten in der Gewerbe-Ausstellung, die bekanntlich schon eine große Zahl von Menschenleben gefordert haben, dem Publikum zu schweren Bedenken Anlaß geben müssen, wenn ein harter Wind sie schon umzuwerfen vermag. Wer bürgt dafür, daß ein Unwetter wie am Sonnabend unter ungünstigeren Umständen nicht ein Unheil von unübersehbaren Folgen anrichtet?

Der Betrieb der elektrischen Bahn in Spandau ist eingestellt. In Spandau hat am Sonnabend die landespolizeiliche Abnahme der elektrischen Straßenbahn stattgefunden; es wurde alles in Ordnung befunden und die Erlaubnis zur Aufnahme des elektrischen Betriebes von der Behörde vormittags 11 Uhr erteilt. Abends 8 Uhr mußte der elektrische Betrieb indes wieder eingestellt werden, weil die Ober-Postdirektion in Potsdam Einspruch erhoben hatte. Der Protest ist damit begründet, daß der Telephon- und Telegraphenverkehr durch den elektrischen Strom gehindert werde; monatelang ist an den zur Sicherung des Telephon- und Telegraphenbetriebes seitens der Post geforderten Einrichtungen gearbeitet worden; diese haben sich jetzt also als unzureichend erwiesen. Seit Sonnabend Abend ist der Pferdebetrieb wieder aufgenommen; der elektrische Betrieb ist vorläufig bis zum 18. d. M. inhibiert.

Eine Säbelfähre ereignete sich in der Nacht zum Montag gegen 1 Uhr vor dem Nichtig'schen Bierlokal, Friedrichstr. 151. Ein Unteroffizier vom 4. Garderegiment hatte mit einem Zivilisten im Lokal Streit bekommen, der auf der Straße fortgesetzt wurde. Im Verlaufe der Affäre zog der Unteroffizier sein Seitengewehr und versetzte dem Gegner einen wichtigen Hieb über den Kopf. Dieser Vorgang hatte in der verkehrsreichen Gegend ein zahlreiches Publikum herbeigelockt, das lebhaft gegen den Soldaten Partei ergriff. Es muß als ein Wunder bezeichnet werden, daß der Mann entkommen konnte, trotzdem mehrere Schaulente, durch den Lärm herbeigelockt, schlenmüßig zur Stelle eilten.

Heber den Mörder der Clara Galle behauptete ein Mann, genauer zu wissen, der sich einem heiligen Blatte zufolge gestern Morgen 8 Uhr auf dem Polizeirevier 75 in Moabit meldete. Er nannte auch den Namen des angeblichen Mörders, der in der Adlerstraße wohnen soll, und berichtete ferner, daß ihm der Betreffende 20 M. für sein Schweigen geboten habe. Ein Kriminalbeamter fuhr sofort mit dem Manne zum Polizeipräsidium, wo Kriminalkommissar Lazar die drei Polizeireviere, zu denen die Adlerstraße gehört, telegraphisch dahin verständigte, umgeben nach dem angeblichen Mörder genaue Recherchen anzustellen. Auf die Entdeckung des Mörders sind jetzt 600 M. Belohnung ausgesetzt worden.

Die Beerdigung des ermordeten Dienstmädchens Clara Galle hat am Sonntag unter großer Theilnahme der Bevölkerung auf dem neuen Niddorfer Friedhofe stattgefunden. Ein Bericht meldet karischer Weise, daß außer sechs Gendarmen, die man zur Aufrechterhaltung der Ruhe aufgeboten hatte, zahlreiche Kriminalbeamte unter der Menge bemerkt worden seien. Von dem Geistlichen, der am Grabe sprach, theilt der Berichterstatter folgenden wenig beweiskräftigen Ausspruch mit: Solche Mordthaten seien nur möglich, weil in unserer gottlosen Zeit keine Religion, kein Glaube mehr unter den Menschen herrsche; sie mahnten aber daran, dafür zu sorgen, an der Wahrheit festzuhalten, daß es einen Gott giebt.

Nach dieser Rede trugen Arbeitsgenossen des Horners Fährle, bei dem als dem Manne ihrer Kaufine die Ermordete zuletzt wohnte, den Sarg still, ohne Musik oder Gesang, zur Gruft. Das Publikum drängte sich so ungeläufig an die Gruft heran, daß die Beamten mehrere Personen festnahmen.

Beim Besuche der Versammlung der freireligiösen Gemeinde verunglückte am Sonntag Morgen um 9 Uhr der 14jährige Wilhelm Bring. Als der Knabe sich nach dem in der ersten Etage des Hauses Rosenthalerstraße 88 gelegenen Versammlungssaal begeben wollte und bereits die Treppe fast gänzlich erstiegen hatte, verlor er plötzlich das Gleichgewicht und stürzte rücklings die Stufen hinab nach dem Boden, wo er benommen mit schweren inneren Verletzungen liegen blieb. Auf Anordnung eines hinzugezogenen Arztes mußte der Knabe mittels Kopp'schen Krankenwagens nach der Universitätsklinik überführt werden.

Auf Grund eines Haftbefehls der Staatsanwaltschaft zu Berlin ist in Niddorf der in der Berlinerstraße wohnende Buchhalter Gehring und dessen Ehefrau verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis zu Berlin eingeliefert worden. G. soll sich als Angestellter einer großen Aktiengesellschaft Unterschlagungen und Betrügereien in sehr erheblichem Umfange haben zu Schulden kommen lassen, während seine Ehefrau der Beihilfe verdächtig ist.

Einen tödlichen Ausgang hat der Unfall genommen, der am Sonnabend Vormittag dem Kaiser Karl Groffe aus der Bergstraße zuzusch. Der 39jährige Mann wurde unter seine eigenen Pferde begraben, als sie, nachdem er sie kaum auf die Beine gebracht hatte, im Thorwege des Hauses Remelerstr. 20 vor einem Bretterwagen zum zweiten Male hinfielen. Groffe erlitt einen Bruch des linken Unterschenkels und innere Verletzungen, denen er gestern im Krankenhaus erlegen ist.

Ausgeföhrt ist ein Vorgang, welcher die Kriminalpolizei der östlichen Vororte Berlins seit dem 8. d. M. beschäftigte. In diesem Tage verließ der stellenlose Bäckergehilfe Goldner die Stadt Köpenick, woselbst er in einer Herberge gewohnt, um sich nach Berlin zu begeben und war seitdem verschwunden. Dagegen wurde tags darauf ein Theil seines Gepäcks im Walde, in der Nähe der Station Hirschgarten aufgefunden unter Umständen, die auf eine Ermordung des Bäckergehilfen schließen ließen. Durch fortgesetzte Bemühungen der Kriminalpolizei gelang es endlich am gestrigen Tage G. in Friedrichshagen zu ermitteln. Nach Angabe des Aufgefundenen ist er von Köpenick aus in Begleitung eines unbekanntem Handwerkerburschen gewandert, im Walde bei Hirschgarten haben sich die beiden jungen Leute niedergesetzt und G. ist alsbald eingeschlagen. Als er später wieder erwachte, ist der fremde Kollege verschwunden gewesen und mit ihm das Gepäck des Bäckers, aus welchem nach der Auffindung durch die Polizei nur ein Anzug fehlte.

Der Gastwirth W. Schulze, Görlitzerstraße 69, stellt an einem in Nr. 58 gebrachten Bericht über einen Selbstmord richtig, daß die That nicht auf seinem, sondern auf einem zum Hause gehörenden Abort vollführt worden ist.

Aus Niddorf wird berichtet: Gespensster sehen, wie in Moabit die Leute nach den Brandstiftungen, nun mitunter auch die Einwohner von Niddorf infolge der Mordthaten. Am Sonnabend Abend gegen 7 1/2 Uhr ging ein Mann mit seinem 10jährigen Sohne über die Köllnischen Wiesen nach Niddorf zu. Da der Knabe den Unflug, mit Steinen nach den Bäumen zu werfen, trotz wiederholten Verbots nicht unterließ, so erhielt er von seinem Vater eine Züchtigung. Das sah ein Soldat, der, nicht wissend, um was es sich handelte, in dem Glauben, daß der Knabe vielleicht verschleppt werden sollte, den Mann zur Rede stellte. Die Versicherung, daß es sein Sohn sei, glaubte dem Manne weder der Soldat noch das Publikum, das sich bald zahlreich einfand. Man brachte den vermeintlichen Verbrecher auf die nächste Berliner Polizeiwache, von wo er nach Aufklärung des Mißverständnisses sofort entlassen wurde. Ein Dienstmädchen, das den Vorgang mit angesehen hatte, ohne von dem Ausgange erfahren zu haben, erzählte ihn weiter, und so war am Sonntag Morgen eine neue Blatthat daraus geworden. Das Gericht kam auch zum Niddorfer Amt, und nun stellte Gendarm Gätler den wahren Sachverhalt fest.

Drei Frauen versuchten sich am Montag Morgen zu tödten. Eine Unbekannte sprang in der Nähe des Jirkus Busch in die Spree, wurde aber von Schiffern gerettet. An der Herkulesbrücke stürzte sich eine Frau, in der später eine Wittve A. von Schöneberger Ufer festgesetzt wurde, in den Landwehrkanal, wurde jedoch von Vorübergehenden dem Wasser wieder entzogen. In der Dennewitzstraße sprang eine Frau U. aus dem Fenster ihrer im ersten Stock gelegenen Wohnung auf den Hof hinab und zog sich anscheinend schwere innere Verletzungen zu. Alle drei wurden durch Schaulente mit Drofschen Krankenhäusern zugeführt. Frau U., einer 76 Jahre alten Wittve, haben Nahrungsforgen das Leben verleidet. Die Greifin lebte mit einem Enkel zusammen, der Rußler ist, und auch in der vergangenen Nacht seinem Berufe oblag. Sie war schon die ganze Nacht hindurch in ihrer Wohnung unruhig auf und abgegangen. Um 6 Uhr stürzte sie sich zum Fenster hinaus. Dem Hausverwalter, der ihr gleich zu Hilfe eilte, erklärte sie, daß Nahrungsforgen sie zu ihrem Schritte veranlaßt hätten. Die Frau hat sich außer inneren Verletzungen auch einen Armbruch zugezogen.

Erschossen hat sich am Sonntag Morgen neun Uhr der 33jährige Former Paul Zimmermann in seiner Wohnung Meckertstr. 3. Die Ursache des Selbstmordes ist nicht bekannt. Gleichfalls hat sich am Sonntag Vormittag der 26jährige Handlungsgehilfe Kracht, der Weberstr. 13 wohnte, erschossen. Der junge Mann, der seit Januar d. J. wieder eine Stellung als Verkäufer bekleidete, hatte, bevor es ihm gelang, Kondition zu finden, Schulden gemacht, und war nun von seinen Gläubigern verklagt worden. Aus Verzweiflung darüber jagte sich K. eine Kugel durch den Kopf, die den sofortigen Tod des Unbesonnenen herbeiführte.

Ein unbekannter Mann im Alter von etwa 30 Jahren hat sich am Sonnabend in einem Gasthof in der Friedrichstraße erhängt.

Jungen gesucht. Die Personen, welche Zeugen des Vorgangs waren, der sich am Sonnabend Abend zwischen 6 und 7 Uhr vor der Revierwache in der Schönleinstrasse abgespielt hat, werden ersucht, sich bei Mehlis, Gassestraße 66 und 67, zu melden.

Von Fritz Friedmann. Aus Bordeaux wird vom Sonntag berichtet: Gegen den ehemaligen Rechtsanwalt Friedmann ist, wie die Blätter melden, das Auslieferungsverfahren auch wegen Theilnahme an betrügerischem Bankrott gestellt. Gegen die bezügliche Mittheilung des Staatsanwalts hat Friedmann lebhaft protestirt und erklärt, er sei ein Opfer nicht ein Mitschuldiger an dem Bankrott der „Rheinisch-Westfälischen Bank“.

In Schönwalde (an der Stettiner Bahn) ist, nachdem auch der Restaurateur Scholz auf die Arbeitergroßen verzichtet hat, kein Lokal mehr für Arbeiter zu haben, was wir bei Ausflügen zu beachten bitten.

## Vermishtes.

Bahreiche Nachrichten über Hochwasser und Unwetter sind aus dem Süden und Westen Deutschlands eingetroffen. Wir stellen die wichtigsten Nachrichten zusammen: Stuttgart, 9. März. Infolge starker Regengüsse ist der Bahnhofs-Wildbad überschwemmt; auch die Bahnhofs-Schramberg-Schiffach ist zum großen Theil unter Wasser gesetzt. Der Frühzug von Jena nach Leutkirch ist heute in der Nähe der Station Jenaerhofen infolge Unterpflung eines Brückenpfeilers theilweise eingeleit, wobei ein Schaffner getödtet wurde, Passagiere sind nicht verletzt. Das ganze Enthal von Wildbad bis Forstheim und bis zur Mündung der Enz in den Neckar hat seit 1848 die höchste Ueberschwemmung. Die Städte Wildbad, Nauendorf, Forstheim, Baihingen und Vietigheim sind größtentheils überfluthet. Bisher ist kein Verlust an Menschenleben gemeldet. — Köln, 9. März. Bei anhaltendem starken Regen steigen der Rhein und seine Nebenflüsse schnell; besonders überschwemmt die Saar viel Land. Die Kinzig hat auf der linken Seite den Damm bei Elgerheim, Schutterwald, Bahl durchbrochen; auch Offenbach gegenüber ist der Damm gefährdet. — Freiburg, 9. März. Die Schwabenbrücke über den Dreifaltigkeitsthal infolge Hochwassers eingestürzt. Der Landeskommissar Siegel und der Stadtdirektor Sonntag, welche sich auf der Brücke befanden, werden vermisst. Der Großherzog, welcher bei den Rettungsarbeiten zugegen war, befand sich ebenfalls in Gefahr. — Heilbronn, 9. März. Der Neckar steigt noch; das Hochwasser

ist größer, als seit vielen Jahren. Zahlreiche Ortschaften am Neckar sind überflutet, Heilbronn selbst ist noch gefährdet. — Wildbad, 9. März. Seit Sonntag Nachmittag 4 Uhr ist die Gnz rapid angeschwollen, hat verschiedene eiserne Brücken fortgerissen und den Bahnhof sowie fast die ganze Stadt überschwemmt. Die Feuerwehr war die ganze Nacht thätig, um Hilfe zu leisten. Der Bahnverkehr nach Pforzheim ist eingestellt. — Karlsruhe, 9. März. Die „Karlsruher Zeitung“ meldet weitere durch das Hochwasser verursachte Schäden. So wurde von der angeschwollenen Dreifam bei Freiburg i. Br. ein Bauernhof fortgerissen, bei Lörach durchbrach das Hochwasser der Wiese den Damm, in Wolfach zerstörte die Ringig viele Brücken und Straßen, sodass der Bahnverkehr unterbrochen werden mußte, bei Steinach fanden ein Dammbrech und zahlreiche Erdrutsche statt. Ob noch weitere Verluste an Menschenleben zu beklagen sind, konnte bisher nicht festgestellt werden. Das Wasser fällt langsam. — Wien, 9. März. Infolge massenhafter Schneefälle sind fast sämtliche Telegraphen- und Telephonverbindungen gestört. — Bern, 9. März. Infolge andauernden Regens erfolgte eine rasche und bedeutende Schneeschmelze in verschiedenen Kantonen. In Nöck (Neuchâtel) stehen mehrere Straßen unter Wasser. In den Häusern ist das Wasser 1-2 Meter hoch. Bei Basel ist der Rhein seit Sonnabend um 3 Meter gestiegen. In Wallis ist die Bahnlinie durch Gletscher gesperrt. Der Regen dauert fort. — Magdeburg, 9. März. Der starke Schneefall in der letzten Nacht richtete große Verwüstungen in den Telegraphen- und Fernsprechleitungen an. Fast sämtliche Telegraphengerüste auf dem Dache des Haupt-Telegraphenamts sind zerbrochen. Dabei wurde die Giebelwand mit herabgerissen. Der Fernsprechverkehr ist voraussichtlich auf Wochen hinaus

gestört. — Köln, 9. März. Der Rhein ist vom Sonntag bis heute Mittag von 3,72 auf 4,26 Meter gestiegen. Auch die Mosel steigt rasch. Der Wasserstand bei Trier ist 3,80 Mtr. Der Regen dauert fort. Es besteht Hochwasserfahr. Auch die Saar ist in der Nacht auf 4,40 Meter gestiegen. Die Saarbrücke bei Saarbrücken ist gesperrt. An einzelnen Stellen herrscht große Ueberschwemmung. — Straßburg i. Elsass, 9. März. Aus dem ganzen oberen Rheinhale, sowie aus den östlichen Gebietsteilen des Elsass werden Ueberschwemmungen gemeldet. Im Leberthal zwischen Markisch und Schlettstadt ist der Bahnverkehr unterbrochen. An mehreren Stellen ist der Bahndamm unterwühlt. Das Stationshaus bei Wangell ist dem Einsturz nahe.

In Karlsruhe drang am Montag früh der erst kürzlich aus dem Ludwig-Wilhelm-Krankenheim entlassene Italiener Luigi Tarlarina in dasselbe ein und tödtete seine Pflegerin Schwester Julie Klebach durch einen Messerich in die Brust; darauf entleibte er sich selbst durch mehrere Stiche.

Offenbahnunglück. Aus Rodans wird vom Sonntag berichtet: Ein mit Waaren und Vieh beladener Zug entgleiste am Ausgang des Mont-Cenis-Tunnels. Mit Ausnahme der letzten 3 Wagen ist der ganze Zug und die Lokomotive zertrümmert. Der Maschinist und der Heizer sind getödtet.

Aus London wird vom Sonntag über ein Eisenbahnunglück berichtet: Die beiden letzten Wagen eines Expresszuges entgleisten gestern bei Peterborough und fielen den Bahndamm hinab. Zwei Passagiere wurden getödtet, mehrere verletzt.

Freiligrath's „Näbezahl“ verboten. Un glaubliche Dinge führt doch die Angst vor der Sozialdemokratie zu Tage. Das „Berl. Tagebl.“ schreibt: „Die Regierung zu Magdeburg hat

verfügt, daß das Gedicht von Freiligrath: „Aus dem schlesischen Gebirge“ wegen seiner sozialdemokratischen Tendenz in den Schulen nicht mehr besprochen werden darf. Das prachtvolle Gedicht ist wohl in allen besseren Lesebüchern enthalten und wurde von den Lehrern meist gern und eingehend besprochen. Für die Anordnung der Regierung dürfte der Umstand maßgebend gewesen sein, daß dieses Gedicht auch Aufnahme in sozialdemokratischen Lesebüchern gefunden hat. Gegenüber der Ausbeutung dieses Gedichts im sozialdemokratischen Interesse erscheint uns nun gerade eine unbefangene Besprechung in der Schule weit zweckmäßiger als die gänzliche Ausmerzung aus den Lehrplänen der Schulen.“ Das würde nun nicht viel nützen. Betrachtet man sich aber die, gelinde gesagt, merkwürdigen Maßnahmen, die neuerdings von amtswegen zur Bekämpfung der Sozialdemokratie ins Werk gesetzt werden, so muß man unwillkürlich zu der Ansicht kommen, daß der Sieg des Sozialismus näher vor uns liegt, als der kühnste Optimist unter unsern Parteigenossen bisher zu hoffen wagte.

### Verfassungen.

Die Auflösung der Freien Volksbühne wurde in der gestrigen Generalversammlung dem Vortrage des Vorstandes gemäß einstimmig beschlossen.

Arbeiter-Schulung. Dienstag kein Unterricht. Die Schulräume sind zur Benutzung der Bibliothek und des reichhaltigen Zeitschriftenmaterials schon von 4 Uhr an geöffnet.

Handwerker und Kaufher. Öffentliche Versammlung am Dienstag, abends 8 Uhr, im „Märkischen Hof“, Admiraistr. 18c. Vortrag von P. Jahn.

Freiwilligen Charitatenburg. Jeden Dienstag Abend bei Schnell, Goethestr. 45: Lesabend.

**Eröffnungstage bis Ende dieses Monats**  
Freunde und Gönner lade ergebenst ein.  
**Jacques Raphaëli, Berlin C, jetzt An der Spandauer-Brücke Nr. 2.**

**Verein „Patentschutz“**  
Berlin SW. 29, Mittenwalderstr. 26.  
Erwirkung, Erhaltung und Verwertung von Patenten, Gebrauchsmusterschutz etc.  
Mitglieder jeden Berufes und Standes.  
Zweck des Vereins: Gewahrung seiner Mitglieder vor gewissenloser Ausbeutung, billige Ausarbeitung und Einreichung für Inland und Ausland. Rath und Prüfung kostenlos.  
Minderbemittelte Ausnahmepreise.  
Eigenes technisches Bureau. Eigenes chemisches Laboratorium. 64b

**Hackescher Markt 4, J. Brünn, Am Stadtbahnhof „Börse“**  
**Inventur - Ausverkauf!**  
Teppiche! Gardinen! Portièren!  
Steppdecken! Leinenwaaren!  
Fertige Wäsche!  
zu aussergewöhnlich billigen Preisen.

**Bekanntmachung der Schweine-Engros-Schlächtere**  
Holzmarktstr. 19, nahe Jannowbrücke.  
Von Donnerstag, den 5. dieses ab sind die Verkaufspreise im Detail für Prima-Waare folgende:

Schweinefleisch von allen Stücken	50 Pf.
Carbonade, Kasseler, Köchelkamm	60
Bauch, Rückenfett u. Linsen	45
Rind-, Kalb- und Hammelfleisch	50
Keule	60

Alle Sorten Wurst im Detail zu Engrospreisen!  
Spezialität: Schladwurst und Salami à 80 Pf.

**Einsegnungs-Anzüge**  
in blau u. schwarz Kammgarn u. Cheviot zu sehr billigen, aber festen Preisen  
**Julius Lindenbaum, Gr. Frankfurterstr. 139.**  
Feste Preise. Spezialität: Anfertigung nach Maass.

**Brochnow's Ballsäle, Sebastian-Strasse 39,**  
Jeden Sonntag, Montag und Dienstag: **Grosser Ball.** — Mittwoch, Donnerstag und Freitag zu Versammlungen zu vergeben. Einige Sonntage sind noch frei; ferner empfehle zwei große Vereinszimmer. 44973

**Künstl. Zähne 2 M. Schmarzlonas Zahnziehen u. Nervödten 1 M. Plomb. 1,50. Rep. sof. Theilzahlg. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 22. Spr. 9-7 Uhr.**

**Rußbaum-Einrichtung, extra bestellt gewesen, ist umhänge halb, mit größerem Verlust sof. zu verkaufen. Admiraistr. 8, vorn 1 Tr. links. Händler verboten. 181b**

**6 Pfund Albrecht's Bäckerei, Brot für 50 Pfennig liefert Wrangel-Strasse 8. Langestr. 26, Falkensteinstr. 23**

**Möbel-Kaufgelegenheit,**  
passendste Gelegenheit zum Umzug für Brautleute und Hotel. Gneisenaustr. 15 parterre, in der Möbelfabrik sollen circa 200 komplette Wohnungs-Einrichtungen, vertrieben gewesene und neue Möbel zu jedem annehmbaren Preise verkauft werden. Durch sehr große Gelegenheits-einkäufe zu billigen Preisen ist es mir möglich, schon ganze Einrichtungen für 150-300 Mark zu liefern, ferner hochherrschastliche Einrichtungen von 400 bis 5000 Mark. Theilzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Besonders billig sind die an Herrschaften kurze Zeit vertrieben gewesene Möbel, die zum theil wie neue sind. Kleiderspind 15, Küchenspind, Kommoden 12, Bettstelle mit Matraze 18 Mark, Rußbaum-Kleiderspinden und Wäschespinden 30 Mark, Muschelleiderspinden u. Vertilow's 30, franz. Muschelleiderspinden mit Matrazen 45, Säulen-Kleiderspinden 46 Mark, Rußbaum-Trumeaux mit Stufe 60 M., Rußbaumgarnituren 60 Mark, neue, hoch-elegante Garnituren 105 M., Buffets, Coullissentische, Pannelsophas m. Satteltaschen und Püschelsoffas in allen Farben, Damen- u. Herrenschreibtische, Diplomatentische, Ankleide-Schränke, Frisirtouilleten, Garderobenschränke in allen Größen, Chaiselongue, Bücher-spinden, Salongarnituren. Vollständige Salons, Schlafzimmer- und Speisezimmer-Einrichtungen, alles zu noch nie dagewesenen Preisen. Gefasste Möbel werden unentgeltlich 3 Monate auf meinen Aufbewahrungsspeichern aufbewahrt, werden durch eigene Gespanne sauber transportirt und aufgestellt, auch nach außerhalb. [42511]

**Auffallend**  
gering sind die Mittel, welche man benötigt, um den äußeren Menschen elegant und tadellos zu erhalten. Opal-Fleckenwasser macht die theure chemische Wäsche entbehrlich, da ein leichtes Weiben mit Opal genügt, sämtliche Flecken zu beseitigen. Opal-Fleckenwasser ist in der Jung-gesellenwirthschaft ebenso unentbehrlich, wie im Familienhaushalt. Benzin dagegen hinterläßt Ränder, riecht unangenehm und ist feuergefährlich. Preis 30, 50 und 80 Pf. Erhältlich in Droguen-handlungen.

**Läuterstoff-Reste**  
von 6-18 Mk. für Korridore, Tropfen und zum Auslegen ganzer Zimmer spottbillig. 44328

**Muster franco. S. Unger, Teppich-Weberei, Berlin S., Oranienstrasse Nr. 48.**  
gebrauchte, lauft Barow Möbel, Rosenhalestr. 13.

**Franzbinderei und Blumenhandlung Robert Meyer,**  
Nr. 2 Mariannentraße Nr. 2.  
Widmungs-Kränze, Guirlanden, Vastränkchen, Bouquets u. s. w. werden sehr geschmackvoll und preiswerth geliefert.

**Widmungs-Kränze, Guirlanden und Blumen,**  
empfehle zu den billigsten Preisen  
**A. Retzlaff, Franzbinderei an gros, Gerichtsstr. 10, Ecke Hochstraße.**

**Kränze, Schleifen, Guirlanden, Blumen** empfiehlt den Parteigenossen **A. Nimitz, Gärtner, NO., Friedenstr. 68.** 44818

**Kranzbinderei u. Blumenhandlung** von D. Pletsch, Friedenstraße 60, empfiehlt sich hiermit.  
Empfehle Freunden und Bekannten mein neu eröffnetes **Gierhaus** nebst geräumigen **Vereinszimmer.**  
**Dresdenerstr. 19 (a. Oranienplatz).** früher **Herm. Werner, Brunnenstr. 12.**

**Muschel-Wirthschaft**  
verkaufe sofort spottbillig, vollständige Wohn- und Schlafzimmer-Einrichtung, darunter 8 Fenster neue Gardinen, Brautleuten geeignet. 45682  
Frau Wittmer, Köpenickerstr. 141, Vorderh., 1 Etage.

**Kleiderspind, Wäschespind, Schlaf-sopha, Bettstell., Matrazen, Küchensachen** sofort billig 506  
Reichenbergerstr. 160, v. I. Behring.

**Platin-Linse**  
zahlt noch wie vor Jahren die höchsten Preise für Abfälle jeder Art und verbrauchte Glühlampen. Berlin, Chausseestraße 49 I. Fernsprecher Amt III 8101.

**Möbel, Spiegel, Polsterwaaren, Tisch-Garnituren, Pannel-Sophas, Teppiche, Portièren, Gardinen, ganze Wohnungseinrichtungen, auch auf Theilzahlung, mit geringen An- u. Ratenzahlungen bei L. Silberstein, Hofen-thalerstr. 49, 1 Tr. 41508**

**Gardinen-Reste**  
von 2 bis 4 Fenstern, crème und weiß, spottbillig, empfiehlt  
**J. Adler Teppichfabrik, Spandauerstr. 30,**  
gegenüber dem Rathhause.  
Reichhulstr. Preisliste grat. u. franco  
Fortzugshalber verl. Muschelwirthsch. spottb. Invalidenstr. 157, II L. Bildbauer.

**Achtung!**  
Künstl. Zähne v. 3 M. an, Theilz. wöchentl. 1 M., wird abgeholt. Zahn-ziehen, Zahnreinigen, Nervödten bei Bestellung umsonst.  
**Gudel, Sanftenerplatz 2, Gitterstr. 12.**

**Fortzugshalber** sofort oder später Wohnung (2 Zimmer, Küche u. f. w.) billig zu vermieten.  
**Reipert, Poststr. 72, I. S. I. r.**  
Betten, schöner Stand, Sof. f. 22 M. zu verl. Reichenbergerstr. 6, v. I. I.

**Für Vogelzöchter!**  
Mazena-Biskuit, prima, ist zu haben bei **Künzel, Wrangelstr. 30,** nahe Eisenbahnstraße. 1806

**Emaillirte Milchkübel,**  
Kannen und Gemäß fertig 44828  
**Otto Lindner, Gartenstr. 153.**

**Frankfurter Allee 10/16a am Ringbahnhoj:** Vorderwohnungen, 2-4 Zimmer, Bad etc., Hinter-Wohnungen, 1 und 2 Stuben etc. äußerst billig. Elegante Stallungen u. Remisen, große Lagerkeller. 98b

Mittenwalderstr. 55 Stube u. Küche 240 und 195 M. 2727b  
Schlaff. f. anständ. Mann Georgenkirchstraße 63 II. bei Dwe. Gofcinial.

**Achtung!**  
**Stadthagen's Arbeiterrecht**  
in Prachtband gebunden 3,50 M. liefert gegen Baar- oder Theilzahlung  
**Ludwig's Buchhandlung, 4588b Grimmstr. 37.**

**Arbeitsmarkt.**  
Tüchtige Schleifer auf Naturfäße verl. **W. Kemmert & Co., Pringenzstr. 36.**

**Schloffer, Maschinbauer,**  
der auf Milchzentrifugen gearbeitet hat, verl. **Jordan, Al. Marxstr. 28.**

**Verzinner,**  
der nachweisl. m. d. Präzis vertraut ist, verl. **Jordan, Al. Marxstr. 28.**

**Kartonarbeiterinnen,**  
gebübe, verlangt **J. Schwandt, Neue Jakobstr. 6.** 127b

Berbeit. arbeitsam. Hausdiener, mit gut. Handschr., sucht, gestützt auf gute Zeugn. Stellung, mögl. in Konfektion. Gest. Off. erbittet **Franz Wildhagen, Krautstraße 19.**

Tüchtige Tapezier-Mannsch. verlangt. Alte Jakobstraße 78.

**Silberschleifer**  
werden verlangt Sebastianstr. 84.  
Tüchtige selbständige Kunstschloffer u. Schmiede verlangt sofort 188b  
**Ed. Paul, Tempelhofer Ufer 10.**

**Gloufen,** 184b  
Geliebte Arbeiterinnen sind. dauernde Beschäftigung. **Albert Böhlendorf, Seydelstr. 27 III. (Spindlerhof).**

Verfärbere und Verfärbereinnen werden verl. **Hugo Nannke & Co. 188b**  
Einen tücht. Defopierer, d. auch Wand-säge schneidet, verlangt **Fr. Holler, Pallfadenstr. 78.** 187

**Möbel-Magazin Otto & Slotawa, Tischlermeister. Sarg-Magazin**  
Berlin NW., Bremerstrasse 67. 2. Geschäft: Gotzkowskystr. 3. [44678] und Beerdigungs-Comtoir.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

### Theater.

**Dienstag, den 10. März.**  
**Gyrenhaus.** La Traviata.  
**Schauspielhaus.** Judith.  
**Deutsches Theater.** Die junge Frau Arned.  
**Festung-Theater.** Fräulein Tizian.  
**Berliner Theater.** Freund Feig.  
**Neues Theater.** Minna von Barnhelm.  
**Residenz-Theater.** Hotel zum Freihaufen.  
**Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.** Der Hungerleider.  
**Schiller-Theater.** Romeo und Julia.  
**Theater Unter den Linden.** Die Chausonnette, Columbia.  
**Adolph Ernst-Theater.** Charley's Tante. Vorher: Die Bajazzi.  
**Central-Theater.** Eine tolle Nacht.  
**Velle-Alliance-Theater.** Die Reise um die Erde in 80 Tagen.  
**Alexanderplatz-Theater.** Die kleinen Kämmer. Vorher: Pitts.  
**National-Theater.** Die Grille.  
**American-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Apollo-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Darfmann's Variété.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Reichshallen-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung.

**Schiller-Theater.**  
**(Wallner-Theater.)**  
 Dienstag, abends 8 Uhr: Romeo und Julia.  
 Mittwoch, abends 8 Uhr: Der Graf v. Hammerstein.

**National-Theater.**  
 Große Frankfurterstraße 132.  
 Direktion: Max Samst.  
**Volksvorstellung zu bedeutend ermäßigten Preisen.**  
**Die Grille.**  
 Schauspiel in 5 Akten von Charlotte Birch-Pfeiffer.  
 Regie: Max Samst.  
 Morgen: Maria Stuart.

**Alexanderplatz-Theater.**  
 Letzte Woche. Zum 142. Male:  
**Die kleinen Kämmer.**  
 Vorher: Pitts.  
 Operette von Löwenfeld.  
 Donnerstag, den 12. März: Benoziz für Carl Swoboda. 3. 144. Male:  
 Die kleinen Kämmer. Vorher: Zum 34. Male: Pitts.

**Adolph Ernst-Theater.**  
**Charley's Tante.**  
 Schwank in 3 Akten von Brandon Thomas. Repertoirestück des Globe-Theaters in London. In Szene gesetzt von Adolph Ernst.  
 Vorher: Die Bajazzi.  
 Parodistische Posse mit Gesang u. Tanz in 1 Akt von Ed. Jacobson und Benno Jacobson. Musik von F. Roth.  
 Anfang 7 1/2 Uhr.  
 Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Begründet 1845. Begründet 1845.  
**Circus Renz**  
 Karlstrasse.  
 Dienstag, den 10. März 1896,  
 Anfang präzise abends 7 1/2 Uhr:  
**Novität! Novität!**  
**Luftige Blätter!**  
 Eigens vom Direktor Franz Renz und dem Großherzoglich Darmstädtischen Hofballmeister August Siems für Berlin komponiert, mit gänzlich neuen technischen Apparaten und Beleuchtungs-Einrichtung, inszenierte Original-Vorstellung in 2 Abtheilungen mit den Ausstattungs-Diversifementen  
**Weltstadtbilder!**  
 Aus dem equestriren Theil des Programms sind hervorzuheben: 6 trakener Rapphengste (Orig.-Dressur), vorgef. v. Dir. Fr. Renz. Hierauf: Die Spazierfahrt eines Jagdherrn, ausgef. von 5 Rapphengsten. Auftreten der Schulleiterin Frau Robert Renz mit dem Schulpferd Cyd und dem Steiger Solon. Auftreten des Herrn Ritter von Konroff mit seinem Schulpferde Skobelev. Zum Schluss der Schule Der phänomenale Jagdritte-sprung.  
 Morgen, Mittwoch und folgende Tage: Novität! Luftige Blätter! Novität!  
 Fr. Renz, Direktor, Königl. Kommissionsrath.

### Central-Theater.

Alte Jakobstr. 30.  
 Sonntag, den 8. März 1896:  
 Emil Thomas als Gast.  
 Zum 185. Male:  
**Eine tolle Nacht.**  
 Große Posse mit Gesang und Tanz in 5 Bildern, von Jul. Freund und Wilh. Mannstädt.  
 Musik von Jul. Einödshofer.  
 Anfang 7 1/2 Uhr.  
 Morgen: Dieselbe Vorstellung.

### Parodie-Theater.

Oranienstrasse No. 52 am Moritzplatz.  
 Dienstag, den 10. März:  
 1. König Heinrich. Wildromant. Schauspiel von Ernst v. Saufenbruch.  
 2. Gräfin Ilse, Was wolle oder der Trompeter von Wils. Nach Dr. Frh. Friedmann's Kriminal-Roman.  
 3. Zscheus, das Waldmädchen. Anfang 7 1/2 Uhr. Wochentags 8 Uhr.

### Böhmisches Brauhaus

Landberger Allee.  
 Heute, Dienstag:  
**Stettiner Sänger**  
 (Meysel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl und Schrader)  
 Neu! Neu!  
**Cavalleria schufticana.**  
 (Die Ehre des Schubbejacks.)  
 Romantisch diabolisch infernalisches Oper von Ferd. Meysellino.  
 Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf. (f. Platte).  
 Mittwoch: Moabiter Stadt-Theater.  
 Zum Schluss auf allgem. Verlangen: „Vor 25 Jahren“.

**Feen-Palast**  
 Direktion: Winkler & Kröbel.  
 Das kolossale März-Programm  
 Tanisan, die Königin der Lust.  
 Hliss & Nogat, Miniatur-Ringer.  
 Borsini-Trio, Akrobaten auf der Kugel.  
**Jackley's Affenspiele.**  
 Urkomische Original-Pantomime.  
 Michaelenko-Familie. Je Engstra.  
 Silvanow's Truppe. Charles Fox.  
 Gebr. Görs. Toni Waldburg.  
 Gebr. Cornells. 45568  
 Anfang Sonntags 6 1/2 Uhr.  
 Anfang Wochentags 7 1/2 Uhr.  
 Entree 30 Pf.

**I. Rennen in Carlshorst**  
 Jeden Abend das urkomische  
**Burzelbaum-Jockey-Rennen**  
**Kaufmann's Variété-Theater**  
 Königstrasse, Colonnaden.  
 Das neue Programm hat gelacht.  
 Der singende Hahn C. C. XX-Strahlen von Stephanie & Behrens.  
 Hokus, Pokus von Joe Marro.  
 Charley's Tante v. Max Menzel.  
 Das Unikum Schindler.  
 1000 Köpfe hat Häuschle.

**Circus Busch** (Bahnhof Börse).  
 Dienstag, 10. März, abends 7 1/2 Uhr:  
**Gr. anherordentl. Vorstellung.**  
 Sensationeller Erfolg:  
**Die Jagd nach d. Glück.**  
 Zum Schluss:  
**Ein wirklicher Schiffsuntergang**  
 in 20 Fass Wasser.  
 Außerdem: Der Tigerhengst Tiger, der orient. Hengst Mustafa u. equestre Arrangement von 100 Hengsten, dress. u. vorgef. v. Dir. Busch. Conversano II, echt Lipizaner Schimmelhengst, dress. u. ger. von Herrn Footitt-Burghardt. 3 Texaner, dargestellt von den Herren Althoff, Texas-George und Lloyd.  
 The Rudolfs, die besten Redner der Welt. Phantastische Spiele, ausgeführt von Mr. Patty. Auftreten der beliebtesten Almonds.  
 Mittwoch: Die Jagd nach dem Glück.

**Neuer Circus.**  
**Circus Busch** (Bahnhof Börse).  
 Dienstag, 10. März, abends 7 1/2 Uhr:  
**Gr. anherordentl. Vorstellung.**  
 Sensationeller Erfolg:  
**Die Jagd nach d. Glück.**  
 Zum Schluss:  
**Ein wirklicher Schiffsuntergang**  
 in 20 Fass Wasser.  
 Außerdem: Der Tigerhengst Tiger, der orient. Hengst Mustafa u. equestre Arrangement von 100 Hengsten, dress. u. vorgef. v. Dir. Busch. Conversano II, echt Lipizaner Schimmelhengst, dress. u. ger. von Herrn Footitt-Burghardt. 3 Texaner, dargestellt von den Herren Althoff, Texas-George und Lloyd.  
 The Rudolfs, die besten Redner der Welt. Phantastische Spiele, ausgeführt von Mr. Patty. Auftreten der beliebtesten Almonds.  
 Mittwoch: Die Jagd nach dem Glück.

### Urania

Anstalt für volksthümliche Naturkunde.  
 Am Landes-Ausstellungspark (Lehrter Bahnhof).  
 Geöffnet von 5-10 Uhr.  
 Täglich Vorstellung im wissenschaftlichen Theater.  
 Näheres die Anschlagzettel.

### Passage-Panopticum.

Letzte Woche!  
**Affentheater und Circus.**  
 Ohne Extra-Entree.  
 Soldaten und Kinder 25 Pf.  
 Vorst. 5 1/2 und 8, Sonntags 4, 6, 8 Uhr

### Castan's Panopticum.

Neu!! Neu!! Neu!!  
 Die 3 getigerten Grazien!!  
 aus Central-Afrika, die neuesten Weltwunder!

### Apollo-Theater

Friedrichstr. 218. Dir. J. Glück.  
 Neu! Sensationell! Neu!  
**Servais Le Roy**  
 die räthselhafte Illusion.  
**Eugenie Fougère**  
 die unerreichte franz. Excentrique.  
**Fritzi Ferry**  
 die pikante Wiener Soubrette.  
 Kaffeneröffnung 7 Uhr. Auf. 8 Uhr.

### Alcazar.

Variété- u. Spezialitäten-Theater.  
 Dresdenerstr. 52/53, Annenstr. 42/43 (City-Passage).  
 Neu!  
 Familie Schenk — (5 Personen).  
 Trappo Marvell — (6 Personen), darunter d. Heinste u. jüngste Clown der Welt — Alexis —  
 Geschw. Stuzky — fäsch. Orig.-Jug-Duell.  
 Neu!  
 Schnapphahn, Finke u. Schraube!  
 Posse in 1 Akt u. 4. Anno.  
 u. Wochent. 10 Pf., Auf. 8 u.  
 Entree: Sonntag 30 „ 6 1/2 „  
 R. Winkler.

### Eden-Theater.

**Welt-Restaurant**  
 97. Dresdenerstr. 97.  
 Im vorderen Saal täglich:  
 Weltherkümte Tyroler - Sänger - Gesellschaft  
**Almenrausch u. Edelweiss.**  
 Direktion: Alois Ebner.  
 Entree vollständig frei!  
 Im Theater-Saal:  
 Sensationelles März-Programm!  
 Bestes Ensemble Berlins!  
 Auftreten sämtlicher neu engagierter Spezialitäten.  
 Nur hochkomische Nummern!  
 Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntags 6 Uhr.

### Mai-Marken

liefert schnell und billig  
**Jean Holze,**  
 Hamburg, gr. Drehbahn 45.  
 Verlangen Sie Muster.  
**Paster's Festsäle**  
 Neue Königstr. 7.  
 Mein Saal mit Nebenräumen noch einige Sonnabende zu vergeben. [4269L\*]  
**Th. Boltz's Festsäle,**  
 S., Alte Jakob - Strasse 75.  
 Amt I, 1082. 4501L\*  
 Empfehle meine Säle zur Abhaltung von Festlichkeiten und Versammlungen zu kulantesten Bedingungen.  
**Säle** zu Festlichkeiten u. Versamml. unentgeltl. Alexanderstr. 27c.  
**Zu Versammlungen**  
 empfehle meine Säle (100-400 Personen fassend). 44128\*  
**Paster,** Neue Königstr. 7 (nahe Königsthor).

### Todes-Anzeige.

Allen Freunden und Genossen die traurige Nachricht, daß unser alter Klubbruder und Genosse  
**Carl Lehmann**  
 plötzlich verstorben ist. 1956  
 Die Beerdigung findet Mittwoch, den 11. d. M., nachm. 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Central-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.  
**Skatklub Treff.**

### Verband der Möbelpolirer.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß die Frau unseres Kollegen **Fritz Echtermeyer** am 6. März nach schweren Leiden sanft entschlafen ist.  
 Die Beerdigung findet heute Nachmittags 4 Uhr vom Trauerhause Frankfurter Chaussee 103 aus statt.  
 Um zahlreiche Theilnahme bittet  
 147/18 Der Vorstand.

### Belle-Alliance-Theater.

Belle-Alliancestrasse 7-8.  
 Sonntag, den 15. März, nachm. 2 1/2 Uhr:  
**25. Volks-Vorstellung** unter Regie v. Julius Türk.  
 Zum letzten Male: 235/16  
**Die Räuber.**  
 Trauerspiel in 5 Aufzügen von Fr. Schiller.  
 Karl Moor: Oscar Krüger, als Gast. Franz Moor: Julius Türk.  
 Amalia: Hedwig Margot. Rosinsky: Carl Wesselsky, als Gast.  
 Der alte Moor: Wilh. Ruff.  
**Beginn der Verloosung 1 1/2 Uhr.**  
 Eintrittskarten à 60 Pf. sind in den bekannten Geschäften von heute ab zu haben.  
 In Vorbereitung: **Rothe Zettel.**

### M. Schulmeister

Schneidermeister,  
 Dresdener-Strasse 4, Kottbuser Thor,  
 empfiehlt zu außergewöhnlich billigen Preisen nachstehende Spezialartikel:  
**Einsegnungs-Anzüge**  
 aus Satin, Kammgarn, Diagonal, Luchstoffen, ein- und zweireihig, von M. 12-35  
**Jaquet-Anzüge** in gedieg. wollenen Zwirnstoffen, 1. u. 2reihig, " 16-24  
**Jaquet-Anzüge** in glatten Diagonal, Kammgarn, Satin u. Cheviot-Stoffen, 1. u. 2reihig, " 20-35  
**Jaquet-Anzüge** in englischen Cheviot-Stoffen, eleg. Ausführung, " 22-36  
**Rod-Anzüge** i. guten, wollenen, schwarz, Kammgarn, Satin-Stoffen, moderner Façons, " 25-38  
**Rod-Anzüge** modernster Farben, elegante Schnitt-Façons, " 30-42  
**Gehrod-Anzüge** von feinen Satin, Luch- und Kammgarn-Stoffen, 2reihig, " 30-45  
**Frühjahrs- u. Sommer-Paletots** aus Satin, Diagonal, Kammgarn, in allen erdenklichen Farben, (auch Sacco-Paletots vorräthig), " 15-35  
**Beinkleider** in dauerhaft, wollenen Stoffen, versch. Farben, Kammgarn und Cheviot, " 5-10  
**Hohenzollern-Mäntel** mit einer 5 Mtr. weiten Pelerine, " 27 an.  
**Knabenpaletots, Knabenanzüge** kleidsamer Façons in großer Auswahl.  
**Schnl-Anzüge** in Cheviot, Velour- u. dauerhaften Zwirn-Stoffen, 1. und 2reihig, von M. 6 an  
 Bestellungen nach Maass von englischen, französischen und deutschen Stoffen werden in eigener Werkstatt unter meiner persönlichen Leitung gut und billig ausgeführt.  
 Begründung des Geschäfts 1878.

### Charlottenburg.

Wegen Aufgabe des Geschäfts offerire mein fertiges Herren-Konfektions-Lager zu noch nie dagewesenen Preisen:  
 Herren-Cheviot-Anzüge von 13,50 Knaben-Luch-Anzüge von 2,00  
 Kammgarn " 16,- Paletots " 3,-  
 Luch " 15,- Herren-Sommer-Paletot " 7,50  
**Hermann Laskau Nachf.**  
 Berlinerstr. 94b. Inhaber: A. Spiro. Scharrenstr. 1.

### Milchkübel, Jordan, kleine Markus-Strasse Nr. 25.

**Möbel-Ausverkauf** wegen Umzuges  
 zu außergewöhnlich billigen Preisen.  
 Für Brautleute ganze Einrichtungen von 200-1000 Mtr. Abzahlung gestattet. Elegante Aufbaum- und Aufgabel-Kleiderständer und Veritoms 30 Mtr., einfache 16 Mtr., Sophas, Vertikalen mit Watragen 30 Mtr., Waschtisletten, Küchenspenden, Kommoden 12 Mtr., Stühle 2 Mtr., Sophasette 6 Mtr., Säulen-Trumeaus 65 Mtr., Tischgarnitur 40 u. 100 Mtr., Waschtisletten 40 Mtr., Poreisophasen 20 Mtr., Buffets, Silberkränze, Herren-Schreibstühle, Schreibstühle, Zylinder-Bureau, Spiegel, wenig gebrauchte Möbel zu halben Preisen und sollte es niemand veräumen, der gut und reell kaufen will, mein großes Lager zu besichtigen. Gefaltete Möbel werden drei Monate kostenfrei aufbewahrt, transportirt und aufgestellt.  
**Schützenstr. 2, Möbel-Fabrik.**

Durch die glückliche Geburt eines kräftigen Knaben wurden hocherfreut  
**Franz Renz** und Frau  
 Alwine geb. Winkelmann.  
 Berlin NW., 8. März 1896.

**Dankagung.** 1866  
 Für die zahlreiche Theilnahme und die schönen Kranzspenden bei der Beerdigung unseres lieben Sohnes, Vaters, Bruders u. Schwagers **Willy Voelmy** sagen wir herzlichsten Dank.  
 Die Eltern u. Geschwister.

**Dankagung.**  
 Für die rege Theilnahme u. vielen Kranzspenden beim Begräbnis meiner lieben Frau, besond. dem Gesangsverein Berliner Kürschner u. den Kollegen u. Kolleginnen d. Nähfabrik Hoffmann sage meinen verbindlichsten Dank.  
 1906 M. Wilsper, Kürschner.

**Dankagung.** 1936  
 Allen denen, welche meinem lieben Manne, unserm guten Vater, die letzte Ehre erwiesen haben, bes. seinem Herrn Chef, dem Gesangsverein „Sanges-Echo“ u. dem Zentralverein d. Bureau-Angest. sagen hiermit unfr. tiefgefühltesten Dank.  
 Wittve Korisch u. Kinder.

## Abgeordnetenhaus.

88. Sitzung vom 9. März, 11 Uhr.

Am Ministertische: Finanzminister Miquel, Kultusminister Bosse und zahlreiche Kommissarien.

Die Debatte über das Kapitel „Elementarschulwesen“ des Kultusetats wird fortgesetzt.

Abg. Perold (S.) und Brandenburg (S.) bitten um Wiedereinführung des Schulstoffs im Mänkerlande.

Regierungskommissar Brandes: Die ministerielle Anordnung ist getroffen im Interesse der Schüler und der Lehrer und zur Durchführung der für ganz Preußen gültigen Schulordnung.

Abg. Dr. Glatzfelder (S.) wünscht die Beseitigung von Ungleichheiten in der Dienstalters-Berechnung der Seminar-Hilfslehrer, welche später in staatliche Stellen übergehen.

Regierungs-Kommissar Geh. Rath Kügler erwidert, die Regierung sei bemüht gewesen, in jedem derartigen Einzelfalle etwaige Härten zu beseitigen.

Abg. Andrae (fr. Sp.) wünscht die Einführung der sehr zweckmäßig gestalteten hessischen Schulordnung auf den Regierungsbezirk Kassel und tadelt, daß die kirchlichen Dienste, welche die Lehrer dort zu verrichten haben, sehr unzulänglich bezahlt werden.

Regierungskommissar Geheimer Rath Kügler erwidert, daß bei Einführung der Schulordnung schon wegen der Verschiedenheit der konfessionellen Verhältnisse nicht zu empfehlen sei. Wegen besserer Befoldung der Lehrer hat die Regierung das Lehrerbefoldungs-Gesetz eingebracht.

Abg. Petzsch kommt auf die Debatte über die ober-schlesischen Verhältnisse zurück. Es sei dort von keiner großpolnischen Agitation die Rede, die Bevölkerung denke deutsch-national.

Abg. v. Echnern (nat.) wünscht Verlängerung der großen Ferien im Regierungsbezirk Düsseldorf, wo sie fast zwei Wochen länger sind, als in den übrigen Provinzen.

Die Abgg. Neubauer (Pole), Dr. Sattler (nat.), Czunka (S.), Wolejki (S.), Schröder (Pole), Dr. Gerlich (L.) sprechen über die Polenbewegung in Oberschlesien.

Hierauf wird die Position „Seminare“ genehmigt. Bei dem Titel „Schulaufsicht“ bedauern

Abg. Tamojschins (L.) und Dr. Schwanbert (L.) die geringe Zahl der litauischen Lehrer und Schulanfänger; die Litauer sind ein frommes, königstreues Volk.

Regierungskommissar Kügler erwidert, daß die Schüler sich durchaus korrekt deutsch ausdrücken.

Abg. Dautenberg (S.) erklärt, daß das Zentrum nicht aufhören werde, die nach dem Gal'schen Erlaß geübte Schulaufsicht zu bekämpfen, welche den berechtigten Einfluß der Kirche hindere.

Regierungskommissar Geh. Rath Kügler bestreitet diese Ausführungen, der Religionsunterricht werde wohl gepflegt; die Berücksichtigung der Wünsche des Vorredners würde Störung des konfessionellen Friedens zur Folge haben.

Abg. Andrae (fr. Sp.) bedauert gegenüber Dautenberg, daß die Geistlichen nicht von der Schulaufsicht entfernt werden; sie sind keine Hochmänner in Schulfachen. Der Staat darf sich die Herrschaft in der Schule nicht nehmen lassen; das würde aber geschehen, wenn die Wünsche Dautenbergs erfüllt würden.

Abg. Neubauer (Pole) schließt sich den Ausführungen Dautenbergs an unter besonderer Bezugnahme auf die Schulen in Ost- und Westpreußen.

Auf eine Anfrage des Abg. Döbner (S.) betreffend die Heranziehung von seminaristisch gebildeten Lehrern zu dem Amte der Schulinspektoren, erwidert

Regierungskommissar Geh. Rath Kügler, daß nach den guten Erfahrungen, die man mit den seminaristischen Lehrern gemacht, deren Verwendung als Schulinspektoren unbedenklich sei. Die Weiterberatung wird auf heute Abend 7 1/2 Uhr tagt. (Schluß 4 Uhr.)

## Sächsischer Landtag.

Bei starkem Andrang zu den Tribünen begann am 5. März in der zweiten Kammer die Schlussberatung über die Wahlrechts-Vorlage. In freudiger Handhabung der Geschäftsordnung lehnte es der Präsident Ackermann ab, eine Generaldiskussion stattfinden zu lassen, und als die Sozialdemokraten dies beantragten, stimmte ein so großer Teil der Abgeordneten dagegen, daß nur Spezialdiskussion stattfinden konnte. In der Geschäftsordnungsdebatte über den sozialdemokratischen Antrag wurde bereits den Kartelparteien der Vorwurf der Durchpeitschung der Vorlage gemacht, gegen den sie sich verweigert, aber vergeblich wehrten; denn die Geschäftsordnung gestattet, in wichtigen Fällen eine Ausnahme von der Regel zu machen, und wichtiger war jedenfalls noch keine Angelegenheit, als die Wahlrechtsveränderung. Inbezug, die Kartellbrüder

## Kunst und Wissenschaft.

Im Schauspielhaus kommen und gehen die Novitäten und gleichen einander in ihrer uninteressanten Art. Wo die Ansprüchelosigkeit zum Grundfay erhoben wird, was soll da die Kritik? Auch der neueste Schwank „Die Hölle n'brücke“ von Wolf und Jaffe gehört zu den harmlosen Säckelchen, mit denen die Kritik nicht im Ernst und nicht im Scherz sich zu beschäftigen weiß. Wer heute einen derb-komischen Einfall hat, kauft ihn mit bewährten Theatermitteln aus, mit nährreichen Engländern, den bekannten Theater-Engländern, mit exzentrischen rabendrehenden Amerikanerinnen, liebevolligen Italienern oder Mexikanern u. s. w. Daran schafft er dann eine Poffe. In der Hölle n'brücke ist der komische Einfall als Fundament für den Schwank bemerkt, daß ein Berliner, der bisher nur auf den Höhen des Kreuzberges gewandelt hatte, aus Versehen zu einem der kühnsten Alpenbegleiter wird. Im Berner Oberland, wo dieser Berliner, Herr Schwendemann, zur Erholung weilte, wird er mit dem berühmten Bergsteiger Schwendemann verwechselt. Das Schneideln seiner Eitelkeit und schließlich wird Herr Schwendemann dazu gedrängt, das Götthorn, einen noch jugendlichen Gipfel zu erstigen. Ohne Abnung der Schwierigkeiten und Gefahren, nur mit Berlinischem Selbstvertrauen bewehrt, versucht Schwendemann den Aufstieg, als ihn aber seine Führer bis zur Kubhütte geschickt hatten, wird es dem Berliner, der überdies in der Hütte ein böses Abenteuer erlebt, ängstlich, zu Muths und er beschließt nächstlicher Weile — auszureisen. Er findet indes beim Abstieg von der Kubhütte sich nicht zu recht, nimmt aufwärts und immer aufwärts, rennt in seiner Angst über eine Gletscherbrücke, die Hölle n'brücke, die noch keines Menschen Fuß betreten, und — kommt richtig auf das Götthorn. Man muß die Geschichte eben nehmen, wie man manche Jagdgeschichten nimmt. Dem Publikum gefiel sie und vor allem gefiel in der Hauptrolle der feinkomische Wolf in der Berlinerischen Auffassung durch seine Kunst noch einen einfach-liebendwürdigen Anstrich zu geben wußte.

hatten es eilig, sie fürchteten auch die sozialdemokratische Kritik, daher die Abweisung einer gründlichen Erörterung.

Erspart wurde jedoch den Wahlrechtsänderern nichts, denn Genosse Meyer verstand es, zu § 1, über den nun speziell verhandelt wurde, zu sagen, was er auf dem Herzen hatte, ohne daß der immer auf der Lauer liegende Präsident Anlaß fand, ihn zur Sache zu verweisen. Vor allem kritisierte er in schärfster Weise die Thätigkeit der Gesetzgebungs-Deputation, die leichtfertig den Entwurf durchpeitscht und ihre Aufgabe nicht lenkte, denn sonst hätte man dort nicht mehrfach aussprechen können, daß sie „gebundene Marschroute“ habe. Aber der Pakt sei fertig gewesen, darum die Eile. In anderen Parlamenten würde unter solchen Umständen die Vorlage sofort an die Deputation zurückverwiesen.

Mit keinem Worte sei der konstitutionellen Frage oder der geschichtlichen Entwicklung Sachsens oder der Abhängigkeit des Königthums von der jeweiligen Staatsverhältnisse, oder den Grundlagen des Wahlrechts, oder gar der Stellung und Stimmung des Volkes gedacht worden. Ironisch besprach Meyer die Verwirrung in bürgerlichen Kreisen, die durch die Vorlage angerichtet sei zur Freude der Sozialdemokratie; er zitierte einige scharfe Urtheile von den Professoren Sohm, Böhmer und Delbrück über die Kartelparteien und die Regierung, welche letztere mit ihrer Illiberalpolitik (Ordnungsruß!) es dahin bringe, daß Sachsen mehr als Anhängsel von Preußen und die Regierung als eine Provinzialregierung betrachtet werde.

Besonders aber schilderte der Redner die Wirkungen des Gesetzes in wirtschaftlicher und sozialpolitischer Beziehung. Der Mammonismus erhalte die Uebermacht; die Arbeiterausbeutung solle gesichert werden; die sozialpolitische Gesetzgebung müsse erstarren und der Landtag zur Bedenkungslosigkeit herabsinken. Dann gab Redner noch über die künftige Stellung der Parteien in Sachsen seine Ansicht kund und schloß mit der Versicherung, das Volk Sachsens werde den Wahlrechts-Umschwüngen das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht noch abzwängen.

Da auf die Rede Meyer's alle gegnerischen Redner eingingen, so war die abgeleitete Generaldebatte doch fertig, die sieben Stunden währte. Die Gegner äußerten sich in gütiger Weise über die Opposition in bürgerlichen Kreisen, wobei die niedrige Stimmung der Wahlrechtsentwärtiger grell zu Tage trat. Von den Sozialdemokraten sprachen noch Goldstein, Frähdorf und Stolle-Gesau.

Goldstein ging spezieller auf die Hauptbestimmungen des Entwurfs ein und zerstückelte die so saure Arbeit des Regierungsrathes Merg, der als Regierungskommissar hauptsächlich den Bericht für den unsäglichen Berichterstatter zugeführt hat. In den Fibern der Regierungstabellen wies Redner die Vergewaltigung der Wähler der dritten Klasse nach und zeigte, welche Verwirrung das elendeste aller Wahlsysteme mit sich bringe, sowie daß eine ungeheure Arbeit für die Behörden erwachse, die die Wähler mit höheren Steuern beissen müssen. Scharf und satirisch wandte er sich gegen die gegnerischen Vorredner, deren schale Einwände er der Gerechtigkeit preisgab. Auch er kam zu dem Schluß, daß die Sozialdemokratie die Situation, wie sie sich aus dem Gesetz ergebe, beherrschen werde und nur um so schneller zum Siege gelange.

Genosse Frähdorf erregte besonders den Zorn der Gegner, weil er ihnen vorwarf, daß die Vergewaltigung der unteren Klassen in grellem Widerspruch stehe mit der angeblich christlichen Gesinnung der Wahlrechts-Umschwünger. Der große Gauner, der mit dem Kermel das Zuchthaus gestreift, dabei aber zu Reichthum gekommen sei, erhalte durch die Gesetz eine Vorkursstellung, während fleißige Arbeiter, Lehrer, Beamte, Künstler, Gewerbetreibende zu Staatsbürgern 3. Klasse herabgesetzt würden. Das werde allen christlichen Elementen die Augen öffnen und verhindern, daß das Reichstags-Wahlrecht abgeändert werden solle, wie sich die Wahlrechts-Berichter einbildeten, für die das Volk nicht haften, aber grenzenlose Verachtung (Ordnungsruß!) Ein anständiger Mann werde ein Mandat nie annehmen, das ihm von den 15 pCt. der Wähler 1. und 2. Klasse angeboten werde. Das Gesetz werde das Land nie zur Ruhe kommen lassen.

Der alte schmuckende Niethammer, nationalliberal, that sehr entrüstet über die Reden der Sozialdemokraten, erntete aber für seine altersschwachen, konfuse Ausführungen nur ungetriebene Heiterkeit. Frech rumpelte er den zum ersten Male in das Haus eingetretenen und eingangs der Sitzung verpflichteten Abg. Grünberg an, der jüngst in Meernan-Lumbach gewählt worden ist, wofür er später von Meyer gehörig angepöbeln wurde.

Genosse Stolle-Gesau ließ es sich angelegen sein, das Unterliegen der Wahlrechtsveränderung in geschichtliche Beleuchtung zu stellen und so das Verbündete des unerhörten Streiches aufzudecken. Man nenne uns Revolutionäre, aber

nichts untergrabe die Monarchie so sehr, wie dieses Gesetz. Besonders wandte sich Stolle gegen den konservativen Opiß, dem er, weil derselbe über sozialdemokratische Bestrebungen unheimliches Zeug redete, zur Belehrung einen Theil unseres Parteiprogramms vorlas und Erklärungen dazu gab. Ferner wies Stolle den alten Renegaten Streit zurück, der 1848 Revolutionär war, jetzt sich aber lieb kind bei dem reaktionären Ministerium Meisch zu machen sucht. Streit hatte behauptet, die Volksseele wende sich von der Sozialdemokratie ab, worauf Stolle fragte, ob sich denn die Volksseele 1849 auch abgewendet habe, als man das Volk in Zwickau aufgefordert habe, auf das Rathhaus zu kommen und — „Kugeln zu gießen“. Sodann wies Stolle noch auf das lächerliche Gebahren der Gegner hin, die von einer berechtigten Arbeiterbewegung im Gegensatz zur Sozialdemokratie gesprochen hätten. Es sei hier noch bemerkt, daß zum Verdruss seiner Parteigenossen der Nationalliberale Kellner, ein unglaublich rücksichtsloser Abgeordneter, ungeschämt aussprach, er begrüße es, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten durch das Gesetz aus dem Landtage geworfen würden und man werde auch das Reichstags-Wahlrecht in dem Sinne ändern müssen.

Die Sozialdemokraten hatten namentliche Abstimmung beantragt, die 66 Stimmen für, 23 gegen § 1 ergab.

Am 6. März gab der Abgeordnete Kaden als erster Redner folgende Erklärung ab:

Im Namen der sozialdemokratischen Fraktion habe ich die Erklärung abgegeben, daß wir uns an der Spezialdiskussion nicht betheiligen.

Wir werden von diesem Entschlusse nur zurückkommen, sofern Angriffe auf die sozialdemokratische Partei erfolgen oder besondere Zwischenfälle sich ereignen sollten.

Wir werden gegen die ganze Vorlage sowie gegen alle sogenannten Verbesserungsanträge stimmen, weil wir prinzipielle Gegner des indirekten Klassenwahl-Systems sind.

Infolge dieser Haltung der Sozialdemokraten — die in der That der nichtsfagenben Spezialdebatte nur zu einer Bedeutung verholfen hätte — floß die Weiterberatung interesselos dahin, gleichsam einen Vorgechmack gebend von der künftigen Verschaffenheit des Landtages unter dem Dreiklassen-Wahlsystem. Nur am Schlusse gab es noch einen kleinen Sturm gegen den Präsidenten, der, wie der Abg. Horn-Gainsdorf sagte, „eine Schiedung machen“ wollte und dem Berichterstatter das Wort erteilte, obwohl derselbe schon vorher darauf verzichtet hatte. Vor dem Einspruch der Sozialdemokraten, die das durchaus nicht zulassen wollten, wich dann der Präsident zurück, die Nachschicht war bereit. Das ganze Gesetz wurde in namentlicher Abstimmung mit obiger Mehrheit angenommen.

Zum Schlusse sei noch bemerkt, daß während dieser beiden Tage ein Detachement Gendarmen in Räumen des Landhauses untergebracht war zur event. Hilfeleistung. Also hat die Polizei bei dem neuen Sozialgesetz buchstäblich Gevatter gestanden. Ohne diese Hilfe glaubten die Wahlrechts-Umschwünger ihren Bankrott von Gesetzentwurf nicht retten zu können. Von gutem Gewissen zeugt diese Vorsichtsmaßregel nicht.

Nun wird die erste Kammer ebenfalls mit fabelhafter Geschwindigkeit den Entwurf durchpeitschen, dann erhält er das königliche Siegel und — das sächsische Volk wird um sein Wahlrecht gebracht sein.

Das Volk wird sich aber bald zu revanchiren wissen!

## Parlamentarisches.

In der Sitzung der Kommission für das bürgerliche Gesetzbuch wurde am Sonnabend in der Debatte über das Pfand- und Pfandrecht fortgefahren. Den Hauptgegenstand der Debatte bildete das Pfandrecht des Vermieters und des Verpächters. Der Entwurf schränkt das Pfand- und Zurückbehaltungsrecht des Vermieters gegenüber dem preussischen Landrecht u. a. dadurch ein, daß er die Sachen der Ehefrau nicht ohne deren Genehmigung dem Pfandrecht des Vermieters unterwirft und daß er das Pfandrecht nicht für künftige Entschädigungsforderungen und für den Miethzins für eine spätere Zeit als das laufende und das folgende Miethjahr gelten lassen will. Er behält auch die Bestimmung bei, daß die der Pfandung nicht unterworfenen Sachen dem Pfandrecht des Vermieters nicht unterliegen sollen. Die Abgg. Frohme und Stadthagen beantragen in erster Reihe, das Pfandrecht des Vermieters zu beseitigen, eventuell aber auch die Gegenstände,

Im Schiller-Theater geht Holzjogen-Schumann's Lustspiel „Die Kinder der Exzellenz“ anfangs nächster Woche zum ersten Male in Szene.

Von Bedeutung für die medizinische Wissenschaft und Praxis ist eine Entdeckung, die dem bekannten Berliner Chirurgen Dr. Schleich geglikt ist. Dr. Schleich ist der Erfinder einer Operationsmethode, die es gestattet, die schwersten Eingriffe ohne Anwendung irgend welcher Betäubungsmittel (Chloroform u. s. w.) zu unternehmen. Sie besteht darin, daß durch Einspritzungen von großen Mengen äußerst verdünnter Cocainlösung in die Haut und das Unterhautzellgewebe Empfindungslosigkeit erzeugt wird. Zu dieser Methode, die sich sehr gut bewährt hat, hat Dr. Schleich eine ihrem Wesen nach ganz neue Art der Wundbehandlung gefast, die er in der vorgestrigen Sitzung der Hofland-Gesellschaft vorstellte. Sie zeichnet sich dadurch aus, daß sie die gesamte, bisher mit recht als Haupterkrankung der modernen Chirurgie betrachtete Antiseptik vollständig überflüssig macht. Die langwierige Offenhaltung der Wunden, das Auspülen mit Carboll- oder Sublimatlösung, das Ausfüllen mit Jodoformgaze, und wie die verschiedenen Akte des antiseptischen Verfahrens sonst noch gestaltet sind, werden durch sie unnöthig. Gepulvertes Formalinlösung, in die Wunde gestreut, bringt, wie die hiesige Blätter melden, diese Wirkungen hervor. Sowie diese Substanz in den Organismus gelangt, findet ein chemischer Prozeß statt: Die lebendigen Zellen des Gewebes spalten fortgesetzt das Formalin ab, welches in ganz eigenartiger Weise konverirend und anregend auf den Wundverlauf wirkt. Ein Panaritium (Fingergeschwür) heute operirt, zeigt morgen schon keinen Tropfen Eiter mehr; Narbentzel und Forunkel heilen rasch und glatt unter sofortigem Verschwinden des Fiebers und der entzündlichen Erscheinungen; ebenso die gefährlichen Sepsenerkrankungen. Lebhafter Beifall der zahlreichen erschienenen Aerzte lobnte die hochinteressante Demonstration, und Geheimrath Prof. Dr. Liebreich, der Vorsitzende der Gesellschaft, betonte die weittragende Bedeutung der Entdeckung; eine Anzahl noch Schleich's Methode operirt und behandelte Patienten bestätigte in eidenter Weise die theoretischen Darlegungen des Vortragenden.

Leffing-Theater. Ein gewandter Journalist, der bereits öfter mit dem Theater flüchtige Bekanntschaft gemacht hatte, wollte sich die Bühne einmal durch ein Werk schwerer, erster Gattung erobern. Es war aber eine unglückliche Werbung. Ein anderes ist es, sein Publikum mit leichten oder schnoddrigen Scherzplaudereien zu amüsiren, ein anderes, vor ihm tiefere Lebensströmungen und Menschenchicksale zu erklären. Bei diesem Versuch blieb Benno Jacobson, ein Berliner Journalist, in seinem Drama „Fräulein Lizian“, das am Sonntag als Novität des Leffing-Theaters in Szene ging, weit hinter seinem Willen zurück. So hübsch einzelne gelingen, als Ganzes ist die Arbeit arg verfehlt. Fräulein Lizian ist der Spitzname eines Modells. Die Künstler gaben dem Mädchen wegen seines prächtigen rothblonden Haares, wie es der große Lizian zu malen liebte, diesen Beinamen. In das Mädchen verliebt sich der junge Bildhauer Bernstorff und diese Liebe bringt dem ernst angelegten Künstler Schwere Herzeleid. Dem Fräulein Lizian, die anfangs voll ärztlicher Sentimentalität war, entpuppt sich am Ende als faches, innerlich brutales Geschöpf. So lange Jacobson das Zigennerdasein in den Meliers, den lustigen Spah dieses Lebens schilderte, war es leidlich und manches drallige Wort und mancher Witz flackerte auf. Wo aber die Tragik des Lebens begann, da war es unheimlich und überall guckte der blutige Dilettantismus hervor, so daß selbst das Publikum, das bis zum dritten Akte wohlwollend mitgegangen war, den Ernst spahhaft fand. Am Fräulein Lizian lag das nicht. Sie muß drei Akte lang gefühvoll schwärmen und aus unglücklicher Liebe will sie gar sich vor die Räder der Lokomotive fügen; was kann sie dafür, daß das Publikum hernach nicht glauben mag, wie kalt und gemüthlos diese rothhaarige Gödte aus der Badeschraube in Berlin eigentlich ist. Auch die Herren Sauer (der schwermüthige, brünette Künstler) und Schönsfeld (der blinde, joidale Naturbursch), wie Fräulein Jäger (frische Perlerin mit Beinamen Schund) und ganz besonders Frau v. Pöllnitz (eine kostbar komische Modellsutter) konnten das unglückliche Drama nicht retten.

die zum Erwerb oder zur Ausübung des Berufs des Miethebers oder seiner Familie gebraucht werden, dem Pfandrecht zu entziehen. Diesen Antrag gegenüber steht der Antrag des Abg. Vielhaben (Antisemit): Das Pfandrecht entgegen den Bestimmungen des Entwurfs auch auf die sonst der Pfändung entzogenen Gegenstände (z. B. Betten, unentbehrliches Hausgerath, Handwerkzeug u. s. w.) zu erstrecken, also den engherzigen Standpunkt der Hamburger Hausagrarier auf ganz Deutschland zu erstrecken! Nach einer Begründung dieses „arbeiterfreundlichen“ antisemitischen Antrags durch den Abg. Vielhaben nimmt Stadthagen das Wort zur Bekämpfung desselben und zur Begründung der oben mitgetheilten seitens der Sozialdemokraten gestellten Anträge. Er führt etwa aus: Das Verbot der Pfändung von Sachen, die der Staat im öffentlichen Interesse für absolut unpfändbar erachtet hat, enthält bereits leider eine erhebliche Abschwächung des heidnischen römischen Rechts, nachdem dem Schuldner nicht die gesammte Habe entzogen werden, sondern soviel belassen werden mußte, als notwendig war, um ihn vor Mangel zu schützen. Unerbötlich und mit der öffentlichen Ordnung, mit dem Gebot der Nächstenliebe, mit sozialpolitischen Rücksichten unvereinbar ist die von Verteidigern des christlich-kapitalistischen Standpunkts herbeigeführte Rechtsprechung, auch die unentbehrlichen Sachen dem Zugriff des Vermiethers freizustellen. Dieser Rechtsprechung sind die Gesetze in Sachsen (im Jahre 1864), Anhalt, Braunschweig, Lübeck, Bayern und schließlich auch Preußen entgegengetreten. Auch der Hamburger Senat hat verschiedene Male ähnliches versucht — seine Versuche scheiterten an dem engherzigen Interessensstandpunkt der Hamburger Hausagrarier. Und nun soll gar dieser für Deutschland geradezu beschämende Standpunkt, nach dem ein Staat ausdrücklich den gemeinlichen Wucher schließt, nach dem Anträge des antisemitischen Abgeordneten auf Deutschland übertragen werden! Wer anders als die schmutzigste Wucherseele könne es über sich bringen, das letzte, für ihn selbst ganz Werthlose seinem Mitmenschen zu entziehen. Er hoffe sicher, daß die Kommission diesem Verlangen nicht nachkommen werde. Der Satz der Motive und der Denkschrift treffe durchaus zu: „Das Gesetz würde mit sich selbst in Widerspruch kommen, wenn es ein Pfandrecht an Sachen zulassen wollte, die es aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt für unpfändbar erklärt hat.“ So kapitalistisch der Entwurf auch leider sei, so mammonistisch wie der von antisemitischer Seite gestellte Antrag sei er denn doch nicht. Er bitte aber auch den von Frohne und ihm gestellten Anträgen die Zustimmung nicht zu verweigern. Zunächst sei es nicht zweifelhaft, daß der Kreis der der Pfändung entzogenen Sachen viel zu eng gezogen sei. Bei Gelegenheit der Beratung der Zivilprozeß-Ordnung, vielleicht auch an einer anderen Stelle dieses Gesetzes sei dieser Kreis ganz allgemein zu erweitern. Aber schon hier ist es im Interesse der Erwerbsthätigen dringend erforderlich, wenigstens auch die zum Erwerb oder zum Beruf erforderlichen Gegenstände dem Pfandrecht des Vermiethers zu entziehen. Allen Schwierigkeiten, die im einzelnen auch dann noch bestehen bleiben würden, sei man aber enthoben, wenn man das Pfandrecht des Vermiethers endlich beseitigt. Dies Pfandrecht ist weder deutsch, noch sozial, noch gerecht. Es stammt aus der Zeit des römischen Rechts, wo die Macht der Grundbesitzer, der Geldoligarchie in Rom besonders groß war. Erst für die Landverpflichteten, dann auch für die Residenzen Rom und Konstantinopel gegeben, ist dies Pfandrecht nie eine wirtschaftliche Nothwendigkeit, sondern enthielt und enthält lediglich die Verpozung eines Standes, einer Klasse auf Kosten der wirtschaftlich Schwachen. Das soziale Uebergewicht der Geldoligarchie Roms hat dies Pfandrecht geschaffen. Dies Pfandrecht ist erklärlich in einer Wirtschaftperiode, in der es freie und Ehrliche gab, nicht aber in einer solchen, in der es nur rechtlich freie gibt. In Deutschland stand dem Gerichtsherrn, dem Grundbesitzer, dem Feudalherrn ein ähnliches Recht dem Hinterlassen gegenüber zu. Aber seit etwa dem 12. Jahrhundert ist es in Deutschland geschwunden. Erst durch die Rezeption des römischen Rechts ist es in Deutschland wieder eingeführt. Also ist das Pfandrecht des Vermiethers nicht deutschen Ursprungs, sondern fremdes und schlechtes Gewächs. Als „eine besonders unglückliche Neuerung“ bezeichnet sie Professor Stobbe, „Gift“ tituliert dies Pfandrecht ein sächsischer Jurist. Das Pfandrecht des Vermiethers ist nicht sozial, sondern antisozial, es lastet auf den Schultern der wirtschaftlich Schwächeren. Es ist nicht gerecht, sondern bevorzugt den Vermiethers in ungerechtester Art anderen Gläubigern, insbesondere dem kleinen Handwerker gegenüber. Ist es gerecht, daß in der Lohnbefreiung eines Arbeiters, eines Handwerkers, eines Kleinhändlers der Hauswirth vorgeht? — Die Regierungsvorsteher traten für Beibehaltung des Pfandrechts im Umfang des Entwurfs ein. Eine Ausdehnung der Unpfändbarkeit auf die zum Erwerb oder Beruf nötigen Gegenstände sei besser bei § 715 der Zivilprozeß-Ordnung am Platz. Abg. Frohne vertheidigt nochmals scharf die eingebrachten Anträge und bekämpft die Hamburger Hausagrarierpolitik. Abg. Enneccerus vermag Gründe gegen die sozialdemokratischen Anträge nicht anzuführen, erklärt aber, für die Anträge der Sozialdemokraten nicht stimmen zu wollen. Abg. Gröber ist der Ansicht, daß der Entwicklungsgang auf Abschaffung oder Einschränkung des Vermiethers-Pfandrechts gehe; die Anträge halte er aber für mindestens verfehlt. Die Anträge unserer Genossen und der ihnen entgegenstehende antisemitische Antrag werden darauf abgelehnt und die Bestimmungen des Entwurfs angenommen. Aus dem weiteren Verlauf der Beratungen ist hervorzuheben, daß auf Antrag unserer Genossen folgende Resolution angenommen wurde: „Die Kommission spricht die Erwartung aus, daß in dem Gesetz, betreffend Änderungen der Zivilprozeß-Ordnung, eine Bestimmung Aufnahme finde, nach welcher eine angemessene Räumungsfrist in Urtheilen festgesetzt werden muß, falls auf Räumung einer Wohnung erkannt wird.“ Die Erfüllung der in der Resolution zum Ausdruck gebrachten Forderung wäre in vielen Fällen von Vortheil für Miether. Alle übrigen Anträge (Beseitigung des Kündigungrechts des Vermiethers beim Tode des Miethers, Aufnahme einer Bestimmung, durch welche die Ungültigkeit von Ermittlungsklauseln nach Art der berühmten Berliner Miethverträge ausgesprochen wird) wurden abgelehnt. Auch die Anträge des Abg. Gröber, das Sonderfindungsrecht der Beamten, Soldaten u. dergl. aufzuheben und einen Nachlaß der Pacht bei Mißständen herbeizuführen, fanden keine Annahme. Ebenso wurde der Versuch unserer Genossen auf Beseitigung des Sondervorrechts für krummhaugige Verpächter, an dem durch § 715 Nr. 5 Zivilprozeß-Ordnung für unpfändbar erklärten Wirtschaftsinventar u. s. w. ihr Pfandrecht ausüben zu dürfen, abgelehnt. Da die Veranlassung durch persönliche Nebenwendungen des Abg. Enneccerus hinzugezogen wurde, konnte die Beratung des Pachtvertragsverhältnisses nicht beendet werden. In der nächsten Sitzung (am Dienstag) gelangen nach Beendigung der Bestimmungen über Miethverträge und Pacht die Vorschriften über Erb-, Darlehn-, Dien- und Werkvertrag (d. i. Arbeitsvertrag) zur Beratung.

Die Reichstags-Kommission für das Börsengesetz nahm das Doppelgesetz nach Erreichung des § 4, nach welchem dem Kommissionar gestattet werden sollte, die Ueberfendung des Bilanzvergleichnisses bis zur Beilegung seiner aus dem Auftrag herührenden Forderung auszusetzen, in erster Lesung an.

Die Interkammer-Kommission besteht aus folgenden Mitgliedern: Vize von Olenhausen (Welfe), Vorsitzender; von Pittlamer-Plauth (L.), Stellvertreter des Vorsitzenden; Gerstenberger, Müller (Fulda), Minyan, Schippel (Soz.), Schriftführer; Bock-Gelha (Soz.), Graf von Carmer, Ghai, Fische, Klemm

(Mühlhausen), Klose, Dr. von Komierowski, Meyer (Danzig), Dr. Paasche, Pingen, Richter, Graf von Schwerin-Edwiz, von Stauby, Wallendorf und Zubeil (Soz.)

## Gewerkschaftliches.

**Landgerichtsdirektor Reckhoff**, der seit mehreren Jahren den Vorsitz in der zweiten Strafkammer am Landgericht II führte, tritt auf seinen Wunsch am 1. April zum Zivilgericht über und wird den Vorsitz in einer Zivilkammer übernehmen. An seiner Stelle wird der neuerdings zum Direktor ernannte und nach Berlin berufene bisherige Landgerichtsrath Löbker aus Landenberg a/W. den Vorsitz in der zweiten Strafkammer übernehmen.

**Ein Nachklang vom Gerberstreik in der Römer'schen Lederfabrik** beschäftigte neulich das Amtsgericht II zu Berlin. Nach Beendigung des Streiks hatte in einer Verammlung in Frey's Gesellschaftshaus am 20. August 1894 der Lederjurist Bussse namens der Kommission Bericht erstattet und hervorzuheben, daß die Streitenden besonders auf Entfernung des Lederjuristen Oskar Fischer bestanden hätten, der bei den Kollegen allgemein mißliebig sei. Fischer hatte darauf gegen Bussse Strafantrag gestellt, und Bussse sollte erst wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung verfolgt werden. Da aber der Streik schon zu Ende gewesen war, die Absicht Bussse's also keineswegs dahin gehen konnte, Fischer zur Theilnahme zu bewegen, wurde nur wegen Verletzung Anlage erhoben. Diese sollte besonders in dem Ausdruck „Stein des Anstos'es“ liegen. Bussse erklärte in der Verhandlung, er habe nur gemeint, daß die Frage, ob Fischer gehen oder bleiben solle bei den Verhandlungen ein Stein des Anstos'es gewesen wäre, bis die Prinzipale auch darin nachgegeben hätten. Andere beleidigende Äußerungen bestritt er und von den Zeugen hatte sie niemand gehört außer Fischer. Der Staatsanwalt beantragte 50 M. Geldstrafe, der Verteidiger Rechtsanwalt Heine Freisprechung, weil Bussse nur berechtigtes Interesse vertreten habe und eine Absicht der Beleidigung nicht erwiesen sei. Auch das Gericht schenkte dem Fischer keinen Glauben und sprach Bussse frei.

**Beleidigung und Vergehen gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung** wurde den Rifenmachern Wilhelm Wittmann, Wilhelm Brunzel, Max Wächter, Georg Bartholomäus, Emil Liese und Rudolf Abbig zur Last gelegt, weshalb sie sich vor der 140. Abtheilung des Amtsgerichts I. zu verantworten hatten. Die Angeklagten arbeiteten im Juni v. J. in der Rifenfabrik von Fußg. Rindlerstraße 154, nach Alford. Ein jeder erhielt dann neue Arbeit, wenn er die alte beendet hatte. Der Kollege Blankowski wurde aber bevorzugt, so daß einige Arbeiter broch lagen. Die Zwistigkeiten darüber spitzten sich derart zu, daß die übrigen Rifenmacher die Entlassung des Blankowski forderten. Da ihr Wunsch nicht erfüllt wurde, legten sie am 20. Juni die Arbeit nieder. Das Verlangen der Ausständigen war gleichmäßige Verteilung der Arbeit. An einem nach drei Wochen eingetretenen Generallstreik, der erfolgte, um einen besseren Lohn zu erzielen, waren aber die Angeklagten nicht beteiligt. Die Anklage lautete dahin, daß sie durch Erwerbungen und Ehrverletzungen die arbeitenden Kollegen gereizt hätten, an der Bewegung theilzunehmen; dies bestritten sämtliche Angeklagte, sie hätten niemals die gesetzlichen Grenzen überschritten.

In der Beweisnahme bezeugte der Zeuge Ludwig Klink, daß er ebenfalls bei Fußg gearbeitet habe; er sei eines Morgens in der Nähe der Werkstatt von Bartholomäus dahin angesprochen worden, die Arbeit niederzulegen. Er arbeitete dennoch weiter und wurde nun von Bartholomäus mit Mißhandlungen bedroht und arg beschimpft. Außerdem wurde er von Wittmann mit den Worten angegriffen: „Da kommt ja Lude mit den schlesischen Ohren!“ Wegen dieser öffentlichen Beleidigung stellte er Strafantrag. Der Vorgang sollte sich 8 Tage vor dem Generallstreik abgespielt haben.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Sello, erklärte, wegen der angeblichen Beleidigung als „Sachverständiger“ fungieren zu können, indem man unter „schlesische Ohren“ „große“ Ohren verstände und unter „Lude“ nur eine zärtliche Abkürzung des Vornamens Ludwig gemeint war.

Als zweiter Belastungszeuge sollte der Kollege Budzinski seine Aussage machen. Er hatte ebenfalls bei der Polizei einen Strafantrag wegen Beleidigung auf der Straße gestellt, weil er nach Ausbruch des Partialstreiks die Arbeit trotz Aufforderung nicht niederlegte und deshalb Streikbrecher geschimpft und mit Schlägen bedroht worden sei. Der Zeuge weiß im Termine nichts mehr von der ganzen Sache und erklärt sogar, daß diese Denunziation nicht wahr sei.

Staatsanwalt Müller verlangt die Vorlegung der Strafanzeige und Budzinski erkennt an, daß er dieselbe eigenhändig unterschrieben habe. Außerdem bezeugt er, daß er Bartholomäus weder von Person noch dem Namen nach kenne, obwohl die Strafanzeige gegen denselben gerichtet ist.

Vorsitzender, Amtsrichter von Krosigk: Ich warne Sie vor einem wissenschaftlichen Meide.

Staatsanwalt Müller: Mindestens müssen Sie wegen wissenschaftlich falscher Anschuldigung sofort belangt werden oder sind Sie geisteskrank?

Der Zeuge entschuldigt sich dahin, daß er inzwischen einen Armbruch und in der Familie viel Kummer erlitten habe, so daß er sich auf nichts mehr recht besinnen könne. Der Polizeiwachtmeister Fabrichius bezeugt dagegen, daß er die Verhandlung aufgenommen, wie der Zeuge ihm angab, und letzterer dann unterschrieben habe.

Der Zeuge Petrovich hatte wegen Mißhandlung Strafantrag gestellt. Er arbeitete nur eine Woche bei Fußg, als bereits gestreikt wurde, und wurde ebenfalls auf der Straße angehalten, die Arbeit niederzulegen; da er nicht Folge leistete, will er geschlagen worden sein. Auch dieser Zeuge bestritt im Termine diese gleichfalls vor der Polizei gemachten Angaben, obwohl er seine Unterschrift unter der Strafanzeige anerkennen muß.

Rechtsanwalt Dr. Sello fordert den Zeugen aus, nicht etwa zu gunsten der Angeklagten einen Meideid zu leisten und ins Zuchthaus zu gehen. Die Angeklagten verlangen keine günstige Aussage, sie könne höchstens eine ganz geringe Strafe treffen, weshalb er seine Bekundung wohl überlegen solle. Getrovich bleibt dabei, daß es sich nicht so verhalten habe, wie im Strafantrage steht, während der Vorsitzende ihm vorhält, daß er dann wissenschaftlich falsch denunziert habe.

Staatsanwalt Müller verzichtet auf Grund der Aussagen dieser Belastungszeugen auf jede weitere Beweisaufnahme und erklärt, daß es jetzt nicht interessire, wie die Zeugen sich mit ihren Aussagen richtigstellen wollen, das werde für später vordahalten bleiben. Feststehe es, daß früher ganz bestimmte Angaben gemacht und unterschrieben wurden, und klar sei es wohl, wie die Zeugen vom Zeroris mus beeinflusst werden (H) und sie jetzt ihr Gedächtnis verlieren. Mit solchen Zeugen kann die Anklagebehörde nicht operiren. Nur dem Zeugen Klink sei zu glauben, der zweifellos von Bartholomäus bedroht wurde, weshalb er gegen diesen Angeklagten 3 Wochen Gefängnis beantragte. Die anderen Zeugen verdienen keine Verhaftung, weshalb er die Befreiung der fünf Mitangeklagten dem Gerichtshofe anheimstelle.

Rechtsanwalt Dr. Sello schließt sich den Ausführungen des Staatsanwalts an, verzichtet aber auf die Vertheidigung des Angeklagten Bartholomäus, weil dieser verzeiht und eine Erklärung abzugeben versucht, daß er nicht gedroht haben könne. Zweifelslos erschien es dem Verteidiger, daß die scherzhaften

Ausdrücke der Angeklagten die alltäglichen Werkstattserge seien, die man nicht als Beleidigung aufzufassen brauche, weshalb er die Freisprechung seiner fünf Klienten beantragte.

Nach ganz kurzer Beratung verurtheilte der Vorsitzende, daß der Gerichtshof sämtliche Angeklagten freispreche, außer Bartholomäus, der zu 14 Tagen Gefängnis verurtheilt werde. — Unklar erscheint in diesem Falle, warum der Staatsanwalt der Meinung war, daß die Zeugen nach der polizeilichen Protokollaufnahme unter einem Zwange stehen müßten.

## Gewerkschaftliches.

**Achtung, Töpfer Berlins!** Diejenigen Kollegen, die die bezüglich der Lebenshaltung der Bauarbeiter ausgedehnten Fragehefte noch nicht abgeliefert haben, ersuchen wir, dies recht bald im Arbeitsnachweis, Rosenthalerstr. 57, zu thun.

**Der Streik bei Vär u. Stein**, Alexandrinenstr. 24, ist in ein anderes Stadium getreten, indem sich die dort beschäftigten Schnitarbeiter, Dreher und Drücker (ca. 20 Mann) den ausständigen Kollegen angeschlossen haben, so daß jetzt 3/4 aller dort Beschäftigten die Arbeit niedergelegt haben. Die Ortsverwaltung des deutschen Metallarbeiterverbandes, Berlin Centrum.

**In der mechanischen Schuhfabrik** der Firma G. Teschner in Berlin, Neue Friedrichstr. 57, ist der Streik zu gunsten der Arbeiter beigelegt.

Die Arbeiter in den mechanischen Schuhfabriken von Bergschmidt u. Lange, Brunnenstr. 10, und Kallmann, Erlauer Weg 117, legten infolge von Lohn Differenzen die Arbeit nieder.

**Der Streik bei Levy**, Gollnowstr. 89, und Schliweg, Louiseufer 24, dauert unverändert fort.

Die Agitationskommission der Schuhmacher Berlins.

**Tabakarbeiter.** Den Tabakarbeitern Deutschlands zur Kenntniß, daß die Differenzen bei der Firma G. Klevenhufen in Bremen in einer kombinierten Sitzung der Fabrikantenkommission und der Streikkommission beigelegt worden sind. Die Streikkommission. J. A. Chr. Blome.

**Der Streik der Tapeziergehilfen** Stettins ist zu deren Gunsten verfallen. Die Werkstatt-Kontrollkommission in Berlin. J. A. Markiel.

**Der Streik der Schweizerischen Eisenbahngestellten** ist zwar unterblieben, da die Eisenbahnbarone in letzter Stunde nachgaben und so eine Einigung herbeigeführt wurde. Aber wie die Eisenbahndirektionen, namentlich die der Nordostbahn, bis zum letzten Augenblicke auf dem bornirtesten Unternehmerstandpunkte verharrten und schließlich nur der Noth, nicht dem eigenen Triebe gehorchend nachgaben, so erweisen sie sich nun auch als illogal in Beziehung auf das Halten der Friedensbeschlässe. Auch hier scheint die Nordostbahn an der Spitze zu marschiren. „Der Züricher Post“ gingen aus den Kreisen der Beteiligten mehrere Zuschriften zu, aus denen wir hier einige Stellen wiedergeben. Es heißt dort u. a.:

„Die Freude über den errungenen Sieg vom 1. März ist heute schon recht niedergesunken und eine neue Währung greift bei dem Personal um sich. Die Ursache ist die Art und Weise, wie die Zugeständnisse vom Sonntag von der Verwaltung umgangen werden. Das Lokomotiv- und theilweise auch das übrige Zugpersonal ist im allgemeinen befriedigt worden, dagegen ist das Stationspersonal zum theil schlechter gestellt als vorher.“

Die Stationsvorstände erhielten bisher pro Quartal zirta 15 Fr. für Reinigung der Bureauämlichkeiten u. s. w.; nunmehr ist ihr Gehalt um 100 Fr. erhöht worden und es fallen die 60 Fr. für Reinigungsarbeiten weg. Solche Kleinliche Mittel werden angewandt, um die gegebenen Versprechen illusorisch zu machen.

Das untere Personal scheint ganz leer ausgehen zu sollen, dafür wurden aber die Lohnbewegung stets feindlich gestimmt gewesenen Bahnhofs-Inspektoren in Winterthur und Zürich mit 900 und 400 Fr. Erhöhung bedacht. In erster Linie müßte das Personal sämtlicher Kategorien, das mit weniger als 2000 und 3000 Fr. bezahlt wird, aufgebessert werden und zwar in dem gleichen Maße, wie es für diese Bahnhofs-Inspektoren angewendet wurde. Speziell gilt das für das theilweise täglich bezahlte Personal der Zentralverwaltung, die Bremser, Wagenreiner, Schuppenarbeiter u. s. w.“

Eine andere Zuschrift sagt: „Für Gehalts- und Lohnverbesserungen des unteren und mittleren Personals wurde der Direktion der Nordostbahn bekanntlich ein Kredit von 350 000 Frk. bewilligt. Der Personalbestand der Nordostbahn bezieht sich auf rund 5500 Angestellte. Würde nun die bewilligte Summe gleichmäßig auf alle Angestellten vertheilt, so resultirte für jeden eine Aufbesserung von rund 64 Franks pro Jahr, 17 Senteimen pro Tag. Die Direktion hat aber, wie bekannt wird, auch die Gehälter der oberen Beamten, der Bahnhofs-Inspektoren und Bahnbezirksvorstände, welche fast durchweg ein Einkommen von 8000 bis 5000 Fr. beziehen, ebenfalls mit ganz namhaften Aufbesserungen bedacht, obwohl diese Kategorie sich der Lohnbewegung fern hielt und sich bei ihren Befoldungsverhältnissen vollständig zufrieden gab. Daraus erklärt sich, daß ein großer Theil der unteren und mittleren Angestellten bei der Vertheilung der 350 000 Fr. wieder leer ausgegangen ist.“

Die „Züricher Post“ spricht am Schlusse die Hoffnung aus, daß die Verhandlungen, ehe die Erditterung größer wird, sich ihrer Versprechungen erinnern und in die That umsetzen möchten.

Jedenfalls haben, wie uns unser Züricher Korrespondent noch mittheilt, die Arbeiter aus den schlechten Erfahrungen bereits Nutzen gezogen bei den noch schwebenden Verhandlungen mit der Jura-Simplonbahn. Diefelde hat zu den zugestandenen 600 000 Fr. ferner bewilligt je weitere 100 000 Fr. in den Jahren 1896, 1897 und 1898, so daß die gesammte Lohnverbesserungssumme rund 1 Million Franks beträgt gegenüber den geforderten 1 300 000 Fr.

Eine spätere Nachricht besagt: Die Lohnkommission der Eisenbahngestellten hat beschlossen, der Verwaltung der Jura-Simplonbahn als letzten Termin für die Annahme der Forderungen der Angestellten Dienstag Mittag 12 Uhr festzusetzen; im Falle der Ablehnung wäre der Streik unvermeidlich.“

Bei der Konfektionsfirma Toch in Wien ist eine Differenz zwischen dem Unternehmer und den Arbeitern ausgebrochen, die wahrscheinlich zu einem Streik führen wird. Die Ursache ist die Entlassung dreier Arbeiterinnen, die wiederholt mit ihren männlichen Kollegen gegen den Unternehmer Stellung genommen werden. Die Arbeiter fordern die Wiederaufnahme der Entlassenen.

**In der Wiener Perlmutterknopf-Industrie** vollzieht sich seit einiger Zeit eine Bewegung unter den Meistern, die hauptsächlich darauf hinausläuft, die wirtschaftlichen Mißstände, die im Gewerbe herrschen, womöglich durch gemeinsamen Kampf, durch Streiks der Meister und Gehilfen zu regeln. Die Arbeiter einigen sich auf einen bestimmten Lohnsatz, auf die Einhaltung der neunständigen Arbeitszeit u. dgl. Die Meister ihrerseits auf einen einheitlichen Lieferpreis dem Exporteur gegenüber. Insgesamt besteht die Wiener Perlmutterindustrie aus zehn speziellen Branchen, von denen bisher in drei Branchen, und zwar in der Muschelknopfbranche, Angelfknopf- sowie Kragenknopfbranche die Meister einen Streik inszenirten, der in jedem einzelnen Fall mit recht günstigen Erfolgen endete. Dadurch haben sich auch kürzlich die Meister und Gehilfen der übrigen Branchen zu gemeinsamem Kampf ver-

anläßt, welche Knöpfe nur aus schwarzen Perlmutterfäden  
arbeiten. Ueber die kombinierte Versammlung dieser Meister und  
Schiffen brachte die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ einen Bericht,  
dem wir folgende bemerkenswerte Ausführungen eines Meisters  
entnehmen: „Wenn durch Streik für die Meister etwas zu  
erreichen ist, so nur mit Hilfe der Arbeiter. Sind die Arbeiter  
gewerkschaftlich gut organisiert, arbeitet keiner unter dem verein-  
barten Lohn, so ist es den Meistern wie den sogenannten  
Pflüchern unmöglich, billiger zu liefern. Nur auf Kosten  
des herabgedrückten Arbeitslohnes konkurriert  
ein Meister den anderen nieder. Es soll daher  
jeder Meister es sich zur Pflicht machen, nur solche  
Arbeiter aufzunehmen, welche den Nachweis erbringen, daß sie  
der Gewerkschaft angehören.“ — Sodann wurde ein-  
stimmig beschlossen: „Wenn bis zum 15. d. der neue Lieferpreis  
auf schwarze Perlmutterknöpfe von den Exporteuren nicht akzeptiert  
ist, treten sämtliche sechzig Meister mit den  
400 Arbeitern in den Streik. Sämtliche Arbeiter  
erklärten, unter diesen Verhältnissen auf die vierzehntägige Rän-  
digung zu verzichten. Ebenso erklärten die sämtlichen  
Zwischenmeister, keinen Knopf an die Zwischenhändler zu liefern.  
Aus dem Angeführten, so bemerkt hierzu die Wiener  
„Arb.-Ztg.“, ergibt sich klar und deutlich, daß es bei weitem  
für die Kleingewerbetreibenden besser ist, zur Erkenntnis zu  
kommen, daß die Bestrebungen der Arbeiter auch ihnen zugute  
kommen müssen, daß sie ebenfalls nichts anderes sind als Lohn-  
flößen des Kapitals, der Rohproduktenhändler, Exporteure,  
Zwischenhändler.

## Verfassungen.

Zur Buchdrucker-Bewegung nahmen am 8. März auch  
die Stereotypen in einer von etwa 200 Personen besuchten  
Versammlung Stellung, die im „Louisenstädtischen Konzerthaus“  
abgehalten wurde. Massini, welcher das Referat über-  
nommen hatte, schilderte zunächst in großen Zügen die  
Geschichte der deutschen Buchdruckerbewegung im allgemeinen,  
um dann die bekannten Beweggründe für das augenblickliche  
Vorgehen seiner Berufsgenossen darzulegen. Im Anschluß  
hieran verwies er die Versammelten darauf, daß  
auch den Stereotypen jetzt die beste Gelegenheit  
geboten sei, günstige Vereinbarungen mit den Buchdrucker-  
besitzern zu treffen. Es herrsche bei ihnen noch eine gewisse  
Anarchie betriebs der Ueberstundenbezahlung; da heiße es denn,  
die Gelegenheiten wahrzunehmen, indem man vielleicht fordere,  
daß die Ueberstunden in dem Maße höher zu bezahlen seien, wie es  
der Buchdrucker tarif festsetze. Ueberhaupt seien in der Stereotypie  
noch mancherlei Mängel zu beseitigen, zum Beispiel die viel-  
fach mangelhaften Arbeitsräume. Dann nehme die Zahl  
der Arbeitskräfte auch in diesem Berufe immer mehr  
zu, und über kurz oder lang würden die Stereotypen ebenso  
mit dem Trade der Arbeitslosigkeit zu rechnen haben, wie die  
Buchdrucker. Nach alledem liege es im eigentlichen Interesse der  
Stereotypen, sich mit ihren Arbeitskameraden in den Segen-  
und Maschinenfabriken der Druckereien solidarisch zu erklären. An den  
mit lebhaftem Beifall ausgenommenen Vortrag schloß  
sich eine längere Debatte. Abgesehen von einem ein-  
zigen, der eine etwas reservierte Stellung einnahm, sprachen  
sich alle Redner im Sinne des Referats aus und forderten, daß  
sich die Stereotypen voll und ganz mit den Buchdruckern  
solidarisch erklären sollten. Viersfeld bestätigte, daß die  
Arbeitsräume in sanitärer Beziehung viel zu wünschen übrig  
ließen. Auch sei in den letzten 10 Jahren die Bezahlung be-  
deutend heruntergegangen und es werde, besonders in großen  
Druckereien, seitens der Unternehmer in Besorgnis erregender  
Weise für einen sehr erheblichen Nachwuchs gesorgt. Was  
früher nie der Fall gewesen, sei jetzt zu verzeichnen:  
im Arbeitsnachweis seien fortwährend Arbeitslose vor-  
handen. Nach einem Schlußwort Massini's, welches  
hümmlichen Beifall fand, wurde folgende Resolution ein-  
stimmig angenommen: „Die Versammelten erklären das Vor-  
gehen der Buchdrucker zur Erbringung einer längeren Arbeitszeit  
und Erhöhung des Lohnes als Nothwendigkeit und erwarten  
von den Berliner Prinzipalen, daß diese eine Einigung betref-  
fend der Forderungen der Gehilfen nicht von der Hand weisen. Sollte  
dies dennoch geschehen, so erklären die Versammelten  
die Buchdrucker bei einem etwaigen Kampf auf das  
nachdrücklichste zu unterstützen.“ — Gleichzeitig  
schließt sich die Versammlung der Forderung  
der Buchdrucker auf eine fünfzehnjährige  
Lohnerbhöhung an und fordert mindestens  
eine Mehrstundenzahlung der Ueberstunden  
nach den jeweiligen Bestimmungen des deutschen  
Buchdrucker-Tarifs.“ — Zum Schluß wurde Braun-  
schweig in die Gewerkschaftskommission delegiert und August  
Schneider zum Stellvertreter desselben ernannt. Mit einem  
Hoch auf die Forderungen trennten sich die Versammelten.

In der Brauerei Friedrichshain nahmen die Berliner  
Holzarbeiter am Sonntag, den 8. März, Stellung zu der Frage:  
Wie führen wir unseren Streik siegreich zu  
Ende und wie erhalten wir uns das Errungene?  
Der Referent Bloche äußerte sich im wesentlichen wie folgt. Im  
großen und ganzen sei die diesjährige Tischlerbewegung als siegreich  
abgeschlossen zu betrachten. Die Forderungen, welche von den Tischlern  
gestellt wurden, sind von der größten Zahl der maßgebenden Be-  
triebe bewilligt worden. Dieser Streik sei nicht nur für die  
deutschen Holzarbeiter von Nutzen, sondern auch für weitere  
Kreise der Arbeiterwelt, speziell für die verwandten  
Berufe von wohlthätigen Folgen begleitet gewesen.  
Die Meisterschaft hätte anerkennen müssen, daß die  
maschinelle Entwicklung eine Verkürzung der Arbeitszeit mit  
zwingender Nothwendigkeit zur Folge habe, wenn nicht die Holz-  
arbeiter einer allgemeinen Arbeitslosigkeit anheimfallen  
sollten. Die richtige Wahl des geeigneten Zeitpunktes,  
die eingeschlagene Taktik, die Festigung der Organisation  
hätten bedeutendes zum Siege beigetragen. Aber auch  
die Kollegen hätten sich und ihre Kraft kennen gelernt  
und können mit gestärktem Vertrauen auf sich selbst sagen: Was  
wir erzielten, haben wir durch und selbst errungen. Er empfiehlt,  
den Streik heut offiziell für beendet zu erklären, da die Nicht-  
bewilligung einzelner Firmen auf das Gesamtresultat ohne  
Belang sei. Bei diesen Firmen, wie Kappler (Mühlensbrennerei),  
Frischer u. Hofmann (Mühlensbrennerei), Ferdinand Voigt zc. sei  
die Fortführung des Streiks am Platze, wozu die ganze Holz-  
arbeiterwelt hilfreiche Hand bieten müsse. Die gegenwärtig  
außerordentlich günstige Konjunktur lasse auch hier die Möglich-  
keit des Sieges offen. Zum Mai eröffne sich allerdings  
weniger günstige Perspektiven, da dann bereits die drängenden Auf-  
träge fertiggestellt sind und die Fabrikanten Reserven nehmen  
werden. Hier sei der Kernpunkt der ganzen Bewegung, hier gelte  
es dann zu zeigen, daß die Tischler keinen Augenblickserfolg,  
sondern eine dauernde Besserung ihrer Lage haben wollen.  
Daher rath der Redner den Versammelten zu: Stärkt eure  
Organisation, damit ihr beim ersten Signal wieder vollzählig  
geköpft auf dem Platze erscheinen könnt! (Lebhafter Beifall.)  
In der Diskussion spricht der Möbelpolirer Händel seine  
Ungünstigkeit aus über das Gelingen des Tischlerstreiks, bedauert  
aber, daß in einigen Punkten die Tischler nicht die gleiche Soli-  
dariatät den Möbelpolirern gegenüber bekundeten, wie diese den  
Tischlern, wofür er die Kommission und speziell Wiedemann  
verantwortlich macht. Dieser repliziert sofort darauf und  
weist diese Angriffe als unberechtigt zurück. Die folgenden  
Redner Matthies, Hellwig, Grieger u. s. w., äußern sich sämt-  
lich im Sinne des Referenten, der in seinem Schlußwort noch  
im weiteren betont, daß in nächster Zeit die Tischler und  
Holzbearbeitungs-Maschinenarbeiter gemeinschaftliche Versamm-  
lungen abhalten würden zur Regelung der Frage, wie dem Umstand

abzuhelfen sei, daß die Tischlergehilfen, welche ihre Arbeiten  
durch die Maschine hobeln oder fräsen lassen, die Kosten für  
den Streik der Maschinenarbeiter durch ziemlich hohe Preis-  
aufschläge tragen sollen. Wäddann schildert Redner das Entstehen  
der Bewegung der Holzbildhauer, welche am Sonnabend in allen  
Berksstätten ihre schon 1889 gestellten Forderungen wieder den  
Prinzipalen unterbreitet haben. Er fordert die Tischler zur  
Solidarität auf und erwartet, daß alle Kollegen, welche mit  
Bildhauern zusammen arbeiten, diese auf die Be-  
wegung und auf die Nothwendigkeit des Anschlusses  
an die Bildhauer-Organisation hinweisen, umso mehr sei  
dies nöthig, da auch die Bildhauer ihrerseits Ordnung  
in den Tischlerwerkstätten schaffen wollen. Da gegenwärtig in  
16 deutschen Städten Tischlerstreiks zu verzeichnen sind und sechs  
weitere bereits nahe bevorstehen, wurde beschlossen, pro Kopf  
und Woche 50 Pf. weiter zu zahlen. Folgende Resolution ge-  
langt einstimmig zur Annahme:

Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des  
Referenten einverstanden, sie hält es angeht unsers Sieges  
für richtig, den Streik für beendet zu erklären, jedoch sollen die  
Kollegen der bisher nicht bewilligten Werkstätten an unseren  
Forderungen festhalten, dagegen verpflichtet sich die Ver-  
sammlung, mit allen moralischen und materiellen Mitteln  
für die noch im Anstand befindlichen Kollegen einzutreten.  
Die Versammlung erkennt, daß die Errungenschaften des Streiks  
nur durch die Organisation erhalten werden können. Es soll  
deshalb mehr denn je Aufgabe aller Kollegen sein, für die Or-  
ganisation zu wirken. Ferner entläßt die Versammlung die  
Streikkommission, indem sie anerkennt, daß diese im vollsten  
Maße ihre Pflicht gethan hat. Die Versammlung wurde mit  
einem begeisterten Hoch auf die Holzarbeiterbewegung geschlossen.

Die Möbelpolirer waren am Sonntag Vormittag im  
Keller's Saal versammelt, um über die eventuelle Aufhebung  
des Streiks zu beraten. Schulz führte einleitend aus,  
daß der eigentliche Streik ziemlich beendet sei. Wohl an 25 bis  
30 Streikende seien noch zu verzeichnen, die bis dato auch unter-  
stützt wurden. Trotzdem im ganzen gegen 80 Firmen die Forderungen  
der Möbelpolirer noch nicht bewilligten, so schlägt die  
Streikkommission doch die Aufhebung des Streiks vor,  
da die fraglichen Betriebe fast durchweg solche kleinerer  
Natur sind, mit Ausnahme von Schoy, Laborenz,  
Frischer u. Hofmann und Lukat u. Weisberg.  
Dah in diesen bis jetzt noch nichts erreicht wurde, schreibt  
Redner dem Indifferentismus der daselbst beschäftigten Arbeiter  
zu. Bei der Firma Schoy kommen vor allem Arbeiterinnen in  
betracht, die noch nicht wieder eingestellt sind. Es sei  
aber auch wenig von dieser Firma zu erwarten, denn  
überseits wurde erklärt, daß sie ja doch nur „Dreck“  
arbeite, und diesen können auch ungelernete Arbeiter  
herstellen und demgemäß müsse auch die Bezahlung anfallen.  
Für selbstverständlich hält Redner, daß den Arbeitern empfohlen  
wird, in denjenigen Werkstätten, die die Forderungen nicht be-  
willigt haben, auch die Arbeit nicht aufzunehmen. In der regen  
Diskussion wird verschiedentlich Klage geführt über das Ver-  
halten der Tischler, die in Werkstätten, in denen die Forderungen  
der Polirer nicht bewilligt, die Arbeit ruhig beibehalten. Die Versamm-  
lung beschließt hierauf, die weitere Leitung des Streiks, das Kassiren  
von Geldern, Ausgleich von Differenzen u. s. w. einer Person  
zu übertragen und nimmt hierauf folgende Resolution an: „Die  
Versammlung beschließt, den offiziellen Streik aufzuheben und alle  
die Werkstätten, in denen die Forderungen nicht bewilligt, zu meiden.  
Die Streikenden werden so lange unterstützt, bis ihre Forderungen  
bewilligt, oder sie andere Beschäftigung gefunden haben. Der wöchent-  
liche Beitrag zum Streikfonds ist von 1 M. auf 50 Pf. herabzusetzen.  
Lilien sind auch für die Folge beizubehalten.“ Des weiteren  
wird beschlossen, die Unterstützung der weiblichen Streikenden von  
1,50 M. auf 2 M. pro Tag zu erhöhen. Laut Antrag findet in nächster  
Zeit eine öffentliche Versammlung statt, in welcher die vor-  
herrschenden Mängel bei der Firma Schoy, Mariannenstraße,  
der Öffentlichkeit unterbreitet werden sollen. Der Vertrauensmann  
der Polirer wurde beauftragt, bei den Tischlern vorstellig zu  
werden wegen ihres theilweise unsolidarischen Verhaltens gegen-  
über den Möbelpolirern. Zum Punkt „Verleitung derjenigen  
Werkstätten, in denen die Kollegen den Streikfonds vergessen  
haben“, theilt Schulz mit, daß ein genauer Plan augen-  
blicklich nicht vorliege, indem in letzter Zeit in den ver-  
schiedenen Zahlstellen noch Gelder einliefen und soll des-  
halb diese Liste im „Vorwärts“ veröffentlicht werden.  
Zum Heideck'schen Betriebe wird ein Schriftstück verlesen,  
nach welchem die Forderungen der Polirer bewilligt sind. Nach  
den Ausführungen der nun folgenden Redner haben sich in ver-  
schiedenen Werkstätten, die bewilligt, bereits wieder Mängel  
eingeschlichen; der Vorsitzende ersucht darum dringend, diese an  
kompetenter Stelle, dem Leiter der augenblicklichen Bewegung zu  
übermitteln.

Eine sehr gut besuchte Metallarbeiter-Versammlung  
tagte am Sonntag im großen Keller'schen Saale. Näher  
referierte über die Lohnbewegungen in der Metallindustrie,  
welche in diesem Jahre stattgefunden haben. Nach einem kurzen  
Rückblick auf den Streik bei Leonhard, der durch das Eingreifen  
unorganisierter Arbeiter und Arbeiterinnen verloren gegangen sei,  
besprach der Redner ausführlich den eben beendeten Zustand  
der Schmitze- und Stangenbauer, der die Einführung der  
neunhündigen Arbeitszeit bezweckte. Der Streik, der  
unter den günstigsten Umständen und mit dem Ein-  
verständnis fast aller beteiligten Arbeiter begonnen habe, sei  
nun doch zu einem ungünstigen Abschluß gekommen und zwar  
wesentlich durch das Verhalten der Kollegen von der Firma  
Reis u. Martin. Diese Kollegen, auf deren Anregung der Streik  
ins Werk gesetzt worden sei, hätten schon nach wenigen Tagen  
die Lust verloren, sich ferner an der Bewegung zu beteiligen.  
Durch das Verhalten der Ausständigen sei somit der Streik verloren  
gegangen. Jetzt stände wieder eine neue Bewegung bevor, nämlich  
die der Klemperer. Diese Branche sei erst seit kurzem organisiert,  
und, wie das bei dem Eifer, der sich in jungen Organisationen  
immer zeige, erklärlich sei, könnten die Klemperer die Zeit kaum  
erwarten, wo die Bewegung ihren Anfang nehme. Schon jetzt  
singen die Kollegen einzelner Werkstätten an, auf eigene Faust  
vorzugehen, wodurch nur die Kräfte vorzeitig verjettelt würden,  
die man besser für die später vorzunehmende allgemeine Bewegung  
ansparen sollte. Die Aussichten der Klemperer seien infolge der jetzt  
herrschenden günstigen Konjunktur sehr gute. Gefordert werde  
neunhündige Arbeitszeit, 45 Pf. Stundenlohn, 25 pCt. Zuschlag  
für Ueberstunden, Sonnabends eine Stunde und am Tage vor  
dem Fest zwei Stunden früher Feierabend. Der Ortsverein der  
Klemperer, Hirsch-Dunder'scher Richtung, habe sich gleichfalls für  
diese Bewegung erklärt. Ferner beabsichtigen die Mechaniker in  
nächster Zeit in eine Bewegung betr. den Tarif von 1880 ein-  
zutreten, ebenso dächten die Schraubendreher den Neunhündentag zu  
erringen, und auch die Schmiede, die zwar besonders organisiert seien,  
wollten in eine Lohnbewegung eintreten. Die bevorstehenden  
Kämpfe dieser Branchen nach Kräften zu unterstützen, sei Pflicht  
aller Metallarbeiter. Im Hinblick auf die traurigen Verhältnisse  
in den meisten Fabriken hält der Redner eine einseitliche Be-  
wegung aller Metallarbeiter für nothwendig, die namentlich auf  
Abweisung der Ueberstunden, der Wägen u. s. w. gerichtet sein  
müsse. Wenn man nur die Befreiung des „schwarzen Kabinetts“  
in der Gartenstraße, des Arbeitsnachweises der Unternehmer, wo  
die schwarzen Flicken geführt und die Arbeit suchenden  
Kollegen in der schimpflichsten Weise kontrolliert werden, erreichen  
könnte, so sei das schon ein Ziel des Kampfes wert. Pflicht  
der Kollegen aber sei es, die Organisation zu härten, damit ein  
geschlossenes Vorgehen der Metallarbeiter möglich werde und  
Erfolg verspreche.

In der Diskussion vertraten mehrere Klemperer die Ansicht,  
daß wegen der sehr verschiedenartigen Arbeitsverhältnisse ihrer  
Branche ein Generalstreik wenig Aussicht auf Erfolg

habe, daß es vielmehr zweckmäßiger wäre, in den  
einzelnen Zweigen ihres Berufs, je nach Lage der Verhältnisse  
gesondert vorzugehen. Aus einer Heftigkeit wurde berichtet, daß  
insolange von Mahregelung eines Kollegen schon am Montag der  
Streik ausbrechen könne. Die Behandlung der Arbeiter bei der  
Firma Bär u. Stein wurde als eine sehr unwürdige ge-  
schildert. Als Illustration der elenden Lohnverhältnisse bei  
der genannten Firma wurde angeführt, daß ein Arbeiter  
(Klemperer) folgende Wochenlöhne verdiente: am 15. Februar  
erhielt er 9,48 M., am 22. Februar 10,49 M., am 1. März  
11,49 M. Ein anderer Klemperer erhielt am 1. Februar  
7,50 M., am 8. Februar 9,00 M., am 15. Februar 14,50 M.,  
am 22. Februar 13,80 M. und am 1. März 12,70 M. Ein  
Ortsvereiner bestätigte, daß sein Verein sich der Klemperer-  
bewegung anschließen werde und daß er zu diesem  
Zweck eine gemeinsame Besprechung der beiderseitigen  
Vertreter für angebracht hält. Dieser Standpunkt wurde  
zustimmend begrüßt. Näher betonte noch, daß die Klemperer,  
die schon vor der allgemeinen Bewegung für ihre Forderungen  
einzutreten genöthigt wären, wohl auf die moralische, aber nicht  
auf die materielle Unterstützung des Verbandes rechnen könnten,  
und empfahl folgende Resolution, die einstimmig angenommen  
wurde:

Die Versammlung beschließt, alle Kollegen der Organisation  
zugunsten und die Sammlungen zum öffentlichen Fonds mit aller  
Energie zu betreiben, um alle kämpfenden Kollegen moralisch und  
materiell unterstützen zu können.

Hinsichtlich der Feier des ersten Mai schloß sich die Ver-  
sammlung einstimmig der in der Generalversammlung des Ver-  
bandes der Metallarbeiter Berlins gefaßten Resolution an,  
welche besagt, daß in denjenigen Fabriken, wo zwei Drittel aller  
Kollegen irgend einer Organisation angehören, eine Abstimmung  
über die Meisterei stattzufinden hat, und daß sich die Minorität  
dem Beschluß der Majorität fügen soll. Zu Neuvizoren wurden  
Freihalter, Heine und Thate gewählt. Da Lissin  
insolge seiner Wahl zum Verbandsvorsitzenden sein Mandat als  
Delegirter zur Gewerkschaftskommission niedergelegt hat, wurde  
an seiner Stelle Guntber in dieselbe delegiert. Zum Schluß  
wurde ein Antrag Mäthel's: den streikenden Zeitarbeitern  
in Kotbus aus dem öffentlichen Fonds 300 M. zu bewilligen,  
einstimmig angenommen.

Eine öffentliche Maurer-Versammlung tagte auf Ein-  
ladung des Vertrauensmannes der Berliner Maurer M. Dams  
am 8. d. M. im Feenpalast und erörterte die Frage der Ver-  
kürzung der Arbeitszeit. Da der Referent am Erscheinen ver-  
hindert war, trat die Versammlung sogleich in eine Diskussion  
ein und nahm als erster Redner Maurer Wittsock das Wort.  
Derselbe ging auf die heutige Arbeitslosigkeit im Bauwesen ein  
und betonte die Nothwendigkeit einer Verkürzung der Arbeitszeit.  
Diese müßten sich die Berliner Maurer zum Zeitpunkt ihrer  
Bestrebungen nehmen. Zur Erreichung und dauernden Fest-  
setzung des neunhündigen Arbeitstages hielt Redner eine starke  
Organisation als Rückgrat der Bewegung für nothwendig. Dies-  
bezüglich konnte er sich allerdings nicht verhehlen,  
daß es gegenwärtig schlimm bestellt sei um die Maurer  
Berlins und pläbichte er deshalb in einbringlichen  
Worten für eine Einigkeit in ihren Bestrebungen.  
Blaurod war mit dem Vorredner einer Meinung und erging  
sich in einer Betrachtung darüber, ob unter den gegebenen Ver-  
hältnissen etwas zu unternehmen sei. Er kam zu der Schluß-  
folgerung, daß dies wohl möglich, sofern die Maurer Berlins  
streitigkeiten fallen lassen. Wie wenig Solidarität leider unter  
den Berliner Maurern herrsche, bewiese die traurige Thatsache,  
daß sich Maurer dazu hergegeben haben, die Arbeiter freier  
Zimmerleute zu verrichten. Zu erwarten sei eine etwas  
bessere Konjunktur. Sollte daher etwas unternommen  
werden, so müsse die Erkenntnis der Nothwendigkeit einer Ver-  
kürzung der Arbeitszeit in die weitesten Kreise dringen und  
empfehl er, die Vorarbeiten zu treffen für eine Verkürzung der  
Arbeitszeit und eine Befreiung der krassesten Mängel auf  
den Bauten. Auch Silberschmidt war von der Noth-  
wendigkeit der Einleitung einer Bewegung zur Verbesserung der  
wirtschaftlichen Lage überzeugt, hielt aber dafür, daß beide  
„Richtungen“ der Berliner Maurer sich über die zu beobachtende  
Taktik einig würden, daß eine Verständigung beider Richtungen  
statzufinden hätte, um eine Zersplitterung der Kräfte zu vermeiden.  
Duple stellte sich auf einen ganz unabhängigen Standpunkt.  
Von einem „Goldstreik“ versprach er sich nichts, nur von einem  
„Prinzipienstreik“ und wünschte er beide Organisationen „zum  
Teufel“ zum Wohle der Berliner Maurer! Karl Behrendt  
trug den veränderten Verhältnissen in bezug auf die vorhandenen  
beiden Richtungen insofern Rechnung, als er gleich  
Silberschmidt einer vorerigen Verständigung beider Rich-  
tungen vor Eintritt in eine Lohnbewegung das Wort  
redete und hob hervor, daß eine Verständigung kommen werde  
und kommen müsse. Nach einer längeren Debatte gelangte ein  
Antrag Wehrndt zur Annahme, in dem die Vertrauensmänner  
beider Richtungen ersucht werden eine gegenseitige Verständigung  
anzubahnen. Eine Resolution des Maurer Dietrich, in der eine  
bestimmte Taktik für den Lohnkampf niedergelegt war, wurde  
bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt.

Brit. In einer öffentlichen Versammlung, die am  
27. Februar tagte, sprach Genosse Hansen über die Befreiung  
an der Kommunalwahl. Sämlich der Referent als auch die nach-  
folgenden Redner in der Diskussion bekräftigten lebhaft das  
Eintreten für den sozialdemokratischen Kandidaten. Nach einem  
Bericht des Gemeindevorstandes Dorn über seine bisherige  
Thätigkeit wurde an Stelle der ausgeschiedenen Kommissions-  
mitglieder Gottwald und Jentich die Genossen Jentich, Pfiel  
und Schrod in die Agitationskommission gewählt.

Brit. Am 2. März fand hier die regelmäßige Verei-  
nigung des Volksbildungs-Vereins für Britz und Um-  
gebung statt. In derselben sprach Genosse Schrod in einem  
interessanten Vortrag über die Verhütung von Krankheiten, an  
den sich eine rege Diskussion angeschlossen. Nachdem nach unter-  
schiedenen einige Angelegenheiten erörtert waren, schloß der Vor-  
sitzende die gut besuchte Versammlung.

## Sprechsaal.

Die Redaktion stellt die Benutzung des Sprechsaals, soweit der Raum dafür  
abgegeben ist, dem Publikum zur Verfügung von Angelegenheiten allgemeinen  
Interesses zur Verfügung; sie verwahrt sich aber gleichzeitig dagegen, mit dem  
Inhalt desselben identifiziert zu werden.

Zur Erweiterung auf die Feiern der Freien Vereinigung der  
Civil-Berufsmänner Berlins und Umgegend erlassene Annonce  
vom 29. Februar tr. geben wir den Vereinen und Genossen von  
Berlin und der Umgegend bekannt, daß unser Verein seit drei  
Jahren besteht. Die feierlichsten vorgekommenen Veränderungen  
im Verein wurden nöthig, weil sich unter verschiedenartigen Vor-  
spiegelungen Elemente in den Verein eingeschlichen hatten, die  
unser Organisation zu zerstören suchten, was ihnen aber nicht  
gelungen ist.

Was die Ausdrücke: Keiner Binkelverein, spekulativer  
Verein betrifft, so scheinen bei diesen Angriffen persönliche  
Interessen mitszuspielen; möchten doch diejenigen, welche derartige  
schmutzige Worte auf einzelne brave und tüchtige Genossen aus-  
sprechen, daran denken, daß sie sich hierdurch nur selbst  
kennzeichnen.

Zu dem erwähnten Fall vom Klauklub Feie Wolke ist zu  
bemerkten, daß die irrthümliche Bezeichnung Freie Vereinigung  
auf den Klauklub selbst zurückzuführen ist.

Zu jeder weiteren mündlichen Auskunft sind wir in unseren  
Bereitschaften jeden Freitag Abend 8 Uhr im Vereinslokal von  
Johann Pfarr, Moabit, Pottsdamerstr. 9, gern bereit.

Der Vorstand  
des Civil-Berufsmänner-Vereins Moabit,  
J. A.: S. Tieg, Vorsitzender, Wilmersdorfstr. 87.

# Achtung! 6. Wahlkreis. Achtung!

Donnerstag, 12. März, abends 8 Uhr, in Schulz' Salon, Stettinerstr. 57:

## Grosse Volks-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
Regierung, bürgerliche Parteien und Sozialdemokratie. Referent Reichstags-Abgeordneter Bueb (Mühlhausen). 2. Diskussion. 247/4  
Männer und Frauen aller Parteien sind eingeladen.  
Der Einberufer.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Berlin.)

### Bezirks-Versammlung für Südost

Donnerstag, den 12. März, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Henke, Raupenstr. 27:

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Meurer über: Was lehren uns die letzten Streiks? 2. Diskussion. 3. Verbands-Angelegenheiten. Drechsler und Wärfenmacher sind besonders eingeladen.  
91/19 Die Ortsverwaltung.

Heute Dienstag, den 10. März, abends 6 1/2 Uhr, bei Raufenberg, Oranienstr. 180:

## Versammlung

Sämtlicher Arbeiter der Nähmaschinen-Fabrik vorm. Frister & Rossmann, A.-G.

Tages-Ordnung:

Ist die Firma vorm. Frister u. Rossmann nicht im Stande, den Bedarf an Nähmaschinen für den Weltmarkt bei einer 10stündigen Arbeitszeit täglich zu decken, wenn nicht, welche Stellung nehmen die Arbeiter obiger Fabrik dazu ein? Referent: Wiedenmann, Vertrauensmann der Holzarbeiter.  
Sämtliche Händler und Konsumenten von Nähmaschinen obiger Firma sind zur Versammlung eingeladen, die Direktion schriftlich.  
Das Erscheinen sämtlicher Arbeiter der Fabrik ist Ehrenpflicht.

## Möbelpolierer.

Auf Beschluß der Versammlung vom 8. März cr. ist der Streik der Möbelpolierer offiziell aufgehoben.

Zu unterstützen sind noch ca. 34 Streikende. Der Beitrag zum Streikfonds ist auf 50 Pf. pro Woche herabgesetzt. Die Kollegen werden daher aufgefordert, Mann für Mann dieser Verpflichtung regelmäßig nachzukommen. Die Kommission tagt wie bisher Blumenstr. 38 und zwar in der Zeit von 10-12 Uhr vormittags und 5-8 Uhr nachmittags. Alle Meldungen sind in dieser Zeit zu machen.

Der Arbeitsnachweis befindet sich wieder: Blumenstr. 38 bei Wiedenmann; Oranienstr. 197 bei Mohu und Anklamerstr. 32 bei Schibliki.

Nachstehende Werkstellen haben unsere Forderungen noch nicht bewilligt und sind von den Kollegen streng zu meiden:

- Mathuse, Komitalstraße 18. Gänike (Brig), Bürgerstraße 16. Anfrau, Brunnenstr. 98. Lucat u. Weisberg, Cuvyrstr. 46. Krüger u. Comp., Eisenbahnstr. 36 b. Fischer, Forsterstr. 4. Salzmann, Frankfurter Allee 143. Bolle, Gerichstr. 72. Unger, Königsbergerstr. 7. Derford, Feinersdorfer Weg 3. Gerstenkorn, Grüner Weg 105. Werner, Langestr. 91. Rose, Rantewasserstr. 57. Quigan, Raibachufer 3. Laborens (Rigdorf), Knefelerstraße. Ilgen (Weissenfee), Prenzlauer Allee 12. P. Dyan, Nädersdorferstr. 47. Baumgart (Weissenfee), Charlottenstr. 81. Köfener, Weinstraße 6. Berendt, Wienerstr. 31. Kienow, Bollinerstr. 27. Görschner, Wienerstr. 44. Seidel, Wienerstr. 57a. Völkel, Königsbergerstr. 30. Anders, Königsbergerstraße 29. Tirolf, Langestr. 55. Schön, Mariannenstr. 31/32. Schneider, Reichensbergerstr. 125. Cochi, Bacigalupo Graffigna, Schönhauser Allee 78. Freinlein (Weissenfee), Königs-Chaussee 65. Frister u. Rossmann, Stalitzerstraße 134/135. Kempel, Blumenstr. 38.

Die Kollegen werden ersucht, obige Werkstellen zu beachten!  
Die Kommission.

## Holzbildhauer!

Heute, Dienstag, den 10. März, abends 8 Uhr, in Nieff's Feestsälen, Weberstr. 17:

### Große öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Der Stand unserer Bewegung. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
22/11 Der Vertrauensmann.

## Maler und Berufsgenossen.

Am Mittwoch, den 11. März 1896, abends 7 1/2 Uhr, im großen Saale des Herrn Keller, Koppenstr. 29:

## Oeffentl. Versammlung

sämtlicher Maler und Anstreicher.

Tages-Ordnung:

1. Bericht über die gegenwärtige Situation unseres Streiks.  
2. Die weiteren Maßnahmen zu unserem Streik.  
Zu dieser Versammlung sind sämtliche streikende Kollegen, sowie auch arbeitende eingeladen, und ist es Pflicht derselben, zu dieser wichtigen Versammlung sich einzufinden.  
Die Lohnkommission der Maler Berlin und der Vororte.  
J. A.: G. Lint.

126/15

## Luxuspapierbranche!

Dienstag, den 10. März 1896, abends 8 1/2 Uhr:

## Große öffentliche Versammlung

aller in der Luxus- und Spitzpapierbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

im Lokale des Herrn Meyer, Ackerstrasse 63.

Tages-Ordnung:

1. Was lehren uns die letzten Streiks? Referent: Genosse Faber.  
2. Die Nebertretungen der Gewerkschafts-Ordnung in den Luxuspapierfabriken.  
3. Verschiedenes.  
23/19  
Kollegen und Kolleginnen! Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es dringend notwendig, daß sämtliche in den Nordend wohnenden Kollegen und Kolleginnen in dieser Versammlung erscheinen. Ganz besonders aber werden die Arbeiter und Arbeiterinnen von W. Hagelberg, Wunsch u. Lange und Böttner u. Co. hiermit eingeladen.  
Der Vertrauensmann.

## Genossen Berlins!

Sonnabend, den 14. März, abends 8 1/2 Uhr, im Feen-Palast, Burgstraße 22, Ecke Wolfgangstraße:

## Gedächtnissfeier für Karl Marx

veranstaltet vom Leseklub „Karl Marx“.

100/14

### Großes Vokal- und Instrumental-Konzert

ausgeführt von Mitgliedern der Freien Vereinigung der Zivil-Berufsmusiker, Dirigent: G. Graf, unter Mitwirkung der Gesangsvereine: „Alpenveilchen“, „Freya“, „Nordwacht“, „Olympia“ u. „Norddeutsche Schleife“. Dirigent: R. Blobel.

### Festrede, gehalten von W. Liebknecht.

U. a. gelangt zur Aufführung: „Columbus“.

Billet 30 Pf.

Nach dem Konzert: Ball.

Billet 30 Pf.

## Möbel-Ausverkauf,

passendste Gelegenheit für Brautleute, Hotels, Wiederverkäufer. In meinem größten Möbelspeicher, Neue Königstraße 59, sollen circa 200 Wohnungseinrichtungen, verliehen gewesen und neue Möbel zu jedem annehmbaren Preise schleunigst verkauft werden. Besonders zu empfehlen ist der große Vorrath verliehen gewesener Möbel, welche fast neu sind und zum halben Preise abgegeben werden. Durch sehr große, billige Gelegenheitskäufe ist es mir möglich, schon ganze Wirthschaften für 90, 100, 300 Mk. abzugeben. Ebenfalls hochfeine, herrschaftliche Einrichtungen von 500 bis 3000 Mk. Theilzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung, Kleiderspind 12 Mk., Kommoden, Küchenspind 12, Stühle 2 Mk., Nuthbaum-Kleiderspindel, Vertikows 30 Mk., Muschelspinden 35, Bettstellen mit Matratzen 18 Mk., Sophas 18, Säulenspind, Kleiderspind, hochlegant 56, Truzeug mit Säulen und Kristallglas 60, Glinderbureau, Herrenschreibtisch, Damenschreibtische, Schreibsekretär 30, Plüschgarnituren 60 Mk., Pianinos, Pianesofas 75 Mk., Bücherspinden, Frisirtouilleten, Chaiselongues, Salongarnituren, Portiören, Steppdecken, Tischdecken, Gardinen, Fenster 5 Mk. Vollständig ausgestattete und dekorirte Salons, Speisezimmer und englische Schlafzimmer stets zur Ansicht. Empfehle allen Herrschaften, vor Einkauf von Möbeln mein entchieden größtes und billigstes Möbelslager zu besichtigen und von den staunend billigen, aber festen Tarpreisen zu überzeugen. Gekaufte Möbel können 3 Monate kostenfrei auf meinem Aufbewahrungsspeicher lagern, werden durch eigene Gespanne transportirt auch nach außerhalb.

## Sonnabend: Resterverkauf.

Angew. - Malerthorste  
Brenner & Cie.  
Alte Jakobstr. 57/59.  
Jedes Stück zu Erogrospreisen.

## Möbel-Ausverkauf

des Möbelspeichers Rosenhalestr. 11. Wegen am bedeutender Vergrößerung meiner Wämmlichkeiten verlaufe ich mein Waarenlager zu noch nie dagewesenen Preisen vollständig aus. Zum Umzug und für Brautleute ist somit die einzig rechte Gelegenheit gegeben, Ausstattungen, sowie einzelne Stücke ordentlich und billig einzukaufen. Man lasse sich nicht durch unangenehme Vorstellungen hindern, sondern besichtige sich die Möbel, welche man kaufen will, genau und vergleiche dieselben mit meinen nur gebilligten Möbeln und anerkannt billigsten Preisen. Durch Einkauf von großen Möbelspartien zu günstigen Bedingungen verkaufe ich ganz herrschaftliche, sowie einzelne Stücke ganz bedeutend billiger als jeder andere Möbelspeicher. Auch größtes Lager gebrauchter und verlehener gemessener Möbel zu markthaften Spottpreisen. Kleiderspind 15 Mark, Nuthbaum-Kleiderspind 28, Muschelspindel, Kommode 9, Sopha 16, Bettstelle mit Sprungfedermatratze u. Kissen 18, Spiegel 9, Stühle 2, Nuthbaum-Truzeug mit Stufe 28, Plüschgarnitur 20, neue, hochfeine Plüschgarnitur 106 Mark, hochfeine Nuthbaum- und Mahagoni-Möbel spottbillig. Auch gebe ich Einrichtungen auf Theilzahlung. Brautleute, welche ihre Möbel bei mir kaufen, erhalten ein Hochzeitsgeschenk gratis. Kein Abzahlungsgeschäft. Eigene Tapezier- u. Tischlerwerkstätten, vier große Möbelspeicher. Gekaufte Möbel können kostenfrei auf meinem Lagerplatz 3 Monate lagern bleiben und werden dann durch eigene Gespanne sauber transportirt und aufgestellt, auch nach außerhalb.

## Rohrtabak.

Grösste Auswahl! Billigste Preise. Sämtliche Fabrikations-Arten.  
Heinrich Franck,  
Nr. 185, Brunnenstraße Nr. 185.

## Sophastoffe

Beste  
in Pips, Damask, Cröpe, Phantase, Gobelin und Plüsch spottbillig!  
Proben franko!  
in allen Qualitäten zu Fabrikpreisen.  
Läuferstoffe  
Emil Lefèvre, Oranienstraße 158.

## Verein der graphischen Arbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands (Filiale Berlin).

### Außerordentl. Generalversammlung

Donnerstag, den 12. März, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Hoffmann, Alexanderstraße 27c. (Englischer Garten, unterer Saal.)  
Tages-Ordnung:

1. Geschäftliches.
  2. Neuwahl des Kassiers.
  3. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in unserem Beruf. Referent: Kollege Schöpke.
  4. Diskussion.
  5. Verschiedenes.
- NB. Mitgliedsbuch legitimirt. — Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht  
102/4 Die Verwaltung!

## Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins und der Umgegend.

Mittwoch, den 11. März, abends 8 1/2 Uhr, im Moabitler Klubhaus, Genselstraße 9:

## Bezirks-Versammlung für den Westen und Moabit.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Gen. Bruno Pörsch über: Die Beseitigung des Privateigentums. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Um die weitestgehende Verbreitung der Laufzettel wird gebeten. Nichtmitglieder als Gäste willkommen.  
Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vorstand.

## Klempner!

Mittwoch, den 11. März, abends 8 Uhr, im Lokale von Cohn, Beuthstr. 21, 1:

## Versammlung der Werkstatt-Vertrauensmänner.

Tages-Ordnung:  
Die bevorstehende Lohnbewegung.  
Die ausgegebenen Fragebogen müssen in dieser Versammlung ausgefüllt zurückgeliefert werden.  
118/15  
Der Vertrauensmann der Klempner.  
F. Zimmermann, Pücklerstr. 55.

## Gr. Wiener Maskenball

Sonnabend, den 21. März:  
arrangiert von der  
Zahlstelle Berlin II des Zentral-Verbandes deutscher Maurer.  
Um 12 Uhr: Demaskierung.  
Während der Kaffeepause: Festrede und humoristische Vorträge.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Um zahlreichem Besuch bittet  
Das Comité.  
Billets sind zu haben bei H. Schigolski, Bollinerstr. 34, Seitenflügel 2 Tr.; L. Lamprecht, Kreuzbergstraße 8, Hof 1 Tr.; P. Hoffmann, Oppelnerstraße 21, v. 2 Tr.; H. Haffe, Salzweberstraße 1, Hof 1 Tr.; E. Lehmann, Golzh. 13a, Quergeb. part.; H. Gareis, Birkenstr. 51, v. 4 Tr.; G. Worm, Dalldorferstr. 8, Seitenfl. 1 Tr.

## Achtung! Maurer. Achtung!

Sonntag, den 15. März, vormittags 10 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Cohn, Beuthstraße Nr. 20—21:

## Mitglieder-Versammlung

der Zahlstelle Berlin II des Zentralverb. deutscher Maurer.

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Aufnahme neuer Mitglieder. — Gäste haben Zutritt.  
Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht  
Der Bevollmächtigte.  
NB. Das Komitee betr. der Statistik wird ersucht, die Bücher mitzubringen.

## Joël's Gesellschaftshaus.

Heute, Dienstag, abends 8 1/2 Uhr präzise:

## 8. Abonnements-Konzert

der  
Freien Vereinig. der Zivil-Berufsmusiker.  
Neues interessantes Programm.  
Abendkasse 25 Pf. Programm 5 Pf.  
Nachher: Tanzkränzchen (30 Pf. Nachzahlung).  
Programmauszug in letzter Sonnabendnummer.

B. Günzel, Lothringerstraße 52. Spezialität: Porträts sozialistischer Führer, Laßalle, Marx etc. in Cigarrenspitzen, Feisen, Nadeln, Brochen, Knöpfen, Wästen Bildern u. dgl. sowie jede Drechslerwaare u. Repar. (Man verl. Preiskourant.

Liter-Flasche 80 Pf., 90 Pf., 1 Mark mit Pl., Korn (verschied. gemischt) 45 Pf. ohne Pl., Liköre, Cognac, Rum, Ungarweine etc.  
83b Carl Schindler, Chausseestr. 55.